

NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR

„HEINRICH GAU“

1501 Pöchlitz, Ost-Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek



WIR WÜNSCHEN IHNEN
VIEL GLÜCK IM NEUEN JAHR!

A black and white photograph capturing a large-scale protest. The central focus is a man holding a large, hand-drawn sign that reads "STOP Nuclear Testing" in bold, capital letters. The sign also features a small peace symbol. He is surrounded by a dense crowd of people, including men, women, and children, all appearing to be part of the demonstration. The background shows a city street with buildings, suggesting an urban setting. The overall atmosphere is one of active civic participation and anti-nuclear sentiment.

DIE LEHREN DES JAHRES 1986

Ein Jahr ist, wie es zu Recht heißt, nicht wie das andere und jedes hat seine Eigenart. Das gilt ganz besonders für das scheidende Jahr 1986: Erstmals in ihrer Geschichte stellte sich die Menschheit die Aufgabe, ein Internationales Jahr des Friedens abzuhalten. Etwas wie ein globales Experiment.

In unserem Silvesterheft möchten wir unsere Leser an die wichtigsten Friedensinitiativen des Jahres erinnern und dabei besonders drei Ereignisse hervorheben:

Erstes Ereignis: Verkündung des sowjetischen Programms einer kernwaffenfreien Welt am 15. Januar, das auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU bekräftigt und detailliert dargelegt wurde:

zweites Ereignis: Treffen in Reykjavik;

drittes Ereignis: Unterzeichnung der Deklaration von Delhi.

Schon vor langer Zeit wurde der „kategorische Imperativ“ des 20. Jahrhunderts eingesehen: Entweder wird die Menschheit die Kernwaffen vernichten, oder diese Waffen werden die Menschheit vernichten. Am 15. Januar 1986 materialisierte die UdSSR die Möglichkeit einer positiven Lösung dieses schicksalsschweren Dilemmas mit ihrem Programm. Das Drei-Phasen-Schema der Vernichtung der Kernwaffen bis zur Jahrhundertwende enthielt alle notwendigen Elemente für die praktische Lösung des „Problems des Jahrhunderts“. Eine logische Ergänzung dazu bildeten die Budapester Vorschläge des Warschauer Vertrages über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen.

Das Paradoxon bestand darin, daß niemand, selbst im Lager der Erzfeinde der Abrüstung, sich gegen die Vernichtung von Kernwaffen offen auszusprechen wagte. Alle westlichen Politiker, darunter auch Präsident Reagan, sagten wie aus einem Munde, auch sie wären für eine kernwaffenfreie Welt. Aber...

Wie gut kennen wir doch dieses Aber! Zahlreiche sowjetische, auch polnische, schwedische, indische Initiativen wurden in den Nachkriegsjahrzehnten unter dem Vorwand abgelehnt, sie seien unrealistisch. Im Jahre 1986 erschallte der Chor der Pseudorealisten mit neuer Kraft. Eine kernwaffenfreie Welt? Vernichtung der Gefechtsköpfe? Der Raketen? Aber wo denken Sie hin!

Doch ereignete sich etwas, was weder Skeptiker noch selbst Optimisten vorhergesehen hatten: ein dramatisches Ereignis, da sich die Welt am Rande - nein, nicht am Rande einer Katastrophe, sondern am Rande der Verwirklichung des Programms einer kernwaffenfreien Welt sah. Nur noch eine kleine Anstrengung, und...

Denken wir daran, was die beiden Spitzenpolitiker in Reykjavik beinahe vereinbart hätten. Sie waren sich darüber einig, daß die Vernichtung der Kernwaffen anzustreben ist. Sie waren sich darüber einig, daß die gesamte sogenannte strategische Triade - die strategischen ballistischen Raketen, die Langstreckenflugzeuge und die mit nuklearen Raketen bestückten U-Boote - binnen 10 Jahren um 50 Prozent zu kürzen und dann auch zu liquidieren sind. Sie fanden einen Modus, um die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa und ein Gleichgewicht solcher Raketen in Asien zu ermöglichen. Nur noch eine kleine Anstrengung, und...

Reykjavik ist nun vorbei. Doch wäre es nicht im Geiste des Internationalen Friedensjahres gewesen, hätte das Treffen keine gute Spur hinterlassen. Das sowjetische Paket liegt noch

auf dem Verhandlungstisch. Eben deswegen ist Reykjavik eine Stufe bei der Umwandlung einer „kernwaffenfreien Utopie“ in eine Realität, in die Praxis der heutigen Diplomatie. Eben deswegen begann nach Reykjavik ein Hexentanz der Abrüstungsgegner: Es folgten abermalige Kernwaffenversuche, die Unterminierung des ABM-Vertrages, der Bruch von SALT II, die Bestätigung neuer Militärprogramme in der NATO. Nicht von ungefähr sagte der große russische Dichter Nekrassow:

Nicht an des Lobes sanft Tribut
Am wilden Haßgeschrei der Wut
Erkennen wir des Beifalls Stimme.

Nun zum dritten Ereignis des Internationalen Friedensjahres. Die Teilnehmer sind die Sowjetunion und Indien, zwei ihrem sozialen System und der ethisch-psychologischen Genese nach sehr unterschiedliche Länder. Hier wurde ein Konsens erzielt.

Die Deklaration von Delhi zeugt von großer staatsmännischer Weisheit. Zusammen mit dem in Wladiwostok verkündeten Programm für die Festigung des Friedens im asiatisch-pazifischen Raum erweitert sie stark die Front von Friedensaktionen. In den zehn Prinzipien von Delhi sind die Maximen des nuklearen Zeitalters konzentriert, eines Zeitalters, das früher oder später nichtnuklear werden muß. Ich möchte hinzufügen: Die Deklaration von Delhi ist ein auch für die sowjetische Politik ungewöhnliches Dokument. Es geht weiter als die Ziele des Programms vom 15. Januar, denn in Delhi wurde das Prinzip einer nicht nur kernwaffenfreien, sondern auch einer gewaltlosen Welt proklamiert. So mancher Skeptiker wird wohl sagen: Ihr geht aber schön weit in dieser Welt von Gewalt.

Wir wollen darauf die gleiche Antwort wie an die Skeptiker nach dem 15. Januar geben. Vorläufig liegt eine kernwaffenfreie und erst recht eine gewaltlose Welt in weiter Ferne. Dennoch kann jede gesellschaftliche Bewegung, darunter die kommunistische Bewegung, die im Zeichen der wissenschaftlichen Erkenntnis der geschichtlichen Entwicklungsgesetze entstand, nur dann mit Massenunterstützung rechnen, wenn sie der Gesellschaft eine positive Perspektive bietet.

Die drei in Rede stehenden Ereignisse erschöpfen den Gehalt und die Bedeutung des Internationalen Friedensjahres natürlich nicht. Es verging im Zeichen einer außerordentlich hohen Aktivität der Weltöffentlichkeit, die sich ihrer Rolle und ihrer Möglichkeiten, politische Ereignisse zu beeinflussen, bewußt wird. Das ist ein weiteres, schon an sich wichtiges Resultat des Jahres 1986. Erhöht hat sich die Rolle der UNO, die heute Generator wichtiger Ideen und praktischer Maßnahmen ist.

Die Ereignisse des Internationalen Jahres des Friedens sind vielfältig und vieldeutig. Doch ist vieldeutig nicht gleich ergebnislos und bedeutet nicht, daß die widersprüchlichen Tendenzen gleich gewichtig sind. Das Jahr hat uns viel gelehrt: praktische Schritte zum Schutz des Friedens; die Erkenntnis, daß man nicht abwarten und auf „bessere Zeiten“ bauen darf, daß die Abrüstungsgegner zahlreich, aber nicht allmächtig sind.

Das Jahr des Friedens ist vergangen, aber die Verantwortung der Menschheit für die Erhaltung des Friedens bleibt.

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

HOBOE
ВРЕМЯ

TEMPS
NOUVEAUX

NOWE
CZASY

TIEMPOS
NUEVOS

NEW
TIMES

nová
doba

TEMPI
NUOVI

TEMPOS
NOVOS

52

DEZEMBER

1986

Gründungsjahr 1943

3
Die sowjetische
Friedensphilosophie

9
Lauf gedacht

10
Generalsekretär
des ZK der KPV,
Nguyen Van Linh

14
Frankreichs
neues Rüstungsprogramm

16
Menschenrechte.
Rassismus in Großbritan-
nien

18
Die Genfer
Abrüstungskonferenz.
Erreichtes und Nichter-
reichtes

20
Afghanische Reportage

27
Wir helfen Freunden.
Sowjetische Ärzte
in Nikaragua

WORT DES RE-
DAKTEURS (1),
PANORAMA(5, 10),
EXPRESSINFORMATIONEN
(15, 23), DISKUSSION MIT
DEM LESER(30)

TITELBILD:
Foto von G. Kostenko

UNABWENDBAR

Demokratie und Sozialismus.
Überlegungen des Dramatikers
Michail Schatrow

S. 9

DER GEFÄHRDETE FRIEDEN

Willy Brandt wendet sich an
die Leser der NZ

S. 6

IN DREI SÄTZEN

Boris Becker, Wimbledon-
Sieger und heute zweitbesten
Tennisspieler der Welt, unter-
liegt Andrej Tschesnokow
(Sowjetunion)

S. 32



1986 JAHR
DES FRIEDENS

DIE WELT IM FOTO

In der Fotochronik wurden
Beiträge von TASS, Abra-
motschkin (APN), Garanin und
Pawlowski (Magazin "Time",
USA) verwandt

S. 4, 8, 13, 17, 21,
25, 28



AN DER PAKISTA- NISCHEN GRENZE

Reportage eines NZ-Sonder-
korrespondenten aus der
afghanischen Provinz Nangarhar

S. 20

NACH 40 JAHREN

Wiedersehen mit der
Hauptstadt Rumäniens

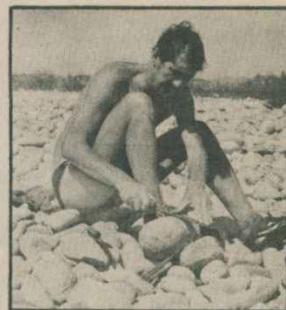
S. 24



DAS RECHT AUF RISIKO

Wie überlebt man in der
Wüste oder in der arktischen
Kälte? Wie kann man sich im
Meer vor einem Hai retten? Wie
kann man überhaupt das Über-
leben in extremen Situationen
lernen?

S. 29



Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW
(Verantw. Sekretär), A. LEBEDEV, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur),
A. PUMPIANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI
Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

Die Menschheit tritt in das Jahr 1987 ein. Wird es uns einer atomwaffenfreien Welt näher bringen?

Sowjetische Friedensphilosophie

Prof. Juri PANKOW

Für das sowjetische Volk und die fortschrittlichen Menschen dieser Welt ist 1987 nicht einfach das nächste Kalenderjahr, sondern das des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution.

Erinnern wir uns: Die Revolution, die das Antlitz des 20. Jahrhunderts prägte, entfaltete sich unter schwierigen und äußerst widersprüchlichen internationalen Bedingungen. Für den Kapitalismus war die Entstehung des Sozialismus ein historischer Fehler. Diesen galt es zu korrigieren, koste es, was es wolle, mit allen Mitteln, ohne Rücksicht auf Recht und Moral, mit bewaffneter Intervention, mit Wirtschaftsblockaden, mit Verweigerung jeder Zusammenarbeit, schließlich mit Diversionsakten, Sanktionen und Terror. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU hieß es dazu: "Aber nichts konnte verhindern, daß die neue Gesellschaftsordnung sich behauptete."

Der erste sozialistische Staat entstand unter dem Banner des Friedens und seine erste gesetzgeberische Initiative war Lenins Dekret über den Frieden. Lenin schrieb damals: "Aber unsere ganze Politik und Propaganda ist keineswegs darauf gerichtet, die Völker in einen Krieg hineinzutreiben, sondern darauf, dem Krieg ein Ende zu bereiten." Die Oktoberrevolution lieferte ein klassisches Beispiel dafür, wie ein solch riesiges Land wie Rußland auf revolutionäre Weise einen Ausstieg aus dem Krieg fand und dem Frieden auf der Erde eine sichere Grundlage schuf. Die sowjetische Friedensphilosophie ist im November 1917 verwurzelt.

Flexibilität, Realismus und Prinzipientreue

Als Michail Gorbatschow auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU Ziel und Richtung der außenpolitischen Strategie der Sowjetunion darlegte, wandte er das Erbe Lenins auf heutige internationale Bedingungen an. Ihre Ausgangsvoraussetzung ergibt sich vorwiegend aus Erfordernissen der inneren Entwicklung des Landes. Die Erfolge unseres Landes bei der Vervollkommenheit der neuen Gesellschaft, der gesellschaftliche Fortschritt und die Existenz der Menschheit selbst sind heutzutage unlösbar mit der Erhaltung und Festigung des Friedens verbunden.

Die sowjetischen Friedensinitiativen und der konsequente Kurs der sozia-

listischen Gemeinschaft ergeben sich aus der Anerkennung ihrer historischen Verantwortung für das Schicksal unseres Staates, für die Zukunft des Sozialismus und der ganzen Menschheit. Unsere Partei propagiert nicht nur, sondern praktiziert ein bisher nicht übliches, innovatives Herangehen an internationale Fragen.

Der Ansatz der Sowjetunion zeichnet sich durch Flexibilität, Realismus und die Bereitschaft aus, die Meinung des Verhandlungspartners zu berücksichtigen, bei gleichzeitiger Prinzipienfestigkeit in der Hauptsache, Zielstrebigkeit bei der Durchsetzung realer Veränderungen im Bereich der Abrüstung. Selbst als die amerikanische Seite jede Kompromißbereitschaft vermissen ließ und dazu überging, bereits erzielte Vereinbarungen zu verletzen, zeigte Moskau Geduld und Ausdauer. Michail Gorbatschow sagte wiederholt, daß die sowjetischen Vorschläge weiterhin gelten.

Sozialismus und Frieden sind untrennbar

Die Initiativen der Sowjetunion und anderer Länder der sozialistischen Gemeinschaft bieten eine realistische Grundlage für die Beilegung aller strittigen Fragen und für eine Gesundung der internationalen Beziehungen. Selbst unsere Opponenten im Westen mußten zugeben, daß die sowjetischen Projekte, was ihren Umfang und ihre historische Bedeutung angeht, einmalig sind.

Niemand bestreitet heute mehr, daß ein atomarer Konflikt katastrophale Folgen für die ganze Menschheit mit sich bringt. In der Weltöffentlichkeit ist allerdings der sich hieraus ergebende Gedanke weniger anerkannt: Die jetzige Rüstung bietet keinem einzigen Staat die Gewähr, sich durch militärtechnische Mittel allein verteidigen zu können. Die Gewährleistung von Sicherheit ist eine vorwiegend politische Aufgabe, die auch nur mit politischen Mitteln zu lösen ist. Voraussetzung dafür ist der politische Wille beider Seiten, des Westens und des Ostens, Sicherheit auf verlässlicher Grundlage und nicht auf der Angst vor Vergeltung aufzubauen.

Wir streben bekanntlich nicht nach mehr Sicherheit als die USA. Auf weniger Sicherheit lassen wir uns jedoch nicht ein. Wirkliche politische Weisheit besteht

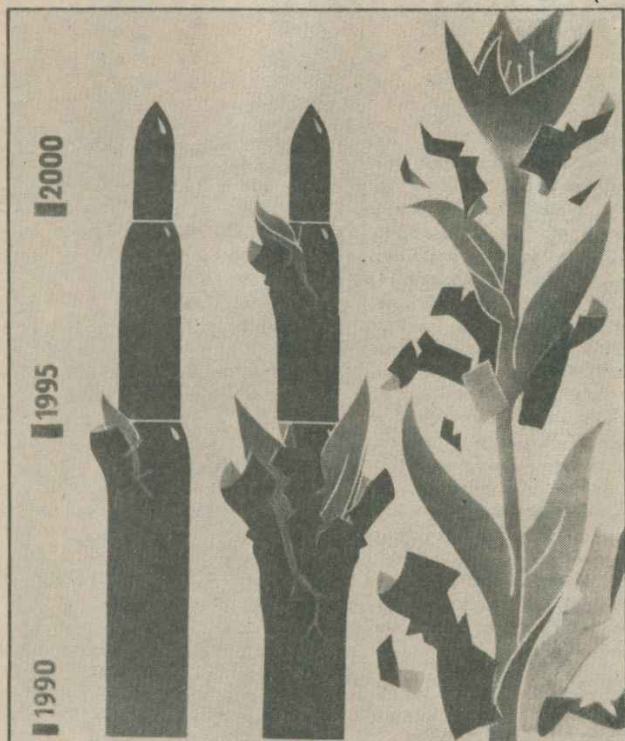
nicht in der ausschließlichen Sorge um eigene nationale Interessen zum Nachteil der anderen Seite, sondern darin, daß sich alle Staaten in gleicher Sicherheit wissen.

Die sowjetische Friedensphilosophie geht von einem weiteren politischen Axiom aus. Versuche, den Status quo mit Hilfe von Gewaltpolitik und regionalen Konflikten aufrechtzuerhalten, sind praktisch sinnlos und gefährlich für den Weltfrieden. Die Länder des Sozialismus und die Länder des Kapitalismus, UdSSR und USA vertreten unterschiedliche Auffassungen zu vielen Vorgängen in der Welt von heute, vor allen Dingen in den Entwicklungsländern. Ein Prinzip jedoch sollte für alle verbindlich werden: Soziale, politische und ideologische Widersprüche zwischen den Staaten dürfen nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Man sollte schon die Kunst beherrschen, sich auf internationalem Parkett zurückhaltend und umsichtig zu bewegen und zivilisiert zu leben. Jetzt heißt es umdenken. Eine neue Philosophie muß die Völker vereinigen und darf sie nicht nach ihrer Zugehörigkeit zu sozialen Systemen voneinander isolieren.

Die Philosophie des Krieges ist so alt, wie der Krieg selbst. Herodot, Gründervater der Geschichtswissenschaft, trug in zehn Bänden Nachrichten darüber zusammen, wie Hellenen und Barbaren einander bekriegten. Krieg war für ihn ein normaler Zustand der menschlichen Gesellschaft. „Wer den Frieden will, rüste zum Krieg“, niemand brachte das Hauptprinzip dieser Konzeption eines waffenstarrten Friedens treffender zum Ausdruck, als die Römer. Noch heute wird es von Fanatikern der Aggression und des internationalen Diktats gepredigt.

Im Lauf der Jahrhunderte versuchten die besten Vertreter der menschlichen Intelligenz eine Philosophie des Friedens zu erarbeiten. Abbe de Saint-Pierre in seinem „Projekt für einen ewigen Frieden in Europa“, Jean-Jacques Rousseau, in „Betrachtungen über einen ewigen Frieden“, Immanuel Kant in „Zum ewigen Frieden“. Der russische Aufklärer Wassili Malinowski entwarf in „Betrachtungen über Frieden und Krieg“ ein Leben in „allgemeiner Brüderlichkeit“ auf der Erde. Ihre Pläne allerdings blieben entweder Utopien oder wurden, wie bei Hugo Grotius, zu zwischenstaatlichen Prinzipien in Zeiten kurzer Atempausen zwischen Kriegen.

Der klassische Militarist Clausewitz, den



Zeit für den Frieden.

Für einen kernwaffenfreien und sicheren Frieden. Moskau schlägt vor, die Zeiger der Uhren der Geschichte umzustellen. Januar. Die UdSSR schlägt ein Dreistufenprogramm für die Befreiung unseres Planeten von Nuklearwaffen bis zum Jahre 2000 vor.

ERSTE ETAPPE. In den ersten 5-8 Jahren reduzieren die UdSSR und die USA die Nuklearwaffen, die das Territorium des anderen erreichen, um die Hälfte, wobei sie gegenseitig auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung von Weltraumangriffswaffen verzichten; sie nehmen die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa in Angriff.

ZWEITE ETAPPE. Nach 1990 schließen sich die anderen Nuklearmächte dem Prozeß der nuklearen Abrüstung an. Die taktischen Nuklearsysteme der UdSSR und der USA werden eingefroren. Dann vernichten alle Nuklearmächte die entsprechenden Systeme. Die Vereinbarung über ein Verbot der Weltraumangriffswaffen wird multilateral. Alle Kernwaffentests werden beendet.

DRITTE ETAPPE. Bis Ende 1999 wird eine weltweite Vereinbarung über die Ächtung der Nuklearwaffen für alle Zeiten erarbeitet.

viele im Westen begeistert zitieren, prägte den markanten Ausspruch: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln.“ Lenin benutzte diese Formel von Clausewitz als Anklage gegen die alte, dekadente Gesellschaft der Unterdrückung und der Kriege. Nie hat der Sozialismus seine Zukunft von der militärischen Entscheidung internationaler Probleme abhängig gemacht. Sein Ideal ist eine Welt ohne Waffen und Gewalt. Lenin schrieb: „Die Sozialisten haben die Kriege unter den Völkern stets als eine barbarische und bestialische Sache verurteilt.“

Heute ist die Menschheit mehr als jemals zuvor durch ein gemeinsames Schicksal verbunden. Die intensive Kommunikation und gegenseitige Abhängigkeit der Völker auf verschiedenen Kontinenten nimmt rapide zu. Unabhängig vom Auf und Ab der internationalen Beziehungen verzeichnet die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Kultur und Kommunikation steigende Tendenz. Die Völker sehnen einen zuverlässigen, unumkehrbaren Frieden herbei.

Für zivilisierte Beziehungen

Das Atomzeitalter erhob die Sicherung des Weltfriedens auf den ersten Platz der internationalen Wertskala. Dieser Wert geht Hand in Hand mit sozialem Fortschritt.

Wie könnte man wohl die Hauptschlußfolgerung definieren, die sich logisch aus der Fragestellung des neuen Denkens über Probleme von Krieg und Frieden ergibt?

Zivilisierte Beziehungen sind aktive friedliche Koexistenz. Eine negative oder passive Koexistenz gab es schließlich schon in der Zeit des kalten Krieges. Zivilisierte Beziehungen jedoch bedeuten auch im Verhältnis zu internationaler Entspannung einen Schritt nach vorn.

Das ist die wichtigste Schlußfolgerung des XXVII. Parteitags der KPdSU in der Frage der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Struktur. Gegen Ende dieses Jahrhunderts haben sich in der Welt objektive Bedin-

gungen ergeben, in denen der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus ausschließlich die Form friedlichen Wettstreits annehmen kann. Alternativen gibt es nicht.

Eins muß bei all dem klar sein: Friedliche Koexistenz bezieht sich auf zwischenstaatliche Beziehungen und bedeutet keinesfalls Klassenfrieden. Sie erstreckt sich also nicht auf das Verhältnis zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten in kapitalistischen und Entwicklungsländern.

Für die Kommunisten steht fest, daß der Klassenkampf zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System in der Ökonomie, der Politik und der Ideologie selbstverständlich weitergeht. Es kann nicht anders sein, denn Weltanschauung und Klassenziele des Sozialismus sind denen des Kapitalismus entgegengesetzt. Dieser Kampf darf jedoch nicht in die Androhung von Kriegen, gefährlichen Konflikten und unkontrolliertem Wettwaffen einmünden. Das ist unser Standpunkt.

Dabei darf man nicht übersehen, daß reaktionäre Kräfte in der Welt von sozialer

UdSSR--USA

Moratorium noch einmal verlängert

● DIE REGIERUNG DER UdSSR ERKLÄRTE, DASS SIE DAS EINSEITIGE SOWJETISCHE TESTSTOPPMORATORIUM AUSSER KRAFT SETZEN WIRD, WENN DIE USA IHREN NÄCHSTEN ATOMWAFFENTEST IM KOMMENDEN JAHR DURCHFÜHREN.

Man philosophiert so gern in Washington. Über Recht, Moral, Humanismus und die Zukunft. Man gefällt sich in der Rolle des selbstlosen Schutzpatrons für die ganze Menschheit. Gewöhnlich streicht man auch politische Dividenden ein, sobald man seine Ergebenheit für den Frieden im Munde führt. Jetzt hat die Washingtoner Regierung die Chance, nicht im Alleinritt, sondern in Zusammenarbeit mit anderen, nicht in Worten, sondern in Taten der Menschheit einen Dienst zu erweisen, den

folgende Generationen gebührend würdigen werden. Von einem vollständigen Verbot für Atomwaffentests ist die Rede.

Das einseitige sowjetische Teststoppmoratorium hat Washington schockiert. In den ruhigeren Winkeln des Weißen Hauses sah man darin einen Schlag gegen die Selbstherrlichkeit. Wie oft hatte der jetzige Präsident geschworen, er werde die Welt, wie noch kein Präsident zuvor, von Atomwaffen erlösen. Politiker und Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten hatten Schwierigkeiten, diesen tapferen Schritt aus Moskau zu verkraften. Bevor das Moratorium zum ersten Mal ablief, sagten die Vorsitzenden verschiedener Friedensorganisationen: Es bedarf noch einer gewissen Zeit, bis die Überzeugungskraft dieser Tat, und nicht nur eines Appells, der Sowjetunion auf das von Antisowjetismus befallene Bewußtsein der US-amerikanischen Öffentlichkeit einwirkt. Darauf wurde mehr als genug Zeit eingeräumt. "Zugegeben, vor anderthalb Jahren konnten wir Gorbatschows Initiative für ein Moratorium leicht als Propagandatrick der sowjetischen Friedensof-

fensive abbügeln", stellen US-Politiker fest, "heute geht das nicht mehr so einfach."

Nicht mehr so einfach, weil sich die Ausreden Washingtons, eine Kontrolle sei unmöglich, als unhaltbar erwiesen. Bei Semipalatinsk wurden amerikanische Seismographen aufgestellt und Moskau ist mit einem internationalen Kontrollnetz und Inspektionen an Ort und Stelle einverstanden. Nicht mehr so einfach, weil dem Weißen Haus die Gelegenheit geboten wurde, das Gesicht zu wahren und ein stufenweises Testverbot auszuhandeln. Nicht mehr so einfach, weil ein umfassendes internationales Forum wie die UNO, wie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen, die "Sechs von Delhi" und verschiedene Parlamente der Welt sagen: Ein Ergebnis der sowjetischen Aktivitäten ist kein einseitiger Vorteil für Moskau, sondern ein mehrfacher Vorteil für die ganze Welt.

"Die Einführung eines Moratoriums für Nukleartests zum gegenwärtigen Zeitpunkt, mit der Möglichkeit, Inspektionen vorzunehmen, kann die Basis für einen Vertrag mit der Sowjetunion schaffen, der allen

Atomwaffentests ein für allemal ein Ende machen würde. Deshalb fordern wir Sie auf, jetzt zu handeln und der ganzen Welt zu signalisieren, daß die Vereinigten Staaten wirklich daran interessiert sind, alle Nukleartests einzustellen." Diese Mahnung an den Präsidenten kommt nicht von Gegnern einer amerikanischen nationalen Sicherheit, sondern sie wurde von Leuten unterschrieben, die sie von Amts wegen schützen müssen, den über 130 Mitgliedern des Repräsentantenhauses im US-Kongreß.

Es gibt keine Alternative. "Wenn wir die Atomwaffentests nicht abbrechen, dann werden die entstehenden neuen Typen und Systeme von Atomwaffen noch zerstörerischer und gefährlicher sein. Und das bringt letztendlich beide Länder an den Rand eines Atomkrieges." Auch dies die Meinung eines Amerikaners, und zwar Thomas Cochran, Vorsitzender des Umweltschutzrats der USA.

Bislang überhört man im Weißen Haus die Stimme der Vernunft. Eine Explosion nach

Fortsetzung des Panoramas auf S. 10

Revanche träumen und anders an die Frage herangehen. Stevenson, ein britischer Spezialist für internationale Beziehungen, schätzt die Außenpolitik der republikanischen US-Administration in seinem Buch „Aufstieg und Niedergang der Entspannung“ folgendermaßen ein: „Bei dem Versuch, ihre Machtposition gegenüber der Sowjetunion zu behaupten, neigt die amerikanische Politik immer weniger zu Verhandlungen, dafür mehr zur Konfrontation.“ Dann kommt Stevenson zu der treffenden Lageeinschätzung: „Wenn man auf Weltherrschaft baut, fördert man die Wiederbelebung der Entspannung nicht.“

Widersprüchlich, aber wechselseitig bedingt

Wenn man die Frage der Koexistenz der beiden Systeme untersucht, fällt die Inkonsistenz und Unberechenbarkeit im außenpolitischen Kurs der USA auf. Eine Administration macht die Resultate der anderen zunichte. Die USA sind wirklich ein schwieriger Partner in Friedensdin-

gen. Das zeigte besonders das Arbeitstreffen auf höchster Ebene in Reykjavik.

Wir machen uns nichts vor. Die Sowjetunion ist sich vollkommen darüber im klaren, daß die beiden Welten - die in der Oktoberrevolution geborene Welt des Sozialismus und die Welt des Kapitalismus - vieles tief voneinander unterscheidet. Aber die Notwendigkeit, die dringendsten menschlichen Aufgaben zu lösen, muß zur Zusammenarbeit führen und bei der Menschheit ungeahnte Kräfte der Selbsterhaltung freisetzen.

Dem reaktionären militaristischen Aggressionspotential steht eine mächtige Kraft des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts entgegen: Die sozialistischen Länder, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung, die Völker der jungen Nationalstaaten und die Bewegung für Demokratie und Abrüstung. Auch realistische bürgerliche Politiker treten für friedliche Beziehungen auf unserem Planeten ein.

Der historische Prozeß, der gesellschaftliche Fortschritt fordert dringend die weltweite konstruktive Zusammenar-

beit der Staaten und Völker. Er fordert nicht nur, sondern schafft auch die dafür notwendigen politischen, sozialen und materiellen Voraussetzungen.

Zusammenarbeit ist nötig, um eine atomare Katastrophe abzuwenden, damit die Zivilisation überlebt. Sie ist nötig, um gemeinsam und im Interesse jedes einzelnen auch andere dringende Menschheitsfragen zu lösen. Die Verbindung von Konkurrenz und friedlichem Wettstreit der beiden Systeme und einer steigenden Tendenz zur wechselseitigen Abhängigkeit der Staaten der Weltgemeinschaft ist die Dialektik der gegenwärtigen Entwicklung. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU hieß es, daß die sowjetische Friedensphilosophie auf dem Bewußtsein beruht, daß unter heutigen Bedingungen durch den Kampf der Gegensätze sich mit viel Fingerspitzengefühl eine widersprüchliche, aber wechselseitig bedingte, komplexe Welt aufbauen läßt und Bedingungen für das Überleben der Menschheit entstehen. Diese Philosophie gewinnt in verschiedenen Ländern auf allen Kontinenten immer mehr Verfechter.

Mit liebenswürdiger Genehmigung Willy BRANDTS drucken wir im nachstehenden Auszüge aus seinem jüngsten Buch „Der organisierte Wahnsinn“ nach. Diesen Auszügen schickt er ein auf unser Ersuchen geschriebenes Vorwort voraus.

Der gefährdete Frieden

Fast vergessen ist die jüngste Hungersnot in Afrika, und das neulich in New York von den Vereinten Nationen beschlossene Programm für Afrika fand zwar allgemeine Zustimmung, aber weltweit breitet sich die Krise aus, weltweit herrscht weiterhin der organisierte Wahnsinn: das Nebeneinander ungeheurer Not und unverantwortbarer Ausgaben für immer neue Runden der weltweiten Rüstung.

Ich bin froh, daß jetzt einige meiner Überlegungen auch den Lesern der „Neuen Zeit“ zugänglich gemacht werden. Zu erinnern ist: Die Lage ist nicht ausweglos, und ich glaube, daß Europa einen besonderen Beitrag zu leisten hat bei der Überwindung des alten Denkens, beim Übergang von der Konfrontation zur Zusammenarbeit.

Entwicklungspolitik ist eine zweite große Dimension von Friedenspolitik. Verweigerung der Entwicklung führt zu Massenelend, zu chaotischen

Verhältnissen, zu Konflikten. Und das alles wird sich nicht nur auf die zuerst und direkt betroffenen Gebiete begrenzen lassen.

Die Menschheit macht auf vielen Gebieten ständig schneller Fortschritte. Probleme, die als unlösbar galten, wurden gelöst.

Nur auf dem Gebiet der politischen internationalen Beziehungen scheint es eher Rückschritte zu geben. Ich glaube, wenn die Staaten etwas mehr Energie und mehr von unseren Begabungen hierauf verwendeten, dann könnten wir schnell vorankommen - bei der Überwindung von Hunger und Unterentwicklung, beim Abbau von Rüstung und Militärausgaben, bei der Schaffung einer Welt, in der mehr Friede, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität herrschen.

Willy BRANDT

Bonn, Dezember 1986

Es heißt, besonders gefährliche Waffen seien im Laufe der Kriegsgeschichte noch nie von allein losgegangen. Ich würde mich darauf nicht verlassen. Die Geschichte kennt keinen Zeitabschnitt, der weltweit von so umfassender und gründlicher Kriegsvorbereitung handelt.

Der immer wieder zu hörende Hinweis, die nuklearen Massenvernichtungsmittel würden nie zum Einsatz kommen, sondern dienten nur der gemeinsamen Abschreckung, ist wenig beruhigend, läßt er doch die diversen Möglichkeiten menschlichen und technischen Versagens außer Betracht. Und warum sollte man unterstellen, das immer noch wachsende Ausmaß potentieller Vernichtung sei geeignet, den Einsatz der Vernichtungsmittel ad absurdum zu führen?

Es lohnt, sich die Dimension noch einmal vor Augen zu führen. Als im Herbst 1983 die Genfer Raketenverhandlungen scheiterten, stellten Kenner fest, daß sich in den Arsenalen der beiden Supermächte rund 40 000 Kernwaffen angesammelt hatten, auch von 50 000 war zu lesen, mit einer Zerstörungskraft, die das Millionenfache der Hiroshima-Bombe ausmachte. Die Experten mochten sich streiten, ob jedes Menschenleben sechs-, sieben- oder achtmal auszulöschen sei. Doch nichts führte an der simplen Einsicht vorbei, daß die moderne Waffenentwicklung gewaltige, früher unbekannte Gefährdungen geschaffen hatte.

- Daß sich moderne Zerstörungsmaschinen wegen technischer Fehler oder menschlichen Versagens selbständig machen können, kann nicht mehr beschwichtigend-betrügerisch hinweggeredet und nicht oft genug wiederholt werden.

- Die zunehmende Militarisierung der Entwicklungsländer bewirkt steigende Unsicherheit.

- Hinzu kommen die Folgen des beginnenden Wettlaufs um die Militarisierung des Weltraums.

- Wissenschaftler haben keinen Zweifel daran, daß jedenfalls die nördliche Hemisphäre nach einem Atomwaffeneinsatz von einem „nuklearen Winter“ befallen würde. Nicht nur in den direkt betroffenen Gebieten, auch in anderen Erdteilen würden die Nahrungsmittelversorgung, die Wirtschafts-, Transport- und Gesundheitssysteme zusammenbrechen und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Daß der Mensch zu den Arten zählt, die vom „nuklearen Winter“ völlig ausgelöscht würden, ist wahrscheinlich, nicht sicher.

- Eine im Auftrag des Pentagon vorgenommene Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß ein Atomwaffeneinsatz zwischen Ost und West einen monatelangen Temperatursturz bis zu 25 Grad mit sich brächte.

- Andere Untersuchungen ergeben, schon ein kleinerer Atomkrieg würde den

„Winter-Effekt“ auslösen und einen großen Teil der Welt dem Hungertod preisgeben. Einige Formen des Lebens würden den Atomkrieg überstehen - Gras und Würmer auf dem Meeresgrund.

Ich zweifle nicht, daß die Menschheit - mit Einschluß der politischen Führer in Ost und West und Süd - überleben möchte. Damit ist noch nicht gesagt, daß sie überleben wird. Frieden ist kein Urzustand, man muß ihn „machen“ und sichern. Er mag das Ziel aller Glaubensrichtungen und philosophischen Grundhaltungen sein - daß durch solche Art von Übereinstimmung Krieg verhindert würde, steht im Widerspruch zu aller geschichtlichen Erfahrung, auch zum Wissen um die menschliche Natur.

Bei allem Streit um die Gefährdung des Friedens wird übersehen, daß wir es mit einem Frieden im Krieg zu tun haben. Seit 1945 wurden über 120 bewaffnete Konflikte in der Dritten Welt gezählt - meist mit ausländischer Intervention und Millionen Opfern, alle eine Folge „konventioneller“ Kriegführung.

Die für manche von uns nicht ganz neue Erkenntnis, ein nuklearer Krieg könne die Selbstvernichtung der Menschheit bedeuten, ist heute weithin unbestritten. Neu ist die Fähigkeit, die Erde unbewohnbar zu machen. Auch in Afrika würden Wetter- und Klimaveränderungen landwirtschaftliche Produktion unmöglich machen.

Allgemeiner Krieg zöge allgemeine Vernichtung nach sich. Seine Verhütung

müßte also allgemein verpflichtende Aufgabe sein. Doch was wußte Pierre Trudeau, der langjährige Ministerpräsident Kanadas, zu berichten, nachdem er sein Amt aufgegeben hatte? Die Spitzenpolitiker der westlichen Allianz hätten in ihren vertraulichen Gesprächen während der Gipfelkonferenzen der letzten Jahre das Thema Krieg und Frieden fast nie berührt...

Allein mit der wiederholt bekundeten Bereitschaft, Frieden wahren zu wollen, ist es nicht mehr getan. Angesichts des Zustandes, in den sich die Supermächte verhasst haben, ist die Bekundung eines friedlichen Sinnes bestenfalls ein freundliches Zeichen, tatsächlich bleibt sie hinter den Anforderungen der Zeit weit zurück. Was wir brauchen, ist eine durchdachte Politik in den Staaten und Systemen, die genügend Kraft und Willen mobilisiert - in Theorie und Praxis, um den Weltfrieden zu stärken und unzerstörbar zu machen.

Als Schritt in die richtige Richtung ist in letzter Zeit das Einfrieren von Nuklearrüstungen gefordert worden: „Eine fest vereinbarte und kontrollierbare Pause in der Erprobung neuer Typen von Atomwaffen und ihrer Trägersysteme sowie eine ähnliche Pause in der Stationierung nuklearer Waffensysteme“ (Palme-Kommission, Dezember 1984). Ähnlich die Vier-Kontinente-Initiative, die in Delhi im Januar '85 auch „einen Stopp der Ausweitung der Rüstung in den Weltraum“ einbezog.

Erst langsam beginnt der Gedanke Verbreitung zu finden, daß der tödlich gefährdete Frieden nur mit dem vermuteten Gegner gesichert werden kann; daß das angebliche und angeblich unverzichtbare Gleichgewicht des Schreckens durch ein Konzept **gemeinsamer Sicherheit** ersetzt werden muß. Dahin zu kommen, womöglich ein Gleichgewicht der Vernunft zu erzielen, erfordert gewiß einen Prozeß des Umdenkens, denn es läuft allem zuwider, was die meisten Menschen - auch die sie Regierenden - meinen, gelernt zu haben.

Die Frage nach der Glaubwürdigkeit wurde vor allem in Europa gestellt. Die Frage, ob es noch glaubwürdig sei, wenn im Ernstfall zerstört würde, was verteidigt werden soll. Daraus sind Vorschläge entwickelt worden, die über die Zwischenstufe eines beiderseits gleichmäßig reduzierten Gefährdungspotentials zur gemeinsamen Sicherheit führen könnten.

Die Politik muß sich fragen und fragen lassen, wie Sicherheitspolitik unterhalb der totalen Abschreckung zu gestalten ist. Der ernsthafte Dialog verlangt einen **politischen Ansatz**. Auf Dauer kann Sicherheit nur erreicht werden durch politisches Denken und Handeln, worin das Interesse nach Sicherheit beider Seiten berücksichtigt und nach Möglichkeit gesteigert wird. Jeder wesentliche Schritt, der einen potentiellen Gegner ohne Not

verunsichert, ist ein Rückschritt, der neue Probleme schafft.

Auf Dauer kann Sicherheit für **eine Seite** nicht durch eine Rüstung erreicht werden, die die Sicherheit der **anderen Seite** reduziert. Ob man die Entwicklung der letzten dreißig oder zehn oder fünf Jahre nimmt, im Bereich der großen Konfrontation und Waffenentfaltung wird keine Seite sicher sein, so hoch die eigenen Anstrengungen auch geschraubt werden mögen, wenn die andere Seite zunehmend unsicherer wird.

Am Anfang des Dialogs muß die Erkenntnis stehen, daß die Welt dem Zwang zur Koexistenz unterliegt und daß gemeinsame Sicherheit zu organisieren wichtiger ist, als die unlegbaren ideologischen Unterschiede rücksichtslos auszufragen. Die Unterschiede sollten uns nicht an der Zusammenarbeit hindern.

Die Gefährdungen des Weltfriedens wurden nicht vermindert, sondern auf unterschiedliche, wenn auch schwer meßbare Weise dadurch erhöht, daß der Ost-West-Konflikt und die Nord-Süd-Gegensätze sich ineinander verwoben haben. Als ich vor einem Vierteljahrhundert an der Harvard Universität über Koexistenz zu sprechen hatte, ging ich davon aus, daß Ost-West seit Jahren von Nord-Süd begleitet und beeinflusst werde; eines Tages könnte, so meine Voraussage, Ost-West durch Nord-Süd sogar überlagert werden.

Dazu ist es bislang nicht gekommen.

Wiederholt hat sich gezeigt, daß die Hauptgefahr für den Weltfrieden weiterhin von den überzogenen Supermachtrivalitäten ausgeht. Es verstärkt jedoch ohne Zweifel die Gefahren, daß der Ost-West-Konflikt immer erneut vergiftend in die Dritte Welt hineinwirkt und viele Länder der Dritten Welt in den Rüstungswettlauf der Großen hineingezogen werden, manche auch nur zu gern sich hineinziehen lassen.

Die Militarisierung der Dritten Welt ist gewiß nicht nur ein Ergebnis äußerer Einflüsse. Ungelöste politische und gesellschaftliche Probleme spielen eine erhebliche Rolle, wenn ein Militärregime errichtet wird. Doch das ist dann in aller Regel nicht fähig, die gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu meistern. Zumal auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und Verarbeitung erweist es sich meist als Versager.

Die Militarisierung der Dritten Welt findet ihre Begleitung (oder erhält ihren Antrieb) durch umfassende Waffenexporte - auch Kriegsentwicklungshilfe genannt - aus Industriestaaten, mit den Supermächten an der Spitze.

Die Einsicht, daß immer mehr Waffen die Welt nicht sicherer, aber mit Sicherheit ärmer machen, hat noch nicht weit um sich gegriffen, auch nicht beim Großteil derer, die für die Länder der Dritten Welt Verantwortung tragen. Im Gegenteil. In vielen Entwicklungsländern sind die Waf-



Willy Brandt (eigentl. 1913 geboren. Nach dem Herbert Frahm) wurde Gymnasium wirkte er an der

Zeitung "Lübecker Volksbote" mit. Noch in seiner Jugend schloß er sich der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands an und trat 1930 in die SPD ein. Nach der Machtergreifung durch die Nazis emigrierte Willy Brandt 1933 nach Norwegen; später siedelte er nach Schweden über, wo er ebenfalls als Journalist tätig war.

Im Jahre 1945 kehrte er nach Deutschland zurück und widmete sich der politischen Tätigkeit. 1957-1966 war er Regierender Bürgermeister von Berlin (West), 1966-1969 Vizkanzler und Außenminister in der Regierung der Großen Koalition (CDU/CSU und SPD), 1969-1974 Bundeskanzler einer SPD/FDP-Regierung. 1971 wurde ihm der Friedens-Nobelpreis zuerkannt. Seit 1964 ist er Vorsitzender der SPD und zugleich Präsident der Sozialistischen Internationale.

Willy Brandt hat drei Söhne und eine Tochter.



Zeit für den Frieden.

Februar. Der XXVII. Parteitag der KPdSU.

Die prinzipiellen Grundlagen für die Schaffung

eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit im militärischen, politischen, wirtschaftlichen und humanitären Bereich wurden erarbeitet.

fenarsenale noch aufgestockt worden, meist aus Prestige Gründen. Wir in Europa oder sonst in der Industrieland sollten allerdings vorsichtig sein, uns allzu laut zu empören. Denn wir sind der Dritten Welt durchweg nicht mit gutem Beispiel vorangegangen. Im Gegenteil haben die Kolonialmächte in einer Vielzahl von Fällen neben dem Erbe alter den Keim neuer Konflikte hinterlassen. Beim Handel mit Todesmaschinen spielten nicht nur Rüstungsfirmen, sondern auch Regierungen eine überaus aktive Rolle.

Wir gehen davon aus, daß 1985 weltweit etwa eintausend Milliarden Dollar für militärische Zwecke ausgegeben wurden. Die von den internationalen Organisationen registrierte Entwicklungshilfe machte weniger als fünf Prozent dieser gewaltigen Summe aus. Es ist nicht einzusehen, warum nicht zumindest fünf Prozent, also ein Zwanzigstel der weltweiten Rüstungsausgaben, zusätzlich zu der jetzigen Entwicklungshilfe, für die Überwindung des Welthungers und Vorhaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzusetzen sind. (Vor fünf Jahren wurde festgestellt, was man selbst mit 0,5 Prozent erreichen könnte.

landwirtschaftliche Geräte anschaffen, mit denen die meisten armen Länder ihre Agrarproduktion in einem Jahrzehnt so verbessern, daß sie sich selbst versorgen können.)

Schon vor Jahren habe ich Vergleiche angestellt, die aktuell geblieben sind:

- Die Militärausgaben eines halben Tages würden ausreichen, das Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren.

- Das Geld, das ein moderner Panzer kostet, könnte die Lagerung von 100 000 Tonnen Reis so verbessern, daß der Verderb von jährlich 4000 Tonnen oder mehr vermieden würde - eine Tagesration für acht Millionen.

- Die gleiche Summe würde ausreichen, tausend Klassenräume für 30 000 Schulkinder zu schaffen.

- Mit dem Gegenwert eines Kampfflugzeugs ließen sich 40 000 Dorfpapotheken einrichten.

- Die Kosten eines neuen Atom-U-Boots betragen so viel wie die Erziehungsausgaben von 23 Entwicklungsländern mit 160 Millionen Kinder in schulpflichtigem Alter.

Mich beeindruckt, wie offen neuerdings auch in Kreisen von Finanzexperten und

Bankgewaltigen darüber gesprochen wird, daß nur ein Ende des Rüstungswettlaufs geeignet sein werde, aus der gemeinsamen Krise herauszufinden. Dabei bedarf der Zusammenhang zwischen Weltfrieden und Weltwirtschaft, der instinktiv einleuchtet, im einzelnen weiterer wissenschaftlicher Erhellung. Für den gesunden Menschenverstand liegt auf der Hand, daß der gesellschaftliche Reichtum, den die Rüstung verschlingt, an anderer Stelle fehlt. Umstürzend anderes wird auch die wissenschaftliche Analyse nicht enthüllen. * * *

Inzwischen läuft die Zeit davon. Man sagt, es sei schon kurz vor Mitternacht. Ich fürchte, daß es so ist. Aber ich finde auch, daß wir die volle Bedeutung des französischen Rätsels über den Charakter „exponentiellen Wachstums“ verstehen sollten. In einem Teich mit Seerosen - so das Rätsel - befindet sich ein einziges Blatt. Jeden Tag verdoppelt sich die Anzahl der Blätter - zwei Blätter am zweiten Tag, vier am dritten Tag, acht am vierten Tag usw. „Wenn der Teich am dreißigsten Tag voll ist“, so die Frage, „wann ist er dann halbvoll?“ Antwort: „Am neunundzwanzigsten Tag.“

Unwiderruflich

Michail SCHATROW

Vorstandssekretär des Schriftstellerverbandes der UdSSR

Es gibt zwei Begriffe, die ich gedanklich nicht zu trennen vermag: Demokratie und Sozialismus.

Im Jahre 1957 traf ich — ein blutjunger Dramatiker — mit Helene Stassowa, einer Kampfgefährtin Lenins, zusammen. Sie erzählte mir, daß Lenin in schwerer Stunde, wenn sich zu einem Problem nicht gleich der optimale Standpunkt fand, zu sagen pflegte:

"Fragen wir doch das Volk, die Arbeiter um Rat. Ich versichere Ihnen, daß sie eine Lösung finden werden, von der wir in unseren Arbeitszimmern nicht einmal träumen konnten. Man muß ihnen nur Gelegenheit dazu geben."

"Nicht alle wird diese Möglichkeit freuen", bekam er zur Antwort.

"Auf solche Leute werden wir eben nicht hören", versetzte Lenin lächelnd. "Auch nicht auf diejenigen, die alles aufs Wort glauben, wenn es nur von einer höheren Stelle als von dem Onkel im Büro kommt. Ebenso wenig auf solche, die imstande sind, etwas gegen ihr Gewissen zu sagen."

Die Gelegenheit und der Mensch. Ob er sie nutzen wird oder nicht, das sind zwei Aspekte eines heute für uns sehr gewichtigen Problems. Daran mußte ich denken, als ich am 6. Dezember 1986 auf dem Gründungskongreß des Verbandes der Bühnenschaffenden der UdSSR im Großen Krempalast ans Rednerpult trat.

...

Der Verband hat eine bemerkenswerte Vorgeschichte. Auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU wurde ein profundes Programm demokratischer Umgestaltungen aufgestellt und darin den Künstlerverbänden eine grundsätzlich neue Rolle zugewiesen. Man mußte einen Modus für ein gehaltvolles Zusammenwirken der Staatsorgane mit den Massenorganisationen und Künstlerverbänden finden, damit die Bühnenkünstler gemeinsam und als Gleiche mit den Kulturorganen das Bühnenschaffen lenken.

Der Modus dafür wurde nicht sogleich gefunden. In Streitgesprächen ergaben sich Antworten auf Fragen, die das Leben aufwirft, das nichts Schablonenhaftes und Unrechtes duldet. Schließlich entstand der Verband, wie ihn sich die Bühnenkünstler schon lange gewünscht hatten. Jetzt geht es darum, die Umstellung auch in der Bühnenkunst unwiderruflich zu machen.

...

Die Unwiderruflichkeit ist unser aller Hauptanliegen, ist Gegenstand unserer ständigen Überlegungen. Was können wir Bühnenkünstler tun? Womit können wir zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft und dazu beitragen, diese Vorgänge nicht allein zu bewahren, sondern auch zu beschleunigen? Es ist ja kein Geheimnis, daß Formalismus, Skepsis, Denkroutine und Apathie der Umstellung hinderlich sind. Wir wissen, wie zählebig der Bürokrat ist, wie schnell er sich anpaßt und sich neue Worte angewöhnt, um das Alte beizubehalten.

Nach meiner festen Überzeugung wurzeln viele akuteste Probleme von heute in der Vergangenheit, in der die demokratischen Grundsätze unseres Lebens entstellt wurden. Die Abkehr von den Idealen der Oktoberrevolution ist

uns sehr teuer zu stehen gekommen, sie hat z. B. die "Schräubchen"-Mentalität, die Einstellung zur gemeinsamen Sache als einer fremden, ins Kraut schießen lassen. Daher rühren auch die Mißwirtschaft, die Trunksucht und das Auftreten unzähliger "Leiter", die noch jetzt für die Massen denken und anstelle der Massen Entscheidungen treffen wollen. Ja sogar der uns allen bekannte Typ des lobbuhelnden und sich nach dem Wind der Konjunktur drehenden Künstlers, dem es egal ist, worüber er schreibt, wenn er es nur "denen oben" recht macht.

Wie gigantisch das Potential der Oktoberrevolution war, wenn sie alledem standhalten, das Land aufbauen, im Krieg bestehen und den Platz in der Welt einnehmen konnte, den sie heute einnimmt! Auch die Selbsterkenntnis und die Fähigkeit, die Entwicklung zu korrigieren, rührt von der Oktoberrevolution her.

...

Das Frühjahr 1985 brachte den Kampf für die Idee, für die Notwendigkeit und Möglichkeit der demokratischen Erneuerung, für die unerschütterliche Treue zu den Idealen der Oktoberrevolution!

Ich beneide ehrlich die Dramatiker der Zukunft, die dieses schicksalsschwangere Kapitel unserer Geschichte schildern und die Politiker würdigen werden, die alles beim rechten Namen genannt und die Partei zur Umstellung, zur Säuberung unseres sowjetischen Hauses von allem Verknöcherten und Fremden aufgeboten haben.

Lew Tolstoi schrieb in dem Artikel "Nikolai Palkin": "Wir sagen: Wozu Altes aufwärmen? Das ist jetzt vorbei. Wozu daran erinnern? Wozu das Volk reizen? Wie denn: Wozu? Wenn ich eine schwere oder gefährliche Krankheit hatte und geheilt oder gerettet worden bin, werde ich mich immer voll Freude daran erinnern. Ich werde es nicht nur dann tun, wenn ich krank bin, genauso krank oder noch schlimmer, um mich selbst zu betrügen."

Seit dem Frühjahr 1985 sehen wir jedem Tag hoffnungsvoll entgegen, aber Hand aufs Herz: So mancher glaubt: Wenn das nun alles vorbeigeht? Die Umstellung hört aber nicht auf. Nichts wird zur bloßen Kampagne, umgekehrt, die Umstellung entwickelt sich wunderbar folgerichtig und erobert der demokratischen Erneuerung der Gesellschaft immer neue Bereiche. Es ist unsere und eines jeden heilige Pflicht und Schuldigkeit, alles zu tun, damit dieser epochale Prozeß nicht ins Stocken gerät.

Die Gewähr für die Unwiderruflichkeit ist der freie, geistig entkavte Mensch, der nichts aufs Wort glaubt, kein Wort gegen sein Gewissen spricht, der sich nicht scheut, Schwierigkeiten einzugestehen, und der den Kampf für ein wichtiges Ziel nicht fürchtet. Da eben liegt der Kampfplatz der Kunst und Literatur, die, wie der russische Publizist Alexander Herzen schrieb, die Aufgabe haben, die Zahl der freisinnigen, aktiven, ihr Vaterland liebenden Menschen zu mehren. Das ist der Auftrag, den die Gesellschaft uns Bühnenschaffenden erteilt. Das ist das Programm, das uns alle vereinigen und zu neuen Leistungen führen soll.

GENERALSEKRETÄR DES ZK DER KPV NGUYEN VAN LINH

Am 18. Dezember beendete der VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams seine Arbeit. Auf der 1. konstituierenden Plenumsitzung des ZK der KPV wurde Nguyen Van Linh zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei gewählt.

Nguyen Van Linh wurde 1915 in Hanoi geboren. Seit 1929 nimmt er an der revolutionären und nationalen Befreiungsbewegung teil. Er wurde mehrfach von den Kolonialbehörden festgenommen und zu Gefängnishaft verurteilt. Seit 1936 Mitglied der Kommunistischen Partei. 1939 sandte ihn das Zentralkomitee der Partei zur illegalen Arbeit nach Saigon, heute Ho-Chi-Minh-Stadt. 1940 Mitarbeit im Parteikomitee für Mittel-Vietnam. Ab 1941 auf der Insel Con Dao interniert.

1945 während der August-Revolution befreit. Rückkehr nach Saigon. Wahl ins Parteikomitee Süd-Vietnam. 1956-1960 amtierender Sekretär des süd-vietnamesischen Büros des ZK der Partei und 1960 stellvertretender Sekretär des süd-vietnamesischen Büros des ZK der Partei.

Nach der Befreiung Süd-Vietnams arbeitete er als

Sekretär des Stadtkomitees der KPV Ho-Chi-Minh-



Stadt. 1976-1980 Vorsitzender des Exekutivkomitees des Gewerkschaftsbundes Vietnams. 1981-1985 erneut Sekretär des Stadtkomitees der KPV Ho-Chi-Minh-Stadt.

Auf dem III., IV., V. und VI. Parteitag der KPV wurde er ins Zentralkomitee der KPV gewählt, auf dem IV. Parteitag der KPV ins Politbüro des ZK der KPV. Seit Juni 1985 ist er Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPV.

Nguyen Van Linh wurde mit Orden und Medaillen der Sozialistischen Republik Vietnam ausgezeichnet.

Fortsetzung von S. 5
der andern (die nächste ist für den 29. Januar 1987 geplant) erschüttert das Testfeld von Nevada. Somit war die sowjetische Regierung gezwungen, den schweren Entschluß zu fassen, die Nukleartests wiederaufzunehmen. Schon zeigen sich die ersten Präsidentenberater und stecken der handzahn, "unabhängigen" Presse die demagogische Frage, ob das etwa moralisch sei. Stellen wir die Frage einmal so: Ist es moralisch, zu dulden, daß noch perfektere Atomsprengsätze

gebaut werden? Daß man der Welt einen atomaren Weltraumknüppel über den Kopf hängt, eine Waffe, die nicht nur Moskau, sondern die ganze Welt dem Willen der USA gefügig machen soll?

Der Schritt der sowjetischen Regierung erfolgt notgedrungen, ohne unwiderrufbar zu sein. Moskau schlägt ein weiteres Mal vor, in jeder beliebigen Zusammensetzung und auf jeder beliebigen Ebene unverzüglich über ein vollständiges Verbot von Nukleartests zu verhandeln. Wir schlagen vor, vertragliche Formen zu verein-

baren, wie die Einhaltung eines solchen Moratoriums zu überprüfen wäre. Wenn die USA sich nicht sogleich zu einer Entscheidung, die Explosionen abbrechen, bereit finden, erklärt sich Moskau einverstanden, zu jedem beliebigen späteren Zeitpunkt auf gegenseitiger Grundlage sein Programm einzustellen.

Am 1. Januar 1987 läuft das sowjetische Moratorium ab. Die Regierung der UdSSR verlängert es bis zum Zeitpunkt der nächsten Kernexplosion auf seiten der USA. Der amerikanischen Administration wurde noch einmal die Chance gewährt, ernsthaft über Begriffe wie "Humanismus" und "Zukunft", die sie so gern strapaziert, nachzudenken. Die letzte Chance.

A. ARCHIPOW

GRIECHENLAND

Aktuell wie nie zuvor

● IN ATHEN GING DIE 5-KONTINENTE-KONFERENZ FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG ZU ENDE.

In der griechischen Hauptstadt herrscht Weihnachtsstimmung. An den Häuserfassaden im Stadtzentrum zeichnen Tausende von Glühbirnen stilisierte Weihnachtsbäume, und auf den Bürgersteigen haben sich Weihnachtsmärkte ausgebreitet. Über die Straßen spannen sich Girlanden aus Buntfolie und leuchtenden Glaskugeln. In den Schaufenstern glänzt bunter Weihnachtsschmuck, locken Spielzeug und Weihnachtsmänner.

"Gesundheit, Glück, Freude und Frieden" wünschen die Athener einander in diesen Tagen. Mit solchen guten Wünschen begrüßten sie auch uns, die Mitglieder einer Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees, die sich dieser Tage in Athen aufhielt.

"Als Militär ist mir besonders bewußt, welche Leiden unserem Planeten ein Weltkrieg bringen kann", sagte mir Gior-

gos Koumanakos, General a. D. und Aktivist der Griechischen Bewegung für nationale Unabhängigkeit, Weltfrieden und Abrüstung (KEADEA). "Für mich ist der Kampf für den Frieden, gegen die Kriegsgefahr ein realer Kampf gegen ein reales Übel. Eben deshalb bin ich heute hier."

Wir hatten uns bei der längst beendeten 5-Kontinente-Konferenz für Frieden und Abrüstung in Athen kennengelernt — einem repräsentativen Forum der Friedensbewegungen, an dem auch eine Delegation des Sowjetischen Friedenskomitees teilnahm. General Koumanakos hatte den Vorsitz auf der Tagung einer der 15 Arbeitsgruppen dieses Forums, die das Thema "Die Friedensinitiative der fünf Kontinente und der Friedenskampf" erörterte.

"Wir Griechen wollten, als wir die Initiative für die jetzige Konferenz in Athen ergriffen", sagte General Koumanakos, "unsere Beitrag zum von der UNO proklamierten Jahr des Friedens leisten, zu einem Jahr, das unserer Meinung nach zum Beginn grundlegender internationaler Veränderungen werden soll — zum Beginn der Befreiung der Menschheit von der Gefahr eines Nuklearkrieges und der vollständigen Vernichtung. Und ich bin froh, daß unsere Konferenz ein Meilenstein auf dem Weg zum edlen Ziel der Rettung der Menschheit war."

Mit welchem Konferenzteilnehmer ich auch sprach, alle betonten die Bedeutung des Treffens in Athen für die Verstärkung des Friedenskampfes, für die Koordinierung der Aktionen der Friedenskräfte unseres Planeten. Ja, in Athen waren 87 Friedensbewegungen aus 40 Ländern vertreten! Im Ausstellungszentrum "Zappeion", wo wichtige internationale Begegnungen und politische Veranstaltungen durchgeführt werden, kamen Parlamentarier und namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler und Schriftsteller, Vertreter einer ganzen Reihe von Parteien und Gruppen mit unterschiedlichen, bisweilen entgegengesetzten ideolo-

gisch-politischen Plattformen zusammen. Doch angesichts der alle bedrohenden Gefahr eines Nuklearkrieges wurde eine gemeinsame Sprache gefunden. Und in den Tagungen der Arbeitsgruppen wurde die übereinstimmende Auffassung formuliert: Um der Bewahrung des Lebens auf Erden willen müssen es die Menschen lernen, trotz aller Differenzen friedlich zusammenzuleben.

Dies aber bedeutet keineswegs, daß die Konferenz in einer Atmosphäre des Wohlwollens und der völligen Übereinstimmung der Meinungen in allen Fragen verlaufen wäre. Ihre Organisatoren stellten — sowohl auf den Plenartagungen als auch in den Arbeitsgruppen — die brennendsten Fragen der Gegenwart zur Diskussion wie ein vollständiges Verbot der Kernwaffentests und die Kontrolle seiner Einhaltung, den Kampf gegen die Militarisierung des Weltraums und ein Verbot der chemischen Waffen, die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen und die Bedeutung der Kernenergiewirtschaft für Sicherheit und Entwicklung, die Gefahren regionaler Konflikte und des internationalen Terrorismus für den Weltfrieden, die Interdependenz des Friedenskampfes und der heutigen politischen Prozesse, die internationale Zusammenarbeit bei Abrüstung und Entwicklung.

Natürlich kam es bei der Erörterung so komplizierter und wichtiger Probleme zu Meinungsverschiedenheiten, zu harten Diskussionen. Doch all das half den Konferenzteilnehmern, die Positionen des anderen besser zu verstehen und Berührungspunkte zu finden. Zu einem neuen politischen Denken beim Herangehen an die Hauptfragen der Gegenwart rief bei Konferenzöffnung der Ministerpräsident Griechenlands, Andreas Papandreou, auf, der von der Notwendigkeit sprach, bewaffnete Konflikte bei der Lösung internationaler Probleme auszuschließen und den Nuklearkrieg für alle Zeiten zu ächten. Der griechische Ministerpräsident, der als Vertreter der "Sechs von Delhi" (der

führenden Repräsentanten Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und Tansanias) sprach, gab eine hohe Einschätzung des sowjetischen Moratoriums für Kernwaffentests und appellierte an Präsident Reagan, diesem Beispiel zu folgen. Zugleich sprach Andreas Papandreou besorgt von der Gefahr der Militarisierung des Weltraums und von dem fortgesetzten nuklearen Wettrüsten, das zu einer weiteren Aufstockung der auch ohnehin entsetzlichen Nukleararsenale führt.

Großen Eindruck bei den Konferenzteilnehmern hinterließ die Rede der Leiterin der sowjetischen Delegation, Valentina Schewtschenko, der stellvertretenden Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der Ukrainischen SSR. Sie erinnerte an die wichtigsten Friedensinitiativen und -aktionen der Sowjetunion.

"Neue Hoffnungen auf die Schaffung einer kernwaffenfreien und gewaltlosen Welt weckt bei uns die Deklaration von Delhi, die vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und dem Ministerpräsidenten Indiens am 27. November d. J. unterzeichnet wurde", erklärte V. Schewtschenko unter dem Beifall Tausender Einwohner Athens, die zur Eröffnung der Konferenz im Stadion des Friedens und der Freundschaft zusammengekommen waren. Begeistert wurde auch der von ihr verlesene Appell des Obersten Sowjets der UdSSR "An die Parlamente und die Völker der Welt" aufgenommen.

Die sowjetische Friedenspolitik und die sowjetischen Friedensinitiativen fanden auf der Konferenz volles Verständnis und Unterstützung. Zugleich wurde konstatiert, daß schnellstmöglich die entscheidenden und dringlichsten Maßnahmen zu ergreifen sind, damit diese Initiativen endlich ein positives Echo bei der US-Administration finden.

Die Teilnehmer des Athener Treffens erklärten wiederholt zu den sowjetischen Initiativen:

"Jetzt ist der Ball auf der amerikanischen Seite. Die US-Administration hat nun das Wort."

Heute sind diese Worte aktuell wie nie zuvor.

J. KORSCHUNOW

NZ-Sonderkorrespondent

Athen

NAHER OSTEN

Im Westjordanland gärt es

● KEINES DER 19 JAHRE DER ISRAELISCHEN OKKUPATION DES WESTJORDANLANDES UND DES GHAZA-STREIFENS GEHT RUHIG UND FRIEDLICH ZU ENDE.

Ja, anders kann das auch nicht sein: Das arabische Volk

den Flüchtlingslagern Blata und Al-Döheisha praktisch gelähmt. Im Dezember erreichte der Kampf der arabischen Bevölkerung mit einem Generalstreik, Massendemonstrationen und Zusammenstößen mit der Armee einen weiteren Höhepunkt. Bei den Protestaktionen verlangen die Araber die unverzügliche Einstellung der Repressalien und die Freilassung aller Verhafteten.

Die Besatzer gehen brutal gegen die arabischen Patrioten vor. Die Ergebnisse der jüngsten Willkürakte: vier Tote, 25 Verletzte, Massenverhaftungen.

Zum Einsatz gegen die Palästinenser wurden israelische Truppenverstärkungen herbeigeholt. Die Lager Blata und Al-Döheisha sind von Soldaten eingekreist, und in den Lagern selbst reißen Bulldozer die Häuser der "Unruhestifter" ab, werden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Übrigens ist dem Besatzungsrecht zufolge für Haus-



Ghaza-Streifen, im Dezember — "Fort mit den Besatzern!"

Foto: Reuter-TASS

von Palästina verlangt die Befreiung seiner Gebiete von den Besatzern und kämpft aktiv gegen die Eindringlinge.

Auch jetzt, da das Jahr 1986 zu Ende geht, gärt es im Westjordanland und im Ghaza-Streifen. Nachrichtenagenturen berichten über Massendemonstrationen der Einwohner von Nablus, Ramallah, Beit Lahm und Tulkarm. Die Manifestationen haben das Leben in

suchungen bei Arabern keine Anordnung des Staatsanwalts erforderlich.

Wird sich die Lage 1987 in den besetzten Gebieten normalisieren?

Die Antwort darauf gab der neue israelische Regierungschef Itzhak Shamir, der im Oktober d. J. sein Amt antrat. Er erklärte, die verstärkte Besiedelung der besetzten Gebiete von Israelis werde eine der

Hauptaufgaben seiner Regierung sein. Dies bedeutet, daß auch in Zukunft immer neue israelische Wehrdörfer in den besetzten Gebieten entstehen werden. Beim Besuch einer dieser Siedlungen versicherte er deren Einwohnern, bis 1988 würden allein im Westjordanland 100 000 Israelis (jetzt sind dort bereits 60 000 Siedler) leben.

Kein Wunder, daß die palästinensische arabische Bevölkerung den Kampf für die Befreiung ihrer Heimat fortführen will. Unlängst führte Prof. Mohammed Shadid, ein US-Bürger, der selbst aus dem Westjordanland stammt, eine Umfrage unter der arabischen Bevölkerung durch und ermittelte dabei, daß 93 Prozent der Araber in den besetzten Gebieten die von Tel Aviv geächtete palästinensische Befreiungsorganisation unterstützen. Mohammed Shadid mußte wegen der Veröffentlichung dieser Angaben Israel verlassen. Und Ende Dezember wurde aus ähnlichen Motiven der Verleger der in Ost-Jerusalem erscheinenden Zeitung "Al-Shaab", Akram Hania, des Landes verwiesen.

Die Versuche, jene mundtot zu machen, die versuchen, die Wahrheit über die Lage der arabischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu sagen, bleiben erfolglos ebenso wie die Versuche Tel Avivs, durch Repressalien und Manöver den Kampf der Palästinenser gegen das Besatzungsregime abzuwürgen.

D. SGRSKI

MITTELAMERIKA

So verschiedene Geschenke

● SICH DER ANWENDUNG VON GEWALT UND JEDLICHER ANDERER HANDLUNGEN ZU ENTHALTEN, DIE DIE LAGE ZUSPITZEN KÖNNEN—DIESER AUFRUF IST AN ALLE GERICHTET, DIE DIREKT ODER INDIREKT IN DEN MITTELAMERIKANISCHEN

KONFLIKT VERWICKELT SIND.

Dazu rief die Konferenz der Außenminister der acht Länder Lateinamerikas, die der Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama und Venezuela) und der Unterstützungsgruppe (Argentinien, Brasilien, Peru, Uruguay) angehören, Mitte Dezember in Rio de Janeiro auf. Die Minister verlangten von den USA, die finanzielle und andere Unterstützung für die antinikaraguanischen Contras einzustellen, mit deren Hilfe Washington den aggressiven Krieg gegen das sandinistische Nicaragua führt, wobei es offen erklärt, dessen legitime Regierung stürzen zu wollen.

Auf der Konferenz in Rio de Janeiro wurde beschlossen, eine weitere Friedensmission nach Mittelamerika zu entsenden. Ihr werden auch die Generalsekretäre der UNO und der Organisation Amerikanischer Staaten angehören.

Jetzt ist es besonders wichtig, die Bemühungen für eine gerechte politische Regelung der regionalen Krise zu intensivieren. Torpedieren ja nicht nur die USA selbst schon diverse Jahre jegliche Versuche, ein Abkommen über die Streitfragen zu erreichen, und verstärken immer mehr auf allen Ebenen die subversiven Operationen gegen Nicaragua. Unter ihrem offenen Druck weigerten sich die Regierungen von Honduras, Kostarika und El Salvador kürzlich, weiter am Contadora-Prozess teilzunehmen.

Unterdes möchte man auch in diesen Ländern, vor allem in Honduras, nur zu gern die Somoza-Banden, die sich dort eingenistet haben, wieder loswerden. Diese "Gäste" führen sich ja entsprechend auf und können durch ihre Handlungen über jene, die ihnen Unterschlupf gewährt haben, Unglück bringen. Der Präsident von Honduras, Jose Azcona Hoyo, ersuchte offiziell die USA, die Contras aus dem Land abzuführen. Washington stimmt dem, wie aus Tegucigalpa gemeldet wird, zu. Doch wohin mit den Tausenden von Söldnern? Soll man sie in den USA selbst aufnehmen? Nein, dort will sie niemand haben.

Die US-Administration betrachtet sie nur als Söldner für Überfälle auf das revolutionäre Nicaragua. In deren Ausrüstung gehen sowohl die offiziellen 100 000 000 Dollar, die der Kongreß bewilligte, als auch die vielen Millionen in Umgehung sowohl des Kongresses als auch der amerikanischen Gesetze überhaupt.

Und da wurde jetzt beschlossen, die Contras ... nach Nicaragua zu schicken, also im Grunde zu einer großangelegten Aggression gegen dieses Land überzugehen.

"Fürchten Sie eine amerikanische Invasion?" fragte der Korrespondent des Magazins "Stern" (BRD) den Präsidenten Nicaraguas, Daniel Ortega (das Interview ist im Heft vom 18. Dezember 1986 veröffentlicht).

Darauf folgte die Antwort: "Die fürchte ich schon seit Jahren, aber jetzt besonders..."

Und die Republik festigt, muß ihre Verteidigungskraft festigen.

Zugleich demonstriert Managua seinen guten Willen, sein Streben nach einer Friedensregelung: Auf Vorschlag des Präsidenten Daniel Ortega erließ die Nationalversammlung Nicaraguas am 17. Dezember dem Amerikaner Eugene Hasenfus eine 30jährige Haftstrafe. Hasenfus hatte der Besatzung eines abgeschossenen Flugzeuges mit Waffen für die Contras angehört, und jetzt ist er wieder zu Hause bei sich in Wisconsin.

"Das ist ein Weihnachtsgeschenk der Nikaraguaner für das amerikanische Volk", erklärte Daniel Ortega. "Wir hoffen und glauben, daß unsere Geste zum Frieden beitragen wird. Wir appellieren an das Gewissen von Mr. Reagan und bitten ihn, ein weiteres Mal den von ihm verfolgten Kurs zu überdenken..."

Die US-Administration aber demonstriert leider sowohl zu Neujahr als auch zu anderer Zeit nur immer stärkere Feindseligkeit gegenüber dem Volk Nicaraguas.

A. USWATOW

TSCHAD

Wieder Kampfhandlungen

● ZWEI TRANSALL-TRANSPORTFLUGZEUGE DER FRANZÖSISCHEN LUFTWAFFE WARFEN AM 16. DEZEMBER MUNITION, TREIBSTOFF UND LEBENSMITTEL IM RAUM TIBESTI(TSCHAD) AB.

Diese Region befindet sich nördlich der Trennlinie, die das Oberkommando der französischen Truppen bereits 1983 festlegte, als es damals eine weitere Intervention im Tschad unternahm. Diese willkürlich längs des 16. Breitengrades gezogene Linie teilt das Land in zwei Teile. Der Süden steht unter Kontrolle der Regierung, die von Präsident Hissene Habre geleitet wird und sich in der Hauptstadt N'Djamena befindet, der Norden ist unter Kontrolle der Übergangsregierung der nationalen Einheit (GUNT), deren Chef bis vor kurzem Goukouni Queddei war.

Die französischen Behörden erklärten 1983 und später wiederholt, ihre Streitkräfte würden die Trennlinie nicht überschreiten. Jetzt aber wurde dieses Versprechen gebrochen.

Der Flug der Transall-Maschinen in den Raum Tibesti war offenbar das Vorspiel zur Entfesselung einer weiteren Runde von Kampfhandlungen im Tschad. Wie die libysche Nachrichtenagentur JANA am 21. Dezember meldete, überschritten Truppen N'Djamenas den 16. Breitengrad und griffen GUNT-Verbände an, französische Flugzeuge aber bombardierten deren Stellungen und Arsenale.

Der Beschluß Paris', die Trennlinie zu überschreiten, wurde bald nach dem regulären französisch-afrikanischen Gipfeltreffen in Lome (Togo) gefaßt. Zu diesem Treffen war auch Habre eingeladen. Von dem französischen Präsidenten Francois Mitterrand und Ministerpräsident Jacques Chi-

rac verlangte er von Paris, die Rüstungslieferungen für sein Regime zu intensivieren und die Operationen der Truppen N'Djamenas im Nordtschad zu unterstützen. Hierbei versicherte Habre, die Lage sei jetzt günstig, da es in der GUNT zu einer "Spaltung" gekommen sei.

In Cotonou (Benin) fand fast gleichzeitig zur Konferenz in Lome ein Treffen der Führer der sieben militärisch-politischen Gruppierungen, die die Übergangsregierung der nationalen Einheit bilden, statt. Sie beschlossen eine Regierungsumbildung. Der Führer der Gruppierung Volksstreitkräfte, Goukouni Oueddei, der sich mit Habre geeinigt hatte, wurde als Vorsitzender der Übergangsregierung abgelöst. An seine Stelle trat der Führer der Grup-

pierung Revolutionärer demokratischer Rat, Acheik Ibn Omar. Danach verbarg sich ein kleiner Teil der Anhänger Oueddeis im Hochland von Tibesti. Eben für diese Spalter waren die Munition und die Lebensmittel, die von französischen Flugzeugen abgeworfen wurden, bestimmt.

Die französische Regierung versprach, die Rüstungslieferungen für N'Djamena zu verstärken. Was aber die zweite Forderung angeht, so sagte sie dem Pariser "Monde" zufolge Habre, diese Frage werde "geprüft". Eben dort, in Lome, gab er auf einer Pressekonferenz zu verstehen, daß, wenn Frankreich seine Truppen nicht unterstützen werde, er die USA um Hilfe ersuchen wolle. Übrigens befand sich zu dieser Zeit dort auch der stellvertretende

US-Außenminister für afrikanische Angelegenheiten, James Bishop, zu dem Habre Kontakt hielt. Die Aussicht auf direkte militärische US-Einmischung im Tschad, den Frankreich bis heute als seinen Einflußbereich ansieht, sagt Paris offenbar nicht zu. Nichtsdestoweniger verstärkt sich diese Einmischung. Washington gab seinen Entschluß bekannt, N'Djamena Waffen für 15 Mio Dollar zu liefern. Auch die Zahl der US-Militärberater im Lande nimmt zu.

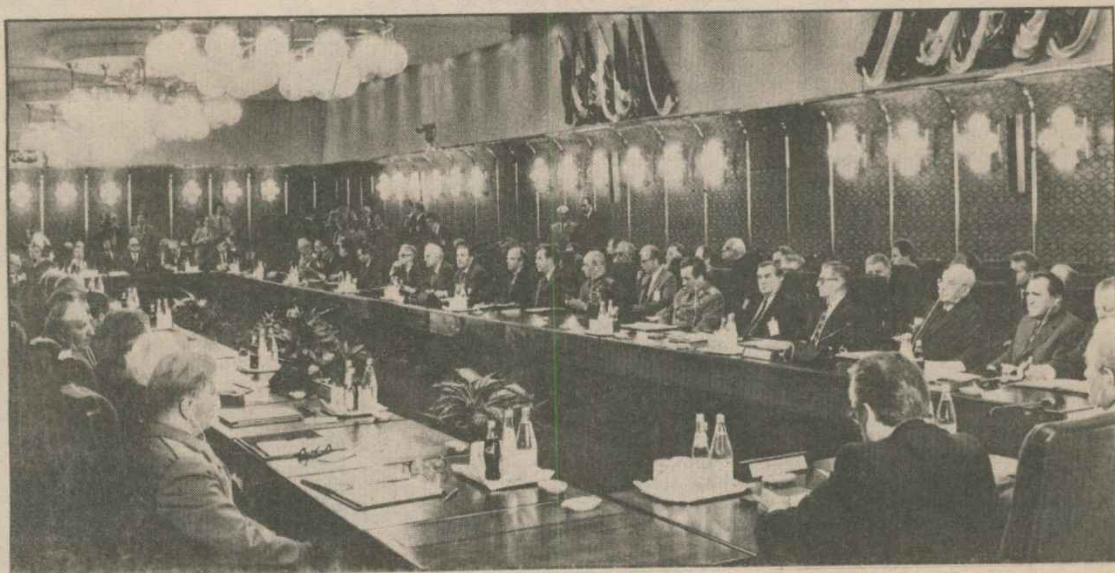
Frankreich, das seine interventionistischen Handlungen zu rechtfertigen sucht, brachte die Falschinformation in Umlauf, nach der Abspaltung der Anhänger Oueddeis (übrigens weitaus nicht aller) von der GUNT habe die Übergangsregierung aufgehört zu existieren

und der Kampf im Tschad werde schon nicht mehr zwischen den Tschadern, sondern zwischen dem "tschadischen Volk und einem Aggressor", angeblich Libyen, geführt. Das gebe Frankreich das Recht auf Teilnahme an den militärischen Operationen. Die gleiche Version verbreiten auch die USA, die die Lage im Tschad nutzen wollen, um einen Schlag gegen Libyen nicht nur vom Meer, sondern auch vom Festland aus zu führen.

Tripolis weist entschieden die Erfindungen von einer Verwicklung Libyens in die Vorgänge im Tschad zurück, wobei es die Desinformationskampagne dem libyschen Volk feindlich gesinnten Kräften, vor allem der US-Administration, gibt.

J. BOTSCHKARJOW

**1986 JAHR
DES FRIEDENS**



Zeit für den Frieden.

Juni. Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Budapest. Sie schlagen der NATO eine grundlegende — um eine

Million Mann — Reduzierung der einander gegenüberstehenden Armeen vom Atlantik bis zum Ural vor. Zugleich mit den konventionellen Waffen würden auch die operativ-taktischen Nuklearrüstungen abgebaut werden.

General de Gaulle setzte sich für ein friedliches Europa vom Atlantik bis zum Ural ein. Jetzt hat die UdSSR vorgeschlagen, ganz Europa vom Ural bis zum Atlantik von Kernwaffen zu befreien. Was sagt Paris dazu?

Mururoas Echo im Palais Bourbon

Am Mittwoch, dem 12. November um 18.02 Uhr registrierten die Seismographen in Neuseeland die vierte von Frankreich in diesem Jahr gezündete Kernexplosion unter der Lagune des südpazifischen Atolls Mururoa. Zur selben Zeit verfocht Andre Giraud, der französische Verteidigungsminister, im Palais Bourbon vor der Nationalversammlung den Militäretat der Fünften Republik für 1987.

Die zeitliche Übereinstimmung war mehr als symbolisch. Die Militäraufwendungen für das nächste Jahr, das die erste Phase des neuen militärischen Fünfjahresprogramms darstellen wird, und — das ist wichtig! — dieses ganze Programm, das vom Parlament noch nicht bestätigt, von der Regierung aber mit Zustimmung des Präsidenten bereits gutgeheißen worden ist, zeugt von folgendem: Frankreichs Militärpolitik steht im Widerspruch zu den Zeitläuften und verträgt sich ganz und gar nicht mit der Abrüstungslogik. Mehr noch, die Urheber der "erneuerten Doktrin" äußern unverblümt ihre Ablehnung der Aussicht eines kernwaffenfreien Europas, was selbst von ihren eigenen unlängst vertretenen Ansichten ein Schritt rückwärts ist.

Hier die Tatsachen. Das neue Programm kostet 474 Md. Franc. Den Vorrang haben eine Modernisierung der nuklearen Streitkräfte und das Anlaufen der Erzeugung von C-Waffen.

Die Doktrin bekräftigt die frühere Auffassung einer "nuklearen Eindämmung" und das Festhalten an den Verpflichtungen, die aus der Beteiligung an der politischen Organisation der NATO erwachsen. Was die "europäische Berufung" Frankreichs angeht, so fällt besonders die Bevorzugung der militärischen Zusammenarbeit mit der BRD auf. Auch die "globale Mission", die darin besteht, die französischen Interessen im Indik und Pazifik zu wahren, ist nicht vergessen.

Um diese Orientierung zu begründen, haben die Urheber der Doktrin der Versuchung nicht widerstehen können, die längst in Mißkredit geratenen "atlantischen" Postulate hervorzuholen, laut denen angeblich das militärische Gleichgewicht in Europa zugunsten der Warschauer Vertragsstaaten gestört ist. Nach dem "atlantischen" Denkschema erfordert das aber unbedingt ein zunehmendes Zusammenwirken mit den USA. Natürlich darf nicht übersehen werden, daß die Verfasser des Programms in dessen sozusagen philosophischem, zu nichts verpflichtendem Teil ihre Zustimmung dazu äußern, daß die UdSSR und die USA ihr Militärpotential reduzieren sollen. Dann erst werde es sich Frankreich vielleicht überlegen, ob es sich nicht ebenfalls der nuklearen Abrüstung anschließen solle.

Die Veröffentlichung des Militärprogramms und des Militäretatentwurfs für 1987 sowie die diesbezüglichen Parlamentsdebatten sind in die Zeit nach Reykjavik gefallen, was ihnen eine besondere Heftigkeit verlieh und die Einstellungen der größten Parteien und einer Anzahl von Politikern klargestellt hat. Man kann sich schwer des Eindrucks erwehren, daß die in Reykjavik erzielten Vereinbarungen viele in Frankreich aus dem Häuschen gebracht haben. Auch Giraud, der für die Annahme des Militäretats für 1987 eine Lanze brach, hat aus seinem Mißmut kein Hehl gemacht. Er rief aus: "Ist ein Westeuropa vorstellbar, dem nichts anderes übrigbliebe, als sich auf die strategischen Waffen der USA zu verlassen, die nur noch auf deren Boden wären?" Girauds Ansicht nach "ist die Richtung, in der sich die Verhandlungen in Reykjavik bewegten, höchst besorgniserregend". Ebenso besorgt ist das sowjetisch-amerikanische Treffen in Reykjavik vom französischen Außenminister,

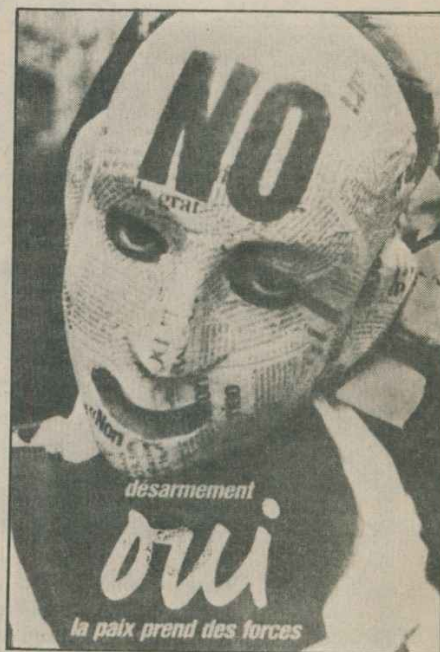
Jean-Bernard Raimond, kommentiert worden: Die dort erörterten Projekte nannte er erschreckend, da "das restlose Verschwinden der Kernwaffen aus Europa" für die NATO "ärgerlich" wäre und die Sicherheit abschwächen würde.

Ministerpräsident Jacques Chirac nuanciert die Stellungnahme ein wenig, er hat behauptet: "Die Sowjetunion hat sich bemüht, ihre Darstellung der Schlußfolgerungen" (aus dem Treffen von Reykjavik) "als psychologisches Druckmittel gegen den Westen anzuwenden. Wir denken aber nicht daran, dem Druck nachzugeben. Ich würde nur sagen, daß Europa wachsam sein muß, um nicht Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten zum Opfer zu fallen. Dazu ist es notwendig, sehr genau auf alles zu achten, was zur 'Entkopplung' Europas und der USA im Verteidigungsbereich führen könnte, namentlich auf die Nullvariante, zu der er sich sehr zurückhaltend verhält."

Also nein zur "Nullvariante", d. h. zu der Aussicht auf eine Beseitigung sämtlicher amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen aus Europa, und ja zur Koppelung mit den USA im Wettrüsten.

Der französische Präsident ist auch nicht sicher, daß Reykjavik eine Wende zum Besseren gewesen ist. Er solidarisiert sich "Nein!" zum Atomtod, "Ja!" zur Abrüstung.

Foto: „L'Humanite Dimanche“ (Frankreich)



im wesentlichen mit dem Standpunkt der Regierung. Dabei hat Mitterrand doch vor einigen Jahren als Präsidentschaftskandidat sehr energisch gefordert: "Die sowjetischen SS 20 und die amerikanischen Pershings müssen aus Mitteleuropa verschwinden."

In Reykjavik kam man genau dieser Lösung ganz nahe, und jetzt heißt es auf einmal, sie taue nichts. Wieso? Logisch läßt sich das nicht beantworten, denn schon die bloße Einstellung von Paris zu einem derart wichtigen Problem ist unlogisch, auch deshalb, weil die UdSSR in Reykjavik das Kernwaffenpotential Frankreichs und Großbritanniens nicht mit ins Gespräch gebracht hat. Das war von uns ein wesentliches, mutiges und irgendwie sogar riskantes Zugeständnis. In Paris tut man, als habe man es nicht bemerkt, ganz zu schweigen davon, daß man gar nicht daran denkt, Frankreich mit der nuklearen Abrüstung in Europa zu "koppeln". Das im Palais Matignon aufgestellte neue Militärprogramm gibt der französischen Militärpolitik genau die entgegengesetzte Richtung, es enthält die Aufgabe, das Wettrüsten, vor allem das nukleare, beispiellos zu beschleunigen.

Die auf Atom-U-Boote gestützten M-20-Raketen mit je einem nuklearen Gefechtskopf wird man gegen M-4-Raketen mit je sechs Gefechtsköpfen und 4000 km Reichweite und später gegen M-5-Raketen mit je 12 einzeln lenkbaren Gefechtsköpfen austauschen. Beschlossen ist der Bau des nuklearen Flugzeugträgers "Richelieu". Die auf dem Albion-Plateau aufgestellten S-3-ICBM werden den mobilen S-4-Raketen Platz machen, die Ziele in 3500 km Entfernung treffen können. Anstelle der taktischen "Pluton"-Kernraketen wird die französische Armee "Hades"-Raketen mit 350 km Reichweite bekommen, die — was nicht gerade unwichtig ist — mit Neutronengefuchtsköpfen versehen werden können. Nach zahlreichen Meldungen zu urteilen, hat sich Frankreich die Methode zum Bau von Neutronenbomben, die Mitterrand früher einmal "Terrorwaffen" nannte, bereits zu eigen gemacht.

Das alles sind gewiß keine Weihnachtsleckereien, sondern bedrohliche Waffen, auch Erstschlagswaffen, und sie zielen eindeutig auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder Europas.

Die maßgebliche Zeitschrift "Scientific American" brachte unlängst einen analytischen Beitrag mit der eindeutigen Schlußfolgerung, daß die Nuklearkräfte Großbritanniens und Frankreichs "ein mächtiges Kriegspotential darstellen"; ebenso darüber, daß Programme für die Modernisierung der britischen und der französischen strategischen Rüstungen die

Sicherheit der UdSSR viel mehr als bisher bedrohen werden, weil die Kernwaffen beider Staaten gerade auf sowjetische Städte zielen. US-Forscher weisen die Behauptung als unhaltbar zurück, daß die Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs "zu unbedeutend sind, als daß man sie bedrohlich nennen könnte". "Zahlenmäßige Vergleiche können die reale Tatsache bemänteln, daß die europäischen Nuklearkräfte schon jetzt imstande wären, in der UdSSR beispiellose Verheerungen anzurichten."

Schon jetzt! Und wie, wenn Frankreich sein neues Militärprogramm ausführt? Wie werden sich die Dinge entwickeln, wenn Paris nach dem grundlegenden Prinzip der neuen Militärdoktrin handeln wird, das so lautet: "Der eventuelle A-Waffeneinsatz wäre eine letzte Warnung und entspricht unserer globalen Eindämmungsstrategie"? Muß es nicht Besorgnis erregen, wenn es jetzt heißt, daß Frankreich selbst für den Fall eines begrenzten Waffenkonflikts in Europa taktische Kernwaffen einsetzen müsse? Oder wenn es heißt, es sei an der Zeit, den französischen "nuklearen Schirm" über der BRD aufzuspannen? Wird die französische Militärdoktrin etwa "elastischer" als bisher, wenn sie jetzt die Aufstockung der nuklearen Angriffswaffen, die Fortsetzung der Kernexplosionen, den Bau von Neutronenbomben und C-Waffen sowie ein engeres militärisches Zusammenwirken mit den USA durch den Faktor zunehmender militärischer Spannungen in Europa rechtfertigt?

Das sind ernst zu nehmende Fragen. Sie beunruhigen zunächst einmal die Franzosen selbst. In diesen Tagen sagte FKP-Generalsekretär George Marchais: "Das Problem ist so einfach, wie es auch entsetzlich ist. Die Kernwaffenarsenale haben jetzt einen Stand erreicht, daß die Menschheit bei einem Konflikt vernichtet werden würde. Das wäre das Ende des Weltalls. Man muß sich in den Kampf gegen diese schreckliche Gefahr einschalten, muß abrüsten... Im Oktober hätten die UdSSR und die USA beinahe ein historisches Abkommen erzielt. Daraus läßt sich eindeutig ableiten, daß alle Länder, allen voran Frankreich, gemeinsam an der Verwirklichung dieses großen Ziels arbeiten müssen. Was machen jedoch die führenden französischen Politiker? Sie verhindern eine Befreiung Europas von Atomwaffen. Schlimmer noch, sie verstärken das Wettrüsten."

Diesem Urteil kann man sich nur anschließen.

V. ZOPPI

EXPRESSINFORMATIONEN

● FRIEDENSBEWEGUNG

ATOMWAFFENFREIES MONTREAL

Der Stadtrat der zweitgrößten Stadt Kanadas verabschiedete eine Resolution, die Montreal zur atomwaffenfreien Zone erklärt und die Stationierung, die Produktion und den Transport von Atomwaffen verbietet.

● TERRORISMUS

DIE „SCHWADRONEN“ MORDEN

Die kolumbianische Polizei meldete, daß in der Stadt Medellin, dem Verwaltungszentrum des Departaments Antioquia, vier Menschen von Unbekannten ermordet und verstümmelt worden seien. Diese Morde tragen die Handschrift der „Todesschwadronen“. Einen Tag zuvor hatte die Linkskoalition Patriotischer Bund den Gewaltakt an einem Aktivisten ihrer oppositionellen Gruppierung, dem Abgeordneten Octavio Vargas Cuellar, verurteilt.

● RELIGION

THEOLOGIE DER BEFREIUNG

In Oaxtepec (Mexiko) hatten sich Anhänger der Theologie der Befreiung versammelt. Sie diskutierten die Notwendigkeit, engere Verbindungen zwischen der katholischen Kirche und Volksbewegungen in lateinamerikanischen Ländern herzustellen. Auf der Konferenz hoben die lateinamerikanischen Theologen ihre Verpflichtung gegenüber den Armen hervor und erklärten, sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen zu wollen.

ERWACHSENENSCHULEN

Dem Defizit an Facharbeitern rückt man in China mit systematischer Erwachsenenbildung zu Leibe. 1981–1985 erhielten 2 320 000 Personen ihr Zeugnis des Grundschul-, Mittel- und Fachschulabschlusses. Die meisten hatten schon Arbeitserfahrungen auf den Gebieten, für die sie sich weiterqualifizierten. Besonders beliebt ist die Selbstbildung. In allen größeren Städten können die Menschen ihr Examen ablegen.

Was wird im „Montagsklub“ ausgeheckt?

Rassismus hat viele Gesichter. Es gibt eingewurzelten und offiziellen Rassismus, Rassismus in Glacehandschuhen, der nach außen respektvoll, im Gestrüpp parlamentarischer Gesetzesbestimmungen lauert. Das Tory-Kabinett hat den Rassismus zur Staatspolitik erhoben.

Der US-Soziologe und Psychologe Thomas Cottle schreibt über die Lage der farbigen Einwohner Großbritanniens:

„Die Emigrantenfamilien leben in Häusern, die man bestenfalls als erträglich, schlimmstenfalls als unbewohnbar bezeichnen könnte. Entweder haben sie schlechtbezahlte Arbeit oder leben von Arbeitslosenhilfe. Die gewöhnlich für die schlechtesten Schulen vorgesehenen Kinder der nationalen Minderheiten werden von weißen Lehrern unterrichtet, die nur vage Vorstellungen über ihren kulturellen und persönlichen Hintergrund haben. Weil Englisch nicht ihre Muttersprache ist, bringt ihnen die Schule wenig. Bei der ersten besten Gelegenheit hängen Hunderttausende Schüler und Lehrlinge ihre Ausbildung an den Nagel und versuchen die seltenen Arbeitsplätze zu finden, die die Gesellschaft ihnen übrigläßt. Viele landen auf der Straße.“

Die britischen Parias

Krisenzeiten verschaffen dem Rassismus Auftrieb. Selbst ein traditioneller britischer Charakterzug wie die Toleranz weicht seinem ungenierten Druck. Während der Thatcher-Regierung wurden etwa 3,5 Millionen Menschen arbeitslos. Das ist nur noch mit der „Großen Depression“ der 30er Jahre zu vergleichen. Diese führte auch damals zu einer Welle rassistischer und faschistischer Ausschreitungen. Nach Angaben einer Sonderkommission der anglikanischen Kirche, die die Situation in den Großstädten untersucht, lebt jeder vierte bzw. jeder fünfte Brite unterhalb oder an der Armutsgrenze.

Man muß allerdings alle Entbehrungen, unter denen benachteiligte Weiße zu leiden haben, vervielfachen, sobald man über farbige Einwohner spricht. Ihre Aussichten, nie einen Betrieb von innen zu sehen, sind Angaben des Arbeitsministeriums zufolge 3- bis 4mal höher als für Briten mit weißer Hautfarbe. Während die

Arbeitslosigkeit der weißen Bevölkerung 11,5 Prozent ausmacht, liegt sie bei Einwanderern bei 29 Prozent. Für Emigranten aus Pakistan und Bangladesch liegt die Kennziffer noch höher - 34 Prozent, für Jugendliche aus Westindien zwischen 16 und 24 Jahren bei 40 Prozent. Auf dem Arbeitsmarkt ist Rassendiskriminierung gesetzlich verboten.

Die Glücklichen, die eine Arbeit gefunden haben, leisten überwiegend unqualifizierte physische Arbeit und werden dafür geringer entlohnt als Weiße.

Der Zeitschrift „Crisis“ ist zu entnehmen, daß die Tory-Regierung den Rassenhaß zur gesellschaftlichen Erscheinung gemacht hat, indem sie die latente Bereitschaft der Briten weckt, für die jetzige schwere Lage einen Sündenbock zu finden. Jetzt sind Briten erster, zweiter und dritter Klasse gesetzlich zugelassen. Um die 1000 britische Untertanen dürfen wegen der geltenden Einwanderungsbeschränkungen nicht mit ihren Ehegatten zusammenkommen, und über 20 000 Kindern von Einwanderern aus Commonwealth-Ländern ist es verboten, nach Großbritannien zu ihren Eltern zu fahren.

Umfragen zufolge haben 90 Prozent der britischen Bevölkerung (Farbige machen etwa 6 Prozent aus) Farbigen gegenüber Vorurteile. 40 von 100 Weißen meinen, daß Rassenvorurteile zunehmen. 30 Prozent meinen, daß sie auf dem alten Stand bleiben.

Täglich terrorisieren rassistische und neofaschistische Gruppierungen die farbige Bevölkerung. Viele Überfälle enden tragisch. Angaben des britischen Innenministeriums zufolge werden 45mal mehr Überfälle auf Emigranten aus Asien verübt, als auf Weiße. Diese Zahl ist bestimmt noch untertrieben.

Die Organisation „Liberal Runnymede Trust“ schätzt ein, daß die Polizei auf vergleichbare Vorfälle lustlos reagiert, sich den leidtragenden Emigranten gegenüber oft feindselig verhält und die Schuldigen häufig nicht zur Verantwortung zieht.

Die neofaschistischen Rassisten verüben ihre Pogrome in den Farbigengettos unter Losungen wie: „Nieder mit Kommunismus und Rassenmischung!“, „Schwarze, haut ab nach Hause!“ usw. In den letzten

Jahren verlegten sie sich immer mehr auf Terror und Gewalt. Die Pogromhelden werden in paramilitärischen Lagern gedrillt.

Die Armut in den Gettos, der Terror der Rechten und die Willkür der Polizei führten in mehreren britischen Städten schon mehrfach zu Verzweiflungsausbrüchen. In seiner Rede zu den Rassenunruhen von 1981, als allein im Londoner Viertel Brixton Hunderte Menschen verletzt wurden, sagte Lord Scarman: „Wir müssen dringend etwas unternehmen, damit die Rassenbenachteiligung nicht zu einer chronischen, unheilbaren Krankheit wird, die unsere Gesellschaft in ihrer Existenz bedrohen würde.“

Was hat die Tory-Regierung inzwischen unternommen? Die einzige offizielle Reaktion war Gewalt: Man schickte zusätzliche Polizeieinheiten in die Gettos „für die Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung“. So schließt sich der Teufelskreis: Arbeitslosigkeit, Armut, Rassismus und Polizeiterror provozieren einen Sturm der Entrüstung in den Gettos, und der verstärkte Terror führt wiederum zu noch verzweifelteren Auseinandersetzungen...

Zurück in die dreißiger Jahre!

Die Rechten aller Schattierungen sehen nicht nur in den Farbigen, sondern auch in anderen nationalen Minderheiten Feinde Großbritanniens. In den letzten Jahren ist in Großbritannien eine Zunahme antisemitischer Ausschreitungen zu beobachten. Einen solch heftigen Ausbruch von Antisemitismus hat Großbritannien seit den berüchtigten Pogromen der 30er Jahre, die unter der Führung eines Sir Oswald Mosley von den Schwarzhemden verübt worden waren, nicht mehr erlebt.

Daran erinnerten wiederholte Anschläge auf jüdische Friedhöfe, Synagogen und Schulen. Dem „Sunday Telegraph“ zufolge mehrere Fälle allein in diesem Jahr. In Manchester und Liverpool wurden mehrfach jüdische Friedhöfe geschändet. Auf einem Friedhof wurden 50 Grabsteine mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Synagogen in Liverpool, Coventry und London wurden mit faschistischen Losungen entweiht, wie: „Der beste Jude ist ein toter Jude“, „Wir behalten euch im Auge“ usw. Mehrere Überfälle auf Häuser von Juden in London sind bekannt geworden. An der Gedenkstätte für die Opfer des faschistischen Völkermords, am Hauptquartier der Vereinigung der jüdischen Jugend und an dem Gebäude, das eine Ausstellung für Anne Frank beherbergt, tauchten provozierende Wandparolen auf.

Selbst unter Kindern soll Haß gesät werden. Von neofaschistischen Demagogen verführte Halbwüchsige überfallen

jüdische Schulkinder und schüchtern sie ein.

Auch auf dem Campus der Universitäten macht sich Antisemitismus breit. An vielen Universitäten werden die jüdischen Gemeinschaften drangsaliert. Ashley Harshak, Vorsitzender des jüdischen Studentenverbandes, sagt: „Wir haben jetzt die Situation, daß Eltern bei Dozenten anrufen und fragen, welche Universität weniger antisemitisch ist.“

Die 330 000 Personen umfassende jüdische Gemeinde in Großbritannien macht sich Sorgen, wie sie sich physisch und psychologisch vor Angriffen rechter und neofaschistischer Gruppierungen schützen kann. Die Behörden jedoch ziehen es vor, das Problem gar nicht erst zur Kenntnis zu nehmen. Nur äußerst unwillig gibt die Polizei antisemitische Beweggründe zu, wenn es um die Untersuchung von Rechtsverletzungen geht, die Mitglieder der jüdischen Gemeinde betreffen. Ebenso wenig läßt die im Fall von Übergriffen gegen Farbige rassistische Motive gelten.

Peinliche Verbindungen

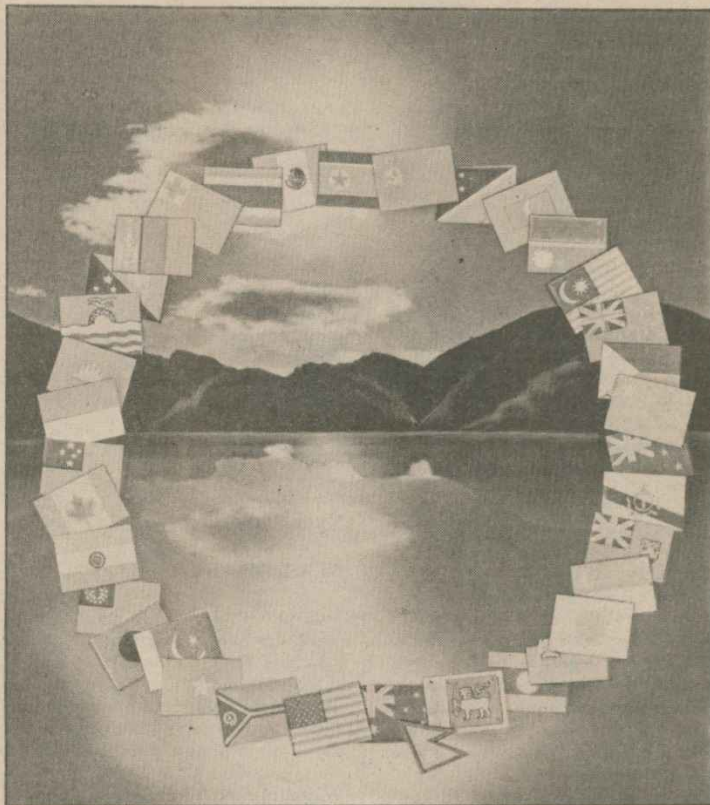
Die britischen Gesetze verbieten zwar die Benachteiligung einzelner Rassen, fördern sie aber de facto.

Die Konservativen grenzen sich in offiziellen Erklärungen zwar von Personen und Vereinigungen ab, die militant rassistisch in Erscheinung treten. Das hält die Tories jedoch nicht davon ab, rassistische Politik zu machen. Bekanntlich wirken in den Reihen der konservativen Partei rechtsextreme Gruppen und propagieren nationale Überlegenheit der Angelsachsen. „Monday Club“, „Tory Action“ und „WISE“ (Abkürzung für Wales, Irland, Schottland und England - d. Red.) haben Dutzende von Anhängern unter den Parlamentsmitgliedern und in den regionalen konservativen Parteiorganisationen. Sie predigen Haß auf nationale Minderheiten und fordern, die Farbigen dahin zurückzujagen, wo sie herkommen. Im wesentlichen bestehen übereinstimmende Ansichten mit ultrarechten Gruppierungen. Die Unterschiede sind mehr Formsache.

Die rassistische Ideenverwandtschaft bringt die Tories manchmal in hochnotpeinliche Situationen. Das war etwa 1984 der Fall, als bekannt wurde, daß rechte Extremisten und Rassisten in der Regierungspartei steckten. Der Skandal wurde erstickt, und niemand ergriff Maßnahmen. In den letzten Jahren tauchten Gruppen vom Typ der „Nationalistischen Partei“ und der „Focus Policy“ auf, die politisch zwischen Neofaschisten und den regierenden Konservativen stehen.

Warum haben es dann die Tories nicht eilig, sich solcher peinlichen Verbindungen mit rassistischen Extremisten zu entledigen? Offensichtlich bringen diese fanatischen Extremisten der herrschenden Klasse einen bestimmten Vorteil.

1986 JAHR
DES FRIEDENS



Zeit für den Frieden.

Juli. Michail Gorbatschow ruft in Wladiwostok dazu auf, ein zuverlässiges System des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Asien und im Pazifischen Raum zu schaffen; Maßnahmen des Vertrauens und der Nichtanwendung von Gewalt zu vereinbaren; regionale Konflikte beizulegen; keine Verbreitung von Atomwaffen in der Region zuzulassen; konventionelle Truppen und Rüstungen radikal zu kürzen.

Schließlich möchten die Konservativen auch einen Sündenbock aus dem Hut zaubern, dem sie alle Folgen der chronischen Wirtschaftskrise zuschreiben können: die Arbeitslosigkeit, die schlechter gewordene Sozialversorgung, die dequalifizierte Bildung und medizinische Betreuung. Und überhaupt alles Schlechte. Dazu kommt, daß vor dem Hintergrund neofaschistischer Überfälle der offizielle Rassismus beinahe salonfähig wirkt.

Damit fällt es der Tory-Regierung leichter, die Notwendigkeit einer restriktiveren Politik gegen Farbige und Einwanderer und die Verstärkung ihres Un-

terdrückungsapparats, dessen Befugnisse sie noch ausweitete, zu begründen. In den letzten Jahren wurden viele rassistische und antidemokratische Maßnahmen gesetzlich abgesichert.

Somit beeinflusst die Tätigkeit von zunächst zahlenmäßig unbedeutend scheinenden rassistischen und neofaschistischen Gruppen direkt oder indirekt die Politik der regierenden Konservativen Partei und schiebt sie immer weiter nach rechts.

Währenddessen brennen wie ehemals Häuser und umgekippte Autowracks im Dunkel der Nacht... **A. LOPUCHIN**

Erreichtes und Nichterreichtes

Viktor ISRAELIAN

Chefdelegierter der UdSSR auf der Genfer Abrüstungskonferenz

Der Ratssaal gehört zu den bekanntesten Sälen des Genfer Palastes der Nationen. Die Wände zieren ausdrucksvolle Fresken des spanischen Künstlers Jose Maria Sert: Dem Himmel fluchend, setzen die Besiegten ihre Toten bei. Aber auch die Sieger sind nicht froh. Der Preis ihres Sieges ist ein riesiger Sarkophag mit Ruinen als Hintergrund. Zwei Kanonenrohre wie Drachenschlünde symbolisieren den Moloch des Krieges, der immer neue Opfer fordert.

In diesem Saal sind seit über 25 Jahren hitzige diplomatische Gefechte um das brennendste Problem der Menschheit im Gange: Hier tagt die Abrüstungskonferenz. In all den Jahren sind unzählige Reden gehalten und Unmengen Papier beschrieben worden. Die Fresken haben sich mit einem Spinnweb von Rissen bedeckt, aber noch immer sind keine greifbaren Resultate erzielt.

Allerdings hatte der Sitzungssaal auch gute Zeiten. Hier wurden mehrere äußerst wichtige multilaterale Abrüstungsabkommen abgefaßt, so der Atomsperrvertrag, den über 130 Staaten unterzeichnet haben. Vor etwa 20 Jahren entstanden, hat er sich bewährt, hat er eine Ausbreitung der barbarischen Waffen verhindert. Ferner die Konvention über ein Verbot der bakteriologischen Waffen, eigentlich die in der Menschheitsgeschichte erste Maßnahme zur Liquidierung einer Massenvernichtungswaffe.

Vor ungefähr 10 Jahren wurde die Konvention über das Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt angenommen. Ihr jüngstes "Erzeugnis" lieferte die Konferenz im April 1981: die Konvention mit dem Verbot oder der Begrenzung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die außergewöhnliche Zerstörungen anrichten können oder nichtselektive Wirkungen haben.

Seitdem kommt diese Konferenz, wie übrigens auch andere Foren für Waffenbegrenzung, nicht von der Stelle. Indessen hat das Wettrüsten ganze Berge von Kern- und anderen Waffen aufgetürmt und droht sogar, auf den Weltraum überzu-

greifen, was die Gefahr einer nuklearen Weltkatastrophe unweigerlich vergrößern würde.

Soll das heißen, daß das letzte Jahrzehnt überhaupt nichts ergeben hat? Keineswegs.

Symptome von Wandlungen

Zunächst einmal ist die Konferenz repräsentativer geworden. Seit 1979 nehmen alle fünf Nuklearmächte und mehr sozialistische, nichtpaktgebundene, neutrale und westliche Länder daran teil. Heute widerspiegelt das Genfer Forum das weltpolitische Kräfteverhältnis genauer und kann als Muster einer künftigen Weltabrüstungskonferenz angesehen werden. Es ist zu Verhandlungen zwecks Abfassung von Abkommen über Rüstungsbegrenzung befugt, ihm gehören so gut wie alle militärisch wichtigen Staaten an. Mit anderen Worten ist die Konferenz eine einzigartige Instanz, die viel zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen kann und muß. Seit einigen Jahren ist ihre Tagesordnung bedeutend umfassender, sie reicht vom Verbot der Kernwaffentests bis zur Verhütung des Wettrüstens im Weltraum und von der Verhütung eines Kernwaffenkriegs bis zum Verbot der Strahlungswaffen.

Die Öffentlichkeit stellt sich die Konferenz oft nur als Forum zu Verhandlungen über ein Verbot der C-Waffen vor. Tatsächlich ist gerade in dieser Hinsicht ein merklicher Fortschritt zu verzeichnen. Es stimmt aber auch, daß eine große Mehrheit der beteiligten Länder ihr Hauptaugenmerk dem Fragenkreis zugewandt haben, der eine Begrenzung des nuklearen Wettrüstens betrifft.

Im Laufe von sieben Monaten dieses Jahres war die Konferenz, ebenso wie früher, Schauplatz komplizierter, vielseitiger diplomatischer Auseinandersetzungen.

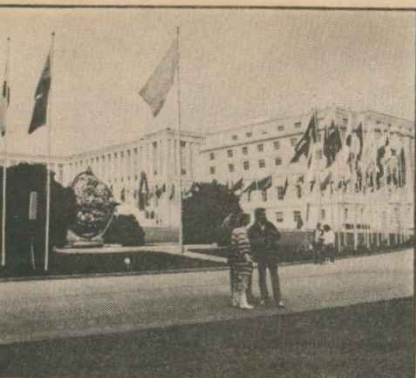
Was für Fragen im Ratssaal auch immer zur Debatte standen, alles lief schließlich auf die Tatsache hinaus, daß ihre Lösung nur vorankommen kann, wenn Politiker und Diplomaten, ja die Konferenz selbst altgewohnte Begriffe von Sicherheit und Abrüstung aufgeben.

Die Folge der großangelegten sowjetischen Vorschläge und Aktionen, zu der Michail Gorbatschows Erklärung vom 15. Januar den Auftakt gab, brachte die Konferenz von der eingewurzelten Routine ab. Das zeigte sich nicht allein in den Stellungnahmen der meisten Delegationen, sondern auch in ihren konkreten Vorschlägen zu verschiedenen Punkten der Tagesordnung.

Die Konferenz gab Klarheit über die veraltete Einstellung der US-Regierung zu Sicherheitsfragen. Sie beruht auf militärtechnischer Überheblichkeit und auf Mißachtung der legitimen Interessen anderer Staaten. Man erkennt jetzt deutlicher, daß die jetzige Politik der USA und der NATO keinen vernünftigen Lösungs für die Gewährleistung der internationalen Sicherheit ergeben kann.

Natürlich ist es noch verfrüht zu sagen, daß die alte Denkweise kampflos das Feld räumt. Die Stellungnahmen vieler Delegationen zeugten von der Erkenntnis der verheerenden Folgen, die ein Versuch, Sicherheitsprobleme militärisch zu lösen, für die Menschheit haben würde. Auch zeugten sie davon, daß man sich der Notwendigkeit bewußt wird, so schnell wie möglich sämtliche Kernwaffen zu vernichten und die Ausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern. Selbst viele Bündnispartner der USA stimmten nicht deren These zu, daß die Kernwaffen eine friedensfördernde Rolle spielen und daß SDI nützlich sei.

Die meisten Konferenzteilnehmer zollten dem sowjetischen Plan, bis zum Ende des laufenden Jahrhunderts die Welt kernwaffenfrei zu machen, hohe Anerkennung. In Fragen der nuklearen Abrüstung sind viele, namentlich nichtpaktgebundene Staaten aktiver geworden. Argentinien, Pakistan und auch China haben hierzu eigene Dokumente eingereicht, die



Der Genfer Palast der Nationen, in dem seit mehr als 25 Jahren die Abrüstungskonferenz tagt

Foto: TASS

die gleiche Richtung wie die sowjetischen Vorschläge haben.

In den Plenar- und den inoffiziellen Sitzungen ist die Diskussion über die nukleare Abrüstung lebhafter geworden. Zum ersten Mal seit Jahren konnte der Beschluß gefaßt werden, alle Aspekte dieses Problems in speziellen Sitzungen der Konferenz konkret zu erörtern. Allerdings konnte wegen der ablehnenden Haltung der USA und ihrer Bündnispartner nicht mehr erreicht werden.

Einen völlig neuen Klang hatte auf der Konferenz die Frage eines Verbots der Nukleartests. Wie viele Delegationen offen erklärten, verlaufe da die Wasserscheide zwischen der alten und der neuen Denkweise. Das war in der Tat das Schlüsselproblem der abgeschlossenen Konferenztagung.

Ebenso wie die UdSSR sehen die meisten Länder in einem Testverbot einen gangbaren Weg zum Abbremsen des nuklearen Wettübens, weshalb sie energisch auf dem baldigen Abschluß eines diesbezüglichen Vertrags bestehen. Die vierte Verlängerung unseres Moratoriums im August hat sogar auf Kreise, die uns sonst nicht gewogen sind, großen Eindruck gemacht. Als Washingtons Argumente für die Tests völlig unhaltbar wurden, mußten die USA zum äußersten Mittel greifen. Sie benutzten auf der Konferenz die Konsensregel und verhinderten im Alleingang Verhandlungen, ungeachtet dessen, daß fast alle anderen Staaten im Hinblick auf die Befugnis der speziellen Hilfsinstanz der Konferenz für ein Verbot der Nukleartests einen flexiblen Standpunkt einnahmen.

Keimformen einer neuen Einstellung zur Gewährung der Sicherheit und zu Verhandlungen zeigten sich auch in zahlreichen konkreten Vorschlägen verschiedener Länder zu den Kardinalfragen der Konferenz. Deren Tagung hat gezeigt, daß recht viele Vorschläge Gegenstand einer Debatte sein sollten, nicht nur Initiativen der UdSSR, ihrer Bündnispartner oder nichtpaktgebundener Länder, sondern auch Vorschläge westlicher Staaten, z. B. Frankreichs über die Verhütung eines Wettübens im Weltraum und

Australiens über den Schutz künstlicher Satelliten und der entsprechenden Bodenstationen.

In der ausführlichen Diskussion kamen auch verborgene Unterschiede der Einstellung westlicher Länder an den Tag. Viele Stellungnahmen ihrer Vertreter kontrastierten mit den amerikanischen. Ich will genauer sein: Das Mandat der speziellen Hilfsinstanz der Konferenz für Fragen eines Verbots der Nukleartests, das im Februar d. J. von Australien vorgeschlagen wurde, ist durch die US-Delegation nicht zustande gekommen. Die Einstellung der USA ist von der Delegation der Niederlande scharf kritisiert worden. Sie mußten wie nie zuvor an die "atlantische Solidarität" appellieren. Aber auch das konnte nicht verhindern, daß westliche Länder in aller Öffentlichkeit für die politischen Mittel zur Gewährleistung der Landes- und der Weltsicherheit und für die Aufrechterhaltung der Verträge, namentlich des Vertrags über die Raketenabwehr, und anderer Abrüstungsabkommen Stellung nahmen.

Am deutlichsten trat auf der Konferenz der Wunsch nach praktischen Vereinbarungen bei den Verhandlungen über ein Verbot der C-Waffen zutage. Darauf möchte ich ausführlicher eingehen.

Bis zur Konvention nicht weit

In der Erklärung vom 15. Januar ist die strategische Zielsetzung auch der Abrüstung von C-Waffen dargelegt: eine restlose Vernichtung dieser Art Massenvernichtungswaffen und der Anlagen zu ihrer Erzeugung. Ohne sich über die Schwierigkeit, das zu erreichen, zu täuschen, hält es die UdSSR noch in diesem Jahrhundert für durchaus möglich und weist auch auf die Verhandlungsrichtungen hin, in denen schon jetzt ein Fortschritt möglich ist.

Die grundsätzlichen Feststellungen aus der Erklärung vom Januar sind in den detaillierten Vorschlägen der UdSSR auf der Konferenz eingehend konkretisiert worden. Als die UdSSR sie einbrachte, rechnete sie vor allem darauf, die Vereinbarung eines der wichtigsten Teile der Konvention — derjenigen, die die industrielle Basis für die Erzeugung von C-Waffen betreffen — wesentlich voranbringen zu können. In intensiven, sachlichen Verhandlungen wurden grundsätzliche Vereinbarungen über Bestimmungen der künftigen Konvention erzielt und niedergelegt. Sie betreffen die Termine für die Liquidierung der C-Waffen erzeugenden Objekte, ihre Bekanntgabe, die Verpflichtungen der Staaten zur Einstellung der C-Waffenproduktion, die Schließung der betreffenden Objekte, die Garantie für ihre Stilllegung und ihre Vernichtung sowie strikte Kontrollmaßnahmen einschließlich einer regelmäßigen internationalen Kontrolle an Ort und Stelle. Das ist ein großer Fortschritt der Konferenz in diesem Jahr und bei den gesamten Vorbereitungen zur Konvention.

Auch mit der Vereinbarung wichtiger Bestimmungen wie einer Anzahl erstrangiger Verpflichtungen der Staaten zur Vernichtung der C-Waffen sowie entsprechender technischer und Kontrollmaßnahmen ist die Konferenz vorgekommen.

Ansehnliche Resultate sind im Hinblick auf den Konventionsteil über die gestattete Betätigung erzielt worden. Er betrifft die Verhütung dessen, daß die chemische Industrie zum Entwickeln und Erzeugen von C-Waffen benutzt wird, ganz gleich, ob es sich um staatliche oder private Betriebe oder aber um transnationale Konzerne handelt.

Die sowjetischen Vorschläge ermöglichen die Unterzeichnung eines entsprechenden Dokuments schon 1987. Allerdings müssen die übrigen Verhandlungsteilnehmer ebenfalls den politischen Willen dazu und das Interesse daran aufbringen.

Die Sowjetunion schlägt vor...

Seit einigen Jahren versuchen die Gegner der Abrüstung, das Ausbleiben von Fortschritten bei den Abrüstungsverhandlungen damit zu rechtfertigen, daß man sich wegen der "starren" Haltung der UdSSR nicht über Kontrollfragen einig werden könne. Diese "Argumente" sind durch die neuen sowjetischen Vorschläge hierzu über den Haufen geworfen worden. Die Vorschläge haben gezeigt, daß die UdSSR einer wirksamen Kontrolle über die Befolgung der betreffenden Vereinbarungen erstrangige Bedeutung beimißt.

Unter diesen Umständen hat sich die Obstruktion der Entsprechungsgegner nur noch krasser gezeigt. Sie suchen fieberhaft nach anderen Vorwänden für ihr Widerstreben, es bei Verhandlungen, auch auf der Konferenz, zu Resultaten kommen zu lassen.

Allein kann man die Abrüstung nicht herbeiführen. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gehen alle an. Folglich ist auch die Sorge und Verantwortung dafür die Sache aller. Bei ihren Vorschlägen beachtet die UdSSR den Standpunkt und die Initiativen anderer Regierungen, der Massen- und der politischen Bewegungen, und sie achtet genau darauf, daß man in jedem Stadium der Verwirklichung dieser Vorschläge die gleiche Sicherheit für alle im Auge hat.

In seinem Schreiben an die Konferenz vom Februar 1986 betonte Michail Gorbatschow: "Die Sowjetunion verhält sich zu ihrer Beteiligung an der Abrüstungskonferenz mit aller Verantwortung, wie sie die Erkenntnis des Umstandes fordert, daß gerade die Abrüstung die Heerstraße zur Erhärtung neuer, gerechter internationaler Zustände, zum Aufbau einer sicheren Welt ist."

Die Fortschritte der Konferenz im alten Jahr müssen erhärtet und ausgebaut werden. An die Stelle des alten Trosts müssen Aktivität und ersprießliche Maßnahmen treten.

An der pakistanischen Grenze

Mitte Dezember weilte der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA), Najib, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der UdSSR. Bei seinen Gesprächen mit Michail Gorbatschow wurde das gegenseitige Streben nach noch engeren sowjetisch-afghanischen Freundschaftsbeziehungen zum Ausdruck gebracht und die Bereitschaft der UdSSR und der DRA bestätigt, auf jede Weise eine politische Regelung der Lage um Afghanistan auf der Grundlage der völligen Einstellung und garantierten Nichtwiederaufnahme der bewaffneten äußeren Einmischung in die Angelegenheiten der DR Afghanistan zu fördern. Najib betonte die feste Entschlossenheit der DVPA und der afghanischen Regierung, einen konstruktiven Dialog mit politischen Kräften in der DRA und außerhalb ihrer Grenzen zu führen sowie die Kontakte zu den Nachbarländern aufrechtzuerhalten und zu erweitern.

Nachstehend ein Bericht unseres Sonderkorrespondenten, der vor kurzem die an Pakistan grenzende afghanische Provinz Nangarhar besuchte.

„Verzeihung, aber ein Ticket für Jalalabad können wir nur für eine Maschine anbieten, die um 6 Uhr früh startet“, hörte ich in einer Kabuler Abteilung der Fluggesellschaft Bakhtar. Man erläuterte: Die frühen Startzeiten seien für die Sicherheit der Passagiere günstiger.

Bei guter Sicht schießen die konterrevolutionären Flakartilleristen, die ihre Stellungen im Gebirge haben, selten auf Luftziele, weil sie Angst haben, entdeckt und vernichtet zu werden. Aber jetzt, im Winter, da der nördliche Shamal-Wind Sand- und Staubsäulen hochwirbelt und die Sonne früh untergeht, sitzen die Duschmanen beinahe schon seit Mittag an den Flakvisieren in Erwartung von Flugzeugen und Hubschraubern, die ihre Flugplätze nicht bei Tageslicht erreicht haben. Wahllos beschießen sie Militär- und Zivilmaschinen mit amerikanischen Stinger-Raketen. Der Lohn ist verlockend: Für jedes über Afghanistan abgeschossene Luftziel wartet auf die Duschmanen nach ihrer Rückkehr zu einem Stützpunkt in Pakistan ein so hoher Dollarpreis, daß jeder sofort einen eigenen Laden aufmachen oder noch eine Frau kaufen kann.

Der Weg eines Mullas

Von Kabul bis Jalalabad, dem Verwaltungszentrum von Nangarhar, sind es nur 150 km, und das Flugzeug legt sie in einer halben Stunde zurück. Gleich vom Flughafen begebe ich mich zum DVPA-Komitee der Provinz. Trotz der frühen Stunde ist sein Sekretär, Anwar Issar, schon da. Ich stelle mich vor und bitte um ein Gespräch am Abend, jetzt aber, solange es hell ist, um eine Fahrt zur afghanisch-pakistanischen Grenze. Sie ist nur 60–70 km entfernt, und vor einigen Jahren war das sehr einfach. So sah ich 1979 auf dem Hauptplatz der Stadt Linienbusse, die zum pakistanischen Peshawar und zurückführen. Am Morgen fuhr man hin, am Abend

war man zurück, es bedurfte keiner Einreisegenehmigung, keines Reisepasses. Die Grenze war offen und wurde faktisch nicht bewacht. Heute sind die Straßen vermint, und aus jedem kleinen Tal und hinter jedem Felsbrocken können Scharfschützen der Duschmanen auf einen lauern.

„Gewöhnlich erlauben wir keine Journalistenfahrten zur Grenze“, sagt der Sekretär. „Wer soll sich für Ihre Sicherheit verbürgen? In dieser Gegend kann ja alles Mögliche passieren. Na schön, Sie sind hier kein Neuling, ich will Ihnen helfen. Wir geben Ihnen zwei SPW mit Pionieren bei.“

Eine Stunde später sind wir bereits unterwegs. Mohammad Amin, der Vorsitzende der Verwaltung der Provinz für Fragen der Stämme und Völkerschaften, begleitet mich. Ich kannte ihn nicht, hatte jedoch viel von ihm gehört. Sein Lebensweg ist ungewöhnlich. Angehöriger des Grenzstammes der Gajai, sollte er wie sein Vater Mulla werden. Nach dem Studium in der Akkani-Medresse von Peshawar war er selber Mulla in verschiedenen Moscheen, dann Imam, ein einflußreicher geistlicher Gelehrter. Zu Beginn der 60er Jahre kehrte er in seine Heimatstadt Rudat, das Zentrum eines Kreises, zurück. Hier nun empfand er den Atem der nahenden revolutionären Veränderungen. Zweifel beschlichen ihn, die Gedanken an den Sinn des Lebens ließen ihm keine Ruhe. Es endete damit, daß der Geistliche den Glauben aufgab. Er arbeitete als Fahrer, dann als Apotheker. Damals lernte er Mitglieder der Demokratischen Volkspartei kennen, trat ihr 1972 auch selbst bei und nahm illegal die Arbeit in der Partei auf. Nach der Aprilrevolution von 1978 wurde er zum Gouverneur der benachbarten Provinz Kunar, vor kurzem zum Vorsitzenden der Verwaltung für Fragen der Stämme und Völkerschaften seiner heimatlichen Pro-

vinz ernannt. Die Feinde der Revolution, die bei ihren Untaten den „heiligen Glauben“ zu schützen vorgeben, haben dem ehemaligen Mulla die Abkehr vom Islam nicht verziehen. 1980 brannten sie sein Haus in Rudat nieder und ermordeten bestialisch 17 seiner Familienangehörigen. Mohammad Amin selbst befand sich zu jener Zeit dienstlich in Jalalabad.

„Wir Einwohner von Nangarhar haben eine ruhmreiche Vergangenheit“, erzählt er mir unterwegs. „Von jeher war Jalalabad Vorposten im Südosten Afghanistans. Dreimal fielen die Engländer hier ein, um das Land zu erobern. Hier erfuhren sie die erste schwere Abfuhr. Wie Sie sehen, wiederholt sich die Geschichte. Heute ist unsere Provinz, die eine 183 km lange Grenze zu Pakistan hat, täglich massierten Angriffen der dort sitzenden konterrevolutionären, volksfeindlichen Kräfte ausgesetzt.“

Hinter einer Ortschaft versperrt ein Schlagbaum die Straße. Wir halten an. Ein Leutnant der Volksmiliz fragt uns nach dem Wer und Wozu, dann sagt er warnend:

„Weiter beginnt die 'Zone der freien Stämme'.“

An der "Durand-Linie"

Die "Zone der freien Stämme", die Art Autonomie besitzt, ist ein nicht sehr breiter Gürtel der gebirgigen Gegend beiderseits der afghanisch-pakistanischen Grenze, der an der Durand-Linie verläuft. Ein Abkommen über diese Grenze wurde dem afghanischen Emir Abdur Rahman Khan 1893 aufgezwungen. Mortimer Durand, der damalige Vertreter der britischen Krone in Indien, zog sie auf der Karte willkürlich, ohne sich um die Interessen der Paschtunen zu kümmern. Die fast 650 km lange Durand-Linie zieht sich durchs Gebirge und zerteilt die Siedlungsgebiete so großer Paschtunenstämme wie der Afridi, Shinwari, Momand, Jodran, Jaji, Wardak u. a. Sie haben hier schon immer gelebt und die strategisch wichtigen transasiatischen Verkehrswege, Gebirgspässe und -pfade, darunter Khyber, Gumal und Bolan, kontrolliert.

In den 20er/30er Jahren nahmen die längs der Durand-Linie lebenden Paschtunen den Kampf gegen das britische Kolonialregime auf. Ihr Führer Abdul Gaffar Khan wurde „Grenzen-Gandhi“ genannt. Letzten Endes wurden die Gebiete an dieser Linie als „Zone der freien Stämme“ anerkannt. Das geschah noch vor der Bildung Pakistans durch Aufteilung Britisch-Indiens in zwei Staaten (1947).

Nach dem Sieg der Aprilrevolution bauten die Kräfte des Imperialismus mit Islamabad's Segen die pakistanische Grenzzone zum wichtigsten Aufmarschgebiet des nichterklärten Kriegs gegen die

DRA, gegen das afghanische Volk aus. Auf die Meinung der Paschtunen, die längs der Durand-Linie leben, hörte man natürlich nicht. Sie aber protestieren heftig. Vor vier Jahren traf ich mich in Kabul mit Abdul Gaffar Khan, der damals 92 Jahre alt war. (Wie ich hörte, lebt er noch.) Empört sprach er von Pakistans Versuchen, die afghanischen und die pakistanischen Paschtunen aufeinander zu hetzen, und verurteilte scharf die Tatsache, daß an der pakistanischen Seite der „Zone der freien Stämme“ Lager zur Ausbildung afghanischer konterrevolutionärer Trupps angelegt worden waren. In seinen Pres-

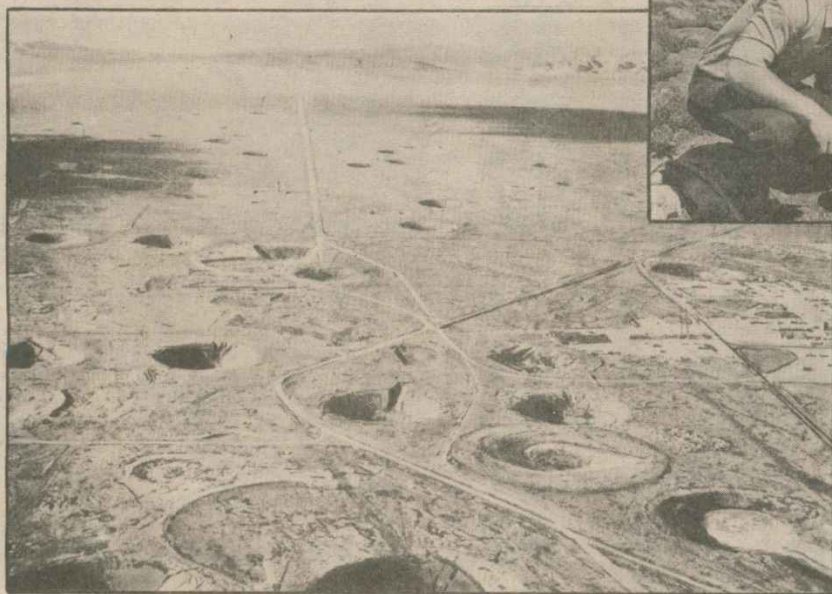
seerklärungen sagte er wiederholt, daß die Durand-Linie ein Überrest der kolonialen Vergangenheit ist.

Vor einem Jahr nahm das pakistanische Militär Strafoperationen gegen die Patrioten aus den Shinwari- und Afridi-Stämmen auf, die sich kategorisch weigerten, Banden von Duschmanen und Karawanen mit Waffen für sie das Gebiet passieren zu lassen. Bei den Operationen gegen diese Paschtunenstämme setzte Islamabad nicht nur die Armee, sondern auch Duschmanen selbst ein. Es gelang ihm jedoch nicht, den Willen der Grenzstämme zu brechen. Sie behaupten nach wie vor ihr Recht, über

das eigene Territorium frei zu verfügen. Die Situation im Raum Khyberpaß bleibt gespannt.

Bei Torkham, der letzten Ortschaft auf afghanischem Boden, befindet sich der Stab einer afghanischen Infanteriedivision. Dort erzählte man mir, daß Einheiten der Division dicht an der Grenze zu Pakistan Stützpunkte auf den Höhen besetzt halten. Es wurde eine Art Korridor geschaffen, damit Zivilbewohner in beiden Richtungen ruhig verkehren können. Ein Teil solcher Posten wurde den Malish-Kämpfern der Paschtunen-Volkswehr übergeben.

1986 JAHR
DES FRIEDENS



Zeit für den Frieden. August. Seit einem Jahr hält sich die UdSSR an das einseitige Moratorium für jede Art von Atomtest. Sowjetische und amerikanische Wissenschaftler führen auf dem atomaren Testgelände von Semipalatsinsk ein gemeinsames Experiment durch. Die hier installierten ame-

rikanischen Geräte registrierten: Stille auf dem sowjetischen Testgelände. Wenige Tage vor Neujahr erklärte die sowjetische Regierung: Die UdSSR kann nicht endlos einseitige Zurückhaltung üben. Wir schlagen vor: — unverzüglich umfassende Verhandlungen aufzunehmen

über ein vollständiges Verbot von Atomtests. Die UdSSR ist bereit, sie unter Beteiligung der USA in jeder Zusammensetzung und auf jedem Forum durchzuführen. Bei diesen Verhandlungen sollten Kontrollfragen so gelöst werden, daß eine zuverlässige Einhaltung der Vereinbarun-

gen sichergestellt ist. Moskau erklärt sich bereit, im Verhandlungsprozeß eine stufenweise Lösung solcher Aufgaben zu vereinbaren, wie einer Ratifizierung der sowjetisch-amerikanischen Verträge von 1974 und 1976 und einer Einführung von Zwischenbeschränkungen für Anzahl und Stärke von Atomtests.

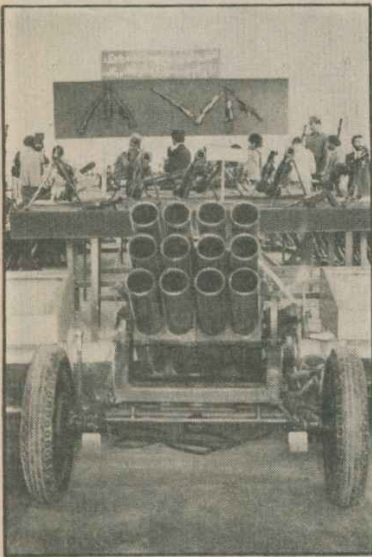
— Die UdSSR ist bereit, sich auch weiterhin an ihr Moratorium zu halten. Sie nimmt allerdings ihre Atomtests nach dem ersten amerikanischen Test 1987 wieder auf. Die UdSSR ist bereit, zu jedem beliebigen Zeitpunkt auf beiderseitiger Grundlage die Realisierung ihres Programms entsprechender Tests zu stoppen.

„Wir haben es hier nicht leicht“, sagt Ahmad Khan, Kommandeur eines Trupps der Volkswehr. „Tagsüber ist es hier verhältnismäßig ruhig. Aber sobald es dunkel wird, beginnt von jenseits der Grenze der Beschuß aus MGs und Geschützen. Auf diese Weise decken sie das Eindringen bewaffneter Duschmanengruppen in unser Territorium. Vorläufig können wir das noch nicht an allen Abschnitten der Grenze verhindern.“

Der Abend nahte. Von jenseits der Grenze donnerten dumpf Geschütze. Schoßen sie ein Dorf von Paschtunen zusammen, die sich nicht unterwerfen ließen, oder bereiteten sie den Einfall einer weiteren Bande in Afghanistan vor? Es dunkelte, ich mußte zurückkehren.

Zu wem gehören die „Weißbärte“?

Nach meiner Rückkehr in Jalalabad zeigte Mohammad Amin mir voller Stolz das eben eröffnete „Zentrum für kulturelle Zusammenarbeit mit den Stämmen“, die erste Einrichtung dieser Art: ein großer Konferenzsaal, viele andere Räume, ein Hotel, alles mit Klimaanlage versehen.



Mit solchen Waffen werden die Duschmanen von ihren Hintermännern im Ausland beliefert.

Vor dem Marmorportal des Hauptgebäudes standen mehrere „Weißbärte“, wie in Afghanistan die betagten Ältesten von Stämmen, Sippen und Clans genannt werden. Das waren die ersten Besucher in der Verwaltung für Fragen der Stämme und Völkerschaften von Nangarhar; sie spielt die Rolle eines Bindeglieds zwischen dem Staat und den freien Stämmen und erläutert deren Vertretern die Politik der DVPA und der DRA-Regierung.

Wie ich aus einer Unterhaltung mit den „Weißbärten“ erfuhr, hatten sich die Afridi-Delegierten zur Höchsten Jirgah der Grenzstämme, die im September 1985 in Kabul stattgefunden hatte und zu der die Delegierten mit ihrem Chef Wali Khan Kokikheil aus Pakistan gekommen waren, verpflichtet, ihr Siedlungsgebiet (von etwa 70 km Länge) durch keine Banden der afghanischen Duschmanen passieren zu lassen. Außerdem ver-



Jalalabad. Sie nahmen am Bau des Zentrums für kulturelle Zusammenarbeit mit den Stämmen teil.

pflichteten sie sich, was nicht minder wichtig ist, zur Heimkehr jener in die DRA beizutragen, die in Pakistan als Flüchtlinge bezeichnet werden. Später schrieb Wali Khan Kokikheil an den Sekretär der Islamischen Konferenz: „Wir sind gegen die Politik von Pakistans Militärregime, das unter Führung der USA unsere Lande dazu benutzen will, afghanische Konterrevolutionäre auszubilden und zu bewaffnen.“

Wie die „Weißbärte“ erzählten, befohlen Pakistans Behörden die geltenden Abkommen mit den Stämmen nicht. So zahlen sie schon seit langem keine Gebühren an die Afridi für die Benutzung der Chaussee nach Torkham, die durch das Siedlungsgebiet des Stammes verläuft. Jetzt gehen sie daran, zu provokatorischen Zwecken als Volkswehrangehörige gekleidete Trupps aus dem Pandschab an die Grenze zu verlegen.

Die Demokratische Volkspartei und die Regierung Afghanistans schenken der Arbeit unter den Stämmen, den ständigen Kontakten mit ihnen und der Sorge für ihre Interessen große Beachtung.

„Für die Entwicklung der Grenzprovinzen sind im laufenden Jahr 650 Mio Afghani bereitgestellt worden. Ein Gesetz über garantierte Einhaltung der her-

kömmlichen Rechte der Paschtunenstämme wurde verabschiedet. Zur Bewachung der Grenze werden die Volkswehr und Bataillone von Freiwilligen aus den Stämmen herangezogen. Doch muß man zugeben, daß die Volksmacht in der Zone der Stämme noch ungenügend geleistet hat, damit sie sämtlich fest auf die Seite der Revolution treten. Deshalb wird in den grundlegenden Partei- und Regierungsdokumenten beharrlich auf die Not-

wendigkeit hingewiesen, nach weiteren Wegen zur Lösung der Nationalitätenfrage zu suchen, die nationalen Regionen zu entwickeln und die legitimen Interessen aller Völker Afghanistans zu berücksichtigen“, sagte Amin.

Auf dem Kurs

der nationalen Aussöhnung

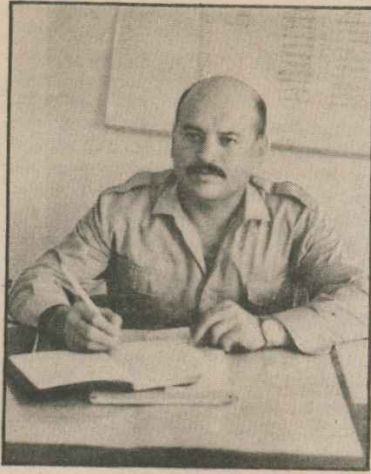
Die westliche Presse verfolgt aufmerksam die Situation in der Provinz Nangarhar. Im Wunschdenken begriffen, schreibt sie häufig über innere Unruhen, das brachliegende Wirtschaftsleben und Anarchie, die angeblich in Jalalabad und anderen Gebieten der Provinz herrschen. Ich war am Ort der Ereignisse und kann bezeugen: All das sind Erfindungen, genauer: Lügen und Verleumdungen.

In Jalalabad erlebt man keine Anzeichen von Unruhe oder Nervosität. Bis spät in den Abend hinein geht das gewohnte, orientalistisch geruhige Leben seinen Gang.

Doch Diversionen kommen natürlich vor, und Wachsamkeit ist geboten.

Anwar Issar sagte mir: „Über den Khyberpaß und auf Gebirgspfaden werden zu uns beinahe täglich bis an die Zähne bewaffnete Banden eingeschleust. Es sind gewöhnlich Trupps von 20–30

Mann, sie überqueren die Grenze nachts und verüben ihre Terrorakte ebenfalls nachts: Sie legen Schulen und die Häuser von Parteiaktivisten in Brand, sprengen Oberlandleitungen und verminen Straßen. Außerdem hinterlassen sie Flugblätter mit



Anwar Issar, Sekretär des DVPA-Komitees der Provinz Nangarhar.

Fotos des Verfassers

dem Aufruf an die Moslems, gegen die Ungläubigen einen 'schonungslosen Krieg' zu führen. Unbedingt enthalten solche Flugblätter verlogene 'Angaben' über die Zerstörung von Moscheen oder die Erschießung von Mullahs. Dabei legt die volksdemokratische Macht eine besondere Sorge für die Gläubigen an den Tag. Wir setzen alte Moscheen instand, bauen neue und helfen Gläubigen bei ihren Pilgerfahrten nach Mekka. Für jeden Pilger zu den Heiligtümern stellt die Regierung in Form von Hilfe 26 000 Afghani bereit. Wissen das die von der konterrevolutionären Propaganda Betroffenen, die es in die Flüchtlingslager in Pakistan verschlagen hat?"

Nach einer Pause setzt A. Issar fort: „Die Ideologen der Konterrevolution greifen zu Verleumdungen, weil sich die Lage im Lande nach und nach stabilisiert. Das ist ein natürlicher Prozeß, sieht doch das Volk mit eigenen Augen, was die Revolution dem afghanischen Werkstätten bringt, welche Perspektiven sie ihm eröffnet. In unserer Provinz haben wir z. B. die erste Etappe der Boden- und Wasserreform abgeschlossen, viele Arbeitslose eingestellt, bauen billige Häuser für Obdachlose. Nangarhar ist seit langem einer der Großproduzenten von Zitrusfrüchten, und zwar dank einem mit sowjetischer Hilfe angelegten Bewässerungssystem, zu dem ein Stausee, ein Wasserkraftwerk und ein 70 km langer Bewässerungskanal gehören. Die Banditen möchten das Jalalabad-Tal wieder in eine Wüste wie vor etwa 20 Jahren verwandeln. Aber das wird ihnen nicht gelingen.“

Die Sicherheitsorgane von Jalalabad gaben mir die Möglichkeit, in die „Fälle“

einiger Duschmanen-Chefs, die zur Volksmacht übergegangen sind, Einblick zu nehmen. Ihre Namen dürfen vorläufig nicht genannt werden. Diese ehemaligen Duschmanen sagten uns, daß sich ein Zentrum der antiafghanischen Gruppierungen im Kazafy-Hotel in Peshawar befindet. Dort kommt es zu Treffen, auf denen Hekmatyar, Rabbani und sonstige Anführer der Konterrevolution Ansprachen halten. Häufige Gäste sind dort US-Ausbilder, die im Luxushotel „National Sardar“ absteigen. Die Aussagen enthalten nicht wenig Angaben über jene Geldbeträge und Waffenlieferungen, die die amerikanische CIA und andere westliche Geheimdienste diesen imperialistischen Söldnern großzügig zukommen lassen.

„Wie Sie sehen, ist der Druck von außen stark“, sagte mir mein Gesprächspartner, als ich ihm erzählte, was ich aus den „Fällen“ der ehemaligen Duschmanen erfahren habe. „Dem müssen wir die Geschlossenheit des Volkes entgegenstellen, das nur eins – den Frieden auf seinem Boden – herbeisehnt. Zu diesem Zweck streben wir eine Erweiterung der sozialen Basis der Revolution an. Auf dem im November abgehaltenen 20. ZK-Plenum der DVPA wurden grundlegende Maßnahmen dazu umrissen, z. B. die Heranziehung von Vertretern verschiedener politischer Kräfte aus vielen Gesellschaftsschichten zur realen Teilnahme an allen Machtorganen, aller sozialen Bevölkerungsgruppen zum Aufbau des neuen Lebens, ebenso die Bereitschaft, mit Rücksicht auf die geschichtlichen Traditionen und die nationale Spezifik beträchtliche politische Zugeständnisse an die kleine und mittlere Bourgeoisie und einen Teil von Großgrundbesitzern zu machen, nur damit der bewaffnete Kampf auf unserem Boden möglichst bald ein Ende nimmt. Wie unser Generalsekretär Najib bei seinem jüngsten Moskau-Besuch erklärte, 'wollen wir auf diesem Weg recht weit gehen, bis hin zur Gründung einer Regierung der nationalen Einheit, der auch Vertreter der Kräfte angehören könnten, die zeitweilig außerhalb Afghanistans sind, sich jedoch bereit finden, an der historischen Erneuerung seines Lebens teilzunehmen'.“

Dann fügt Anwar Issar hinzu: „Wir reichen den Völkern von Pakistan, Iran und anderen Ländern der Region die Hand der Freundschaft und fordern sie auf: Laßt uns die Fragen um Afghanistan nicht auf militärischem, sondern auf friedlichem, politischem Wege lösen! Kabul und Moskau haben überzeugend demonstriert, daß sie diesen Weg gehen, als sie sechs sowjetische Regimenter in die UdSSR zurückkehren ließen. Laut und vernehmlich bekunden unsere Partei und unsere Regierung ihren Wunsch, den uns von Imperialismus und regionaler Reaktion aufgezwungenen Krieg zu beenden.“

L. MIRONOW
NZ-Sonderkorrespondent
Jalalabad–Kabul–Moskau

EXPRESS- INFORMATIONEN

● IN FLAGRANTI DIE VERHAFTETEN GESTANDEN

Sambische Sicherheitskräfte nahmen in Lusaka drei Agenten des Rassistenregimes von Preforia fest. Sie werden einer Beteiligung an den Bombenexplosionen vom 12. Dezember in Livingstone verdächtigt. Die Festgenommenen hatten große Mengen Sprengstoff bei sich. Sie gaben zu, für Diversionen angeworben worden zu sein. Alle drei sind Bürger der RSA. Sie besaßen obendrein noch britische, neuseeländische und australische Pässe.

● KONFLIKT JOURNALISTENSTREIK

Henri Pigeat, Präsident und Generaldirektor der Presseagentur France Presse, ist zurückgetreten. Das forderten AFP-Kollegen, die zwei Wochen gegen Pigeats Plan einer Reorganisation der Agentur gestreikt hatten. Ihrer Meinung nach bedroht dieser Plan den Status der AFP als einer internationalen Nachrichtenagentur. Außerdem sieht er die Kündigung von 300 der insgesamt 734 AFP-Mitarbeiter vor. 150 Journalisten wären gefährdet.

Nach dem Rücktritt Pigeats wurde zwischen der Journalistengewerkschaft und den provisorischen AFP-Chefs vereinbart, den Plan auf Eis zu legen. Die AFP-Mitarbeiter beschlossen, die Arbeit wiederaufzunehmen.

● VERSION WIEDER ZUR KATASTROPHE DER "KIALLAND"

Die Katastrophe der norwegischen schwimmenden Bohrinsel "Alexander Kielland" im März 1980, bei der 123 Angehörige des Bedienungspersonals umkamen, sei die Folge eines Verbrechens gewesen. Das erklärte der norwegische Ingenieur Ole Østlund, der sich sechs Jahre mit der Aufklärung der Umstände der Tragödie befaßte. Er meint, der Bruch eines der Stützpfeiler der Bohrinsel sei nicht wegen Materialermüdung erfolgt, wie früher behauptet wurde, sondern Folge eines Anschlags.

Wiedersehen mit Bukarest

Von unserem Sonderkorrespondenten
Vitali TSCHERNJAWSKI

Der Zug rollte langsam am Bahnsteig Gara de Nord ein, und ich schien in das Land meiner Jugend zurückgekehrt zu sein. Ja, der Nordbahnhof, der wichtigste Bahnknotenpunkt der Hauptstadt Rumäniens, hat sich so gut wie nicht verändert. Der Bahnhof sieht so aus wie vor 40 Jahren, als ich nach zweijährigem Aufenthalt in diesem Donauland nach Moskau heimfuhr. Hinter mir lag der Dienst in der Alliierten Kontrollkommission (AKK) - seit September 1944 war ich Assistent des politischen Beraters - und in der ein Jahr später entstandenen sowjetischen Botschaft. Damals nahm das Sowjetland als erstes unter den Alliierten diplomatische Beziehungen zu Rumänien auf, das den Weg einer demokratischen Entwicklung eingeschlagen hatte.

Bekannte Straßen tauchten auf. Und da ist die Hauptstraße der Metropole, die belebte Calea Victoriei. Das Hotel „Bucuresti“, wo ich abstieg, ist ein Neubau. Das fast ein ganzes Viertel erfassende lange, helle, elf Stockwerke hohe Gebäude zwischen der Nuterilor-Straße und der Stirbei-Voda-Straße thront über der Calea Victoriei. Das großartige Hotel, geräumig und komfortabel, verdrängte das schräg gelegene alte „Athenee-Palace“, das beste Hotel des königlichen Bukarest.

Aus dem Hotelfenster sind überall Ausleger der Baukräne zu sehen. In der Stadt wird in großem Maßstab gebaut. Wohnhäuser und gesellschaftliche Bauten, neue Wohnviertel entstehen. Neue Metrostrecken werden vorgetrieben. Ja, eine Metro gab es im Bukarest meiner Jugend nicht, von ihr wagte man damals, vor 40 Jahren, nicht einmal zu träumen...

Ich schaute auf die Calea Victoriei und erinnerte mich an jene fernen Jahre.

Am 23. August 1944 erfolgte der von den Kommunisten vorbereitete bewaffnete Aufstand. Die militärfaschistische Diktatur stürzte, und das Land, das mit Hitlerdeutschland gebrochen hatte, ging auf die Seite der Alliierten über. Der Erfolg des Aufstands war bedingt durch die machtvolle Offensive der sowjetischen Truppen, die auf Bukarest vorrückten und die Heeresgruppe „Südukraine“ zerschlugen hatten.

Die KP, die eine raue Schule der illegalen Arbeit hinter sich hatte, tauchte in der Arena des legalen politischen Kampfes auf. Das war ein harter, kompromißloser Kampf, der viele Opfer verlangte.

Ich sah die Calea Victoriei und den Schloßplatz so, wie sie sich mir im Februar 1945 darboten. In jenen Tagen wogte hier ein Menschenmeer: Die Arbeiter Bukarests, Bauern aus dem ganzen Lande demonstrierten. Sie verlangten demokratische Umgestaltungen, eine Bodenreform. Die Fabriken den Arbeitern, der Boden den Bauern! Auf Befehl des erzreaktionären Generals Radescu, der die königliche Regierung leitete, eröffneten die Gendarmen das Feuer. Ihnen schlossen sich bewaffnete Schlägertrupps rechter Organisationen an, besonders wüteten die Mordbuben der chauvinistischen Reaktion. Sie fielen über Kommunisten und Gewerkschaftsaktivisten her.

In wenigen Worten läßt sich die ganze Kompliziertheit der damaligen Lage nicht darstellen. Ich will nur das Wichtigste berichten. Die KP bildete die Nationaldemokratische Front (NDF), rief zur Vereinigung aller Fortschrittskräfte Rumäniens auf. Ein harter Kampf für den Machtantritt einer demokratischen Regierung begann. Die amerikanische und die britische Mis-

sion in Bukarest, die der AKK angehörten, vermochten nicht der Monarchie, der rumänischen Reaktion die Hilfe zu erweisen, um die jene gebeten hatten. Schon gleich nach dem Sturz der militärfaschistischen Antonescu-Diktatur ersuchte der König das britisch-amerikanische Oberkommando in Kairo, drei Luftlandebrigaden nach Bukarest zu entsenden. Vergebliche Mühen! Die sowjetischen Truppen rückten am 31. August 1944 in das durch die patriotischen Kräfte befreite Bukarest ein und begruben so die Hoffnungen der Reaktionäre. Im weiteren wäre eine beliebige offene Einmischung angesichts der Ergebnisse der Jalta-Konferenz von Jossif Stalin, Franklin Roosevelt und Winston Churchill eine direkte Verletzung der abgestimmten Beschlüsse gewesen. Die höchsten Berater des Königs empfahlen Mihai I., kein Risiko einzugehen, als 800 000 Menschen demonstrierten, um das Programm der NDF zu unterstützen. Der Monarch bestätigte widerwillig die erste demokratische Regierung in der Geschichte des Landes unter Petru Groza, dem Führer der Front der Landwirte, einer Massenorganisation der werktätigen Bauernschaft, des Hauptverbündeten der Kommunisten. Und stellvertretender Ministerpräsident wurde G. Gheorghiu-Dej, der Generalsekretär der RKP. Das war im März 1945.

Das rumänische Volk hat entschlossen den Weg der demokratischen Entwicklung des Landes gewählt. An die drei Jahre vergingen, und am 30. Dezember 1947 unterzeichnete Mihai I. die Abdankungsurkunde. Das Ende der Hohenzollern-Dynastie, die über 8 Jahrzehnte geherrscht hatte, war da. Rumänien wurde eine Volksdemokratie.

620 000 neue Wohnungen

Erinnerungen, Erinnerungen! Nur schwer kommt man von ihnen los. Möglicherweise stören sie den Bericht über das heutige Bukarest. Nein, dem ist nicht so, sage ich mir selbst. Meine Erinnerungen sind der Hintergrund, vor dem sich das heutige Leben der Hauptstadt immer klarer abzeichnet.

Der Vorwinter ist eine schöne Zeit in Bukarest. Es ist kühl, und die brennende sommerliche Hitze ist gewichen. Selten regnet es, nur morgens ist häufig Nebel. Im Zentrum sind viele Menschen. In den vergangenen 40 Jahren hat die Einwohnerzahl von 550 000 auf über 2 Millionen zugenommen. Früher waren die Hauptstraßen voll von Müsiggängern, Zeitungsverkäufern, Straßenhändlern... Jetzt sieht es ganz anders aus. Die Menschen gehen ihrer Arbeit nach.

In den vergangenen Jahren hat die Industrie der Hauptstadt um das mehr als

60fache zugenommen. Der Maschinenbau verstärkte seine Kapazitäten um das 300-fache, die Chemieindustrie um das 250-fache. 15 Prozent beträgt der Anteil Bukarests an der Gesamtindustrieproduktion des Landes. Vor vier Jahrzehnten wurden hier keine Großraumflugzeuge, keine leistungsstarken Turboaggregate erzeugt, hatte man nichts von Robotern und Anlagen für Atomkraftwerke gehört, wurden keine Lokomotiven produziert...

Mit einer wahren Unmenge von Zahlen überstürzte mich der Chefarchitekt der Hauptstadt, Paul Alexandru Focsa, ein schlanker, etwa 50 Jahre alter Mann. Ich besuchte ihn im Munizipalvolksrat am Gheorghe Gheorghiu-Dej-Boulevard.

Ich frage ihn:

„Und wie sind all diese neuen Betriebe und die vergrößerten kommunalen Dienste mit Arbeitskräften versorgt?“

„Den Bedarf der Hauptstadt an Arbeitskräften“, antwortet Focsa, „decken wir voll und ganz mit der Bevölkerung von Bukarest und seiner Vororte, die zum hauptstädtischen Munizipium gehören.“

„Und holen Sie niemanden aus anderen Landesteilen hierher?“ fragte ich, wobei ich an die vielen Menschen dachte, die für bestimmte Mangelberufe eine Ausnahmezugsbewilligung nach Moskau erhielten.

„Es gab eine Zeit, da die Menschen aus allen Landesteilen nach Bukarest strömten. Doch jetzt ist die Lage anders...“

„Und das Wohnraumproblem?“ Ich kann meine Überraschung nicht verbergen, als ich eine in höchstem Maße ungewöhnliche Antwort erhielt:

„Im großen und ganzen haben wir es schon gelöst. Eigentlich ist es ja nie zu lösen: Kinder werden geboren und wachsen auf, junge Familien entstehen. Deshalb wird neuer Wohnraum immer erforderlich sein. Es geht nur darum, wann jemand die benötigte Wohnung erhält. Bei uns in Bukarest dauert das im Grunde 3–4 Monate nach Stellung des Antrags.“

In der vergangenen Zeit haben wir den Wohnraumbestand verdoppelt. Und hier eine weitere Zahl: Unter der Volksmacht konnten mehr als 620 000 Familien in Bukarest in neue Wohnungen einziehen.“

Nach dem Gespräch mit Focsa sah ich die Neubaubiertel an. Die meisten von ihnen liegen am Stadtrand, wo sich vor 40 Jahren ärmliche Hütten drängten. Die Hochhausreihen in der Calea Mosilor und der Calea Dorobantilor, der Pantelimon und der Stefan cel Mare... Alle sind gar nicht aufzuzählen. Die jüngsten großen Wohnviertel – Titan, Balta Alba, Berceni. Mit je 100 000–200 000 Einwohnern...

In Bukarest wird solide, geräumig und komfortabel gebaut. Natürlich waren vor 25 oder 30 Jahren, als der Massenwohnungsbau begann und der Wohnraum-mangel der Hauptstadt arg zusetzte, die Häuser niedriger. Und die Wohnungen waren klein, mit nur wenig Bequemlichkeiten. All das gehört heute der Vergangenheit an.

„Worin liegt das Geheimnis, daß in den

„NEUE ZEIT“ 52.86

1986 JAHR
DES FRIEDENS



Zeit für den Frieden.

Oktober. Die führenden Repräsentanten der UdSSR und der USA treffen sich in Reykjavik. Der Weg zu einem Abkommen über eine kernwaffenfreie Welt schien greifbar nah zu sein. Doch das SDI-Wahnsinnsprogramm ist Washington wichtiger als wahre Sicherheit für alle. Die Zeit drängt. Doch der Präsident hat es nicht eilig.

letzten 20 Jahren der Wohnraumbedarf in Bukarest faktisch befriedigt wurde?“ suchte ich von Focsa zu erfahren.

„Heute haben wir eine entwickelte Industrie der Baumaterialien, verfügen im Bauwesen über eine große Zahl von Fachkräften. Nicht nur der Staat baut, sondern auch in großem Umfang die Genossenschaften.“

Natürlich bin ich weit davon entfernt,

die Arbeit des hauptstädtischen Volkstrates zu idealisieren. Viele Bukarester Gesprächspartner äußerten nicht selten Kritik an den Leitern der städtischen Wirtschaft. Ja, und auch im Rat selbst machte man kein Hehl aus den Problemen. Das größte Problem ist offenbar der Verkehr.

Straßenbahnen, Autobusse und Trolleybusse sind selbst außerhalb der Spitzenzeiten überfüllt.

Können Sie sich vorstellen, was morgens los ist, wenn die Menschen zur Arbeit eilen oder abends, wenn sie nach Hause zurückkehren?! Die oberirdischen Verkehrsmittel sind veraltet, sie reichen einfach nicht. Im laufenden Planjahr fünf ist der grundlegenden Erneuerung des städtischen Nahverkehrs ein wichtiger Platz eingeräumt. Übrigens war die Verkehrsfrage auch vor 40 Jahren der wunde Punkt der Munizipalität.

„Wir setzen große Hoffnungen in die Entwicklung der Metro“, sagte Focsa. „Schauen Sie sich die unbedingt an.“

der erste Abschnitt wurde genau vier Jahre später in Betrieb genommen – zur Eröffnung des XII. Parteitages der RKP. Zwar sind die Metrostationen nicht tief, doch sie sind geräumig und attraktiv, die Bahnsteige sind breit – man spürt kaum, daß man unter der Erde ist.

Jetzt sind zwei Linien mit 23 Stationen (Gesamtlänge 37 km) in Betrieb. Ende 1987 werden weitere 5 Stationen in Betrieb genommen, und bis 1990 wird das Streckennetz ca. 60 km lang sein.

Mehr als 600 000 Menschen, d. h. 12 Prozent der Fahrgäste des

Im letzten Herbst wurden noch strengere Zügel angelegt. Im Oktober billigte das Politische Exekutivkomitee des ZK der RKP ein Programm für die rationelle Nutzung von Strom und Wärmeenergie sowie von Erdgas. Die Volksräte überwachen streng die Einhaltung der Normen des staatlichen und privaten Energieverbrauchs.

Jetzt gewöhnt man sich in Rumänien daran zu sparen. Große Aufmerksamkeit gilt auch dem Recycling der Sekundärrohstoffe. Eine Vereinigung wurde geschaffen, der an die 40 Betriebe zur Sammlung von Altstoffen angehören.

In den Höfen von Bukarest sah ich Container mit der Aufschrift „Für Glasbruch“, Körbe für Altpapier, aufgestellt neben Briefkästen. An den Tankstellen stehen Behälter für Altschmierstoffe, bekommt man Motorenöl nur, wenn man leere Kunststoffbehälter abgibt.

Die strenge Sparsamkeit hat, wie man mir im Staatlichen Plankomitee sagte, bereits Früchte getragen. Das ist eine der beiden Hauptquellen, durch die Rumänien in kurzer Zeit einen Großteil der langfristigen Kredite des Westens tilgen konnte.

Bis Mitte des laufenden Planjahr fünf, etwa in zwei Jahren, will man die Schulden vollständig zurückgezahlt haben.

So sagte man es mir im Staatlichen Plankomitee. Rumänische Fachleute meinen, daß die imperialistischen Staaten die langfristigen Kredite benutzen, um den Entwicklungsländern ihre Politik aufzuzwingen. Rumänien ist ein sozialistisches Entwicklungsland. Hauptaufgabe des laufenden Planjahr fünf 1986–1990 ist der Übergang vom Stadium eines Entwicklungslandes zum höheren Stadium eines Landes mit mittlerem Entwicklungsstand. Das Programm der RKP verkündet, daß Rumänien bis zum Jahre 2000 ein allseitig entwickeltes sozialistisches Land werden soll.

Die zweite Quelle ist die Vergrößerung des Außenhandelsumsatzes, die Steigerung des Exports – und die Verringerung des Imports. 1985 nahm der rumänische Außenhandel um 15 Prozent zu. Das ist ein sehr hohes Tempo. Im laufenden Planjahr fünf ist eine Zunahme von 41–45 Prozent vorgesehen.

Natürlich gibt es immer noch viele Probleme. Nicht leicht haben es die Menschen. Einige Nahrungsmittel sind rationiert...

Ja, sagte man mir im Komitee, Schwierigkeiten gibt es. Doch das Volk versteht, daß es in einigen Jahren, wenn wir die Schulden zurückgezahlt haben werden, besser leben wird.

1986, das erste Jahr des 8. Planjahr fünf, geht mit guten Ergebnissen zu Ende. Die Industrieproduktion wird um ca. 7 Prozent zunehmen. Nach drei Dürrejahre wurde eine gute Getreideernte eingebracht.

Bukarest–Moskau



Das Hochhaus des Hotels „Intercontinental“ wurde zu einem Symbol Bukarests

Geräumig und komfortabel ist die Bukarester Metro

Die Station "Titan"

Fotos: TASS und Agerpress

gesamten städtischen Nahverkehrs, benutzen tagtäglich die Metro. Wenn die dritte Strecke in Betrieb genommen sein wird, dann erhöht sich der Anteil der Metro am Verkehrsaufkommen auf etwa die Hälfte.

Sparsamkeit

Abends sind die Hauptstraßen im Zentrum schwach beleuchtet. Die Schaufenster sind dunkel. Keine Lichtreklame brennt. Die Seitenstraßen sind ganz ohne Licht. So wird gespart.

Das Fernsehen zeigt werktags nur zwei Stunden lang Programme. Am Samstag und Sonntag werden etwa fünf Stunden ausgestrahlt.

Nun schon etwa zwei Jahre lebt Rumänien in einem äußersten Sparsamkeitsregime. Vor allem werden Strom, Wärme und Metall gespart.



Die Metro

Zwei junge Ingenieure zeigen mir die Metro. Die Erläuterungen gibt Virgil Daschivici. Er spricht gut Russisch. Er, ein Absolvent der Bukarester Technischen Hochschule, ist etwa 35. Einige Monate vor Inbetriebnahme der ersten Metrostrecke war er zum Praktikum in der Sowjetunion, machte sich mit dem Betrieb der Metro in Moskau und Charkow vertraut, war mit einer Gruppe Kollegen in Budapest, Paris, London und München. Doch am besten gefiel ihm die Metro in Charkow. „Sie ist irgendwie der unsrigen sehr ähnlich“, sagte Daschivici.

Die Metro wurde schnell gebaut. Begonnen wurde im November 1975, und

„Alles war viel prosaischer...“

„Wir arbeiteten so wie zu Hause, vielleicht sogar etwas besser.“ Mit den gleichen Worten brachten diesen Gedanken zwei Spezialisten, die aus Nikaragua zurückkehrten, zum Ausdruck — die Ärztinnen Vera Golowanowa und Tatjana Babuschkina

Es berichtet die Bakteriologin Vera Golowanowa:

„Seltene Krankheiten, dringende Arztbesuche und riskante Operationen — sicher gab es in der ärztlichen Praxis mancher Mitglieder der Gruppe sowjetischer Mediziner, mit denen ich vor einigen Jahren auf Einladung der nikaraguanischen Regierung ins Land kam, auch solches. Bei mir aber war alles viel prosaischer: Vom ersten bis zum letzten Tag arbeitete ich in einem kleinen bakteriologischen Labor. Es mangelte im Lande an Kardiologen, Chirurgen, Neuropathologen, Kinderärzten und vielen anderen Fachärzten. Auch qualifizierte Bakteriologen gab es dort nicht — nur Techniker und Technologen, die ein Wissensniveau wie die Abgänger von medizinischen Fachschulen in der Sowjetunion aufweisen. Ihre Aufgaben beschränkten sich allein auf die mechanische Ausführung irgendeiner bakteriologischen Analyse. Wir aber fanden mit dem behandelnden Arzt bereits eine gemeinsame professionelle Sprache, konnten allseitig die Analyse erörtern und die Diagnose diskutieren.

Ich war in Managua tätig, im zentralen Kinderkrankenhaus. Laborproben wurden absolut von allen kleinen Patienten ge-

nommen: Der Stand der Infektionserkrankungen im Lande ist noch groß. Wir waren die ersten sowjetischen Ärzte in Nikaragua, und anfangs hatten wir es sehr schwer. Reagenzien und Geräte stammen aus dem Ausland, an sie mußte man sich erst gewöhnen. Eine Systematisierung fehlte — mit ihr mußte erst begonnen werden. Nicht immer wurde Sterilität beachtet. Besonders in der ersten Zeit gab es Sprachprobleme — da mußten wir zum Wörterbuch greifen. Nicht einfach war es auch mit unseren Kollegen — ihr Vertrauen mußte erst gewonnen werden.

Der Arbeitstag begann so: 1—2 Stunden theoretischer Unterricht mit der Technologin Alma Iris und der Technikerin Janette. Dann das Praktikum, Laborproben. Beide Mädchen führten die Untersuchungen weitgehend richtig, doch nicht umfassend genug durch — wie gesagt, war mehr von ihnen hier früher nicht verlangt worden. In der Regel schlug ich ihnen vor zu vergleichen. Ihr nehmt die Probe vor, wie ihr könnt, ich so, wie erforderlich, und dann schauen wir uns einmal an, was dabei herausgekommen ist. Das, was dabei herauskam, gaben sie meist einer erfahrenen Biologin aus Kostarika, die im Nachbarlabor tätig war, zur Überprüfung. Sie vertrauten uns nicht...

Einmal kommt Alma Iris zu mir und zeigt mir eine von ihr vorgenommene Laborprobe, irgend etwas schien ihr dort merkwürdig zu sein. Ich sah mir die Probe an und sagte: Hier kann ein Meningokokkus abgesondert sein. Nur muß man das so und so tun. Ich sagte ihr, was in welchem Stadium dieser recht komplizierten Untersuchung erhalten werden muß. Das Mädchen lief mit ihrer Probe zu der Kostarikanerin, die aber stand meinen Ratschlägen sehr skeptisch gegenüber. Zwei Tage, bis der Laborbefund fertig war, verspürte ich die Blicke von Alma Iris, Janette und von den anderen Ärzten, die von dem Streit gehört hatten. Dafür war am dritten Tag, als ganz klar wurde, daß ein Erreger der Meningitis, ein Meningokokkus, (übrigens erstmals in Nikaragua) nachgewiesen war, das Vertrauen voll wiederhergestellt. Die Konsultationen im Nachbarlabor hörten von diesem Tage auf. Später wurden erstmals im Lande von uns die Erreger von Tuberkulose und einiger anderer Krankheiten ermittelt.

Die Revolution hat die medizinische Behandlung kostenlos und für das Volk Nikaraguas erschwinglich werden lassen. Allein in den fünf Jahren der Volksmacht wurden im Lande neun große Krankenhäuser, 348 Polikliniken und Sanitätsstellen übergeben. Die Kinderlähmung ist besiegt. Die Kindersterblichkeit ist in einigen Gebieten von 200 auf 80 je 1000 Neugeborene zurückgegangen. Das ist auch das große Verdienst der sowjetischen Ärzte. Jedes Jahr kamen Medizinstudenten — wißbegierige, ihrem künftigen Beruf treu ergebene junge Menschen — zur Praxis in unser Labor. Auch meine Assistentin Janette nahm ein Medizinstudium auf.

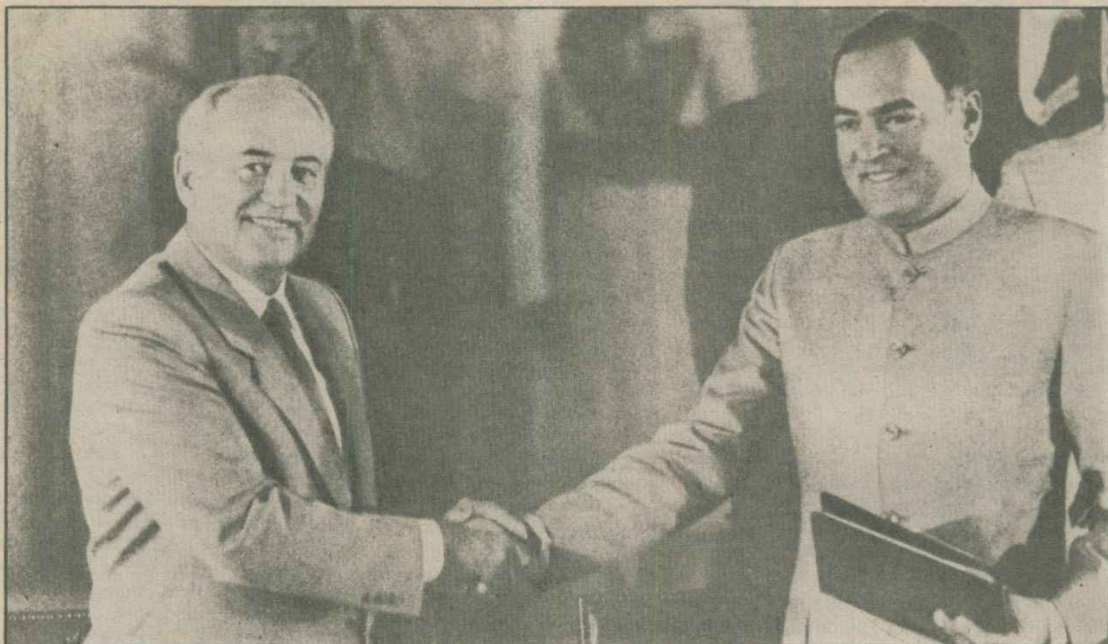
Tatjana Babuschkina, Internistin und Kardiologin:

„Täglich kamen 25—30 Menschen in meine Sprechstunde. Die Kranken reisten aus dem ganzen Lande an. Viele, selbst Ältere, wandten sich zum erstenmal an einen Arzt. Das dürften die diszipliniertesten Patienten in meiner ganzen ärztlichen Praxis gewesen sein. Schon vor 7 Uhr morgens sind alle, die an diesem Tag behandelt werden sollen, bereits im Wartezimmer. Nicht verwöhnt durch die kostenlose medizinische Betreuung lassen sie sich stets gern untersuchen, nehmen akkurat die verschriebenen Arzneien ein. Wir mußten von früh morgens bis spät abends arbeiten. In der ersten Zeit, als wir uns noch umzugewöhnen hatten, kamen wir abends wie erschlagen nach Hause. Ich erinnere mich, da kommt eines Nachts unsere Dolmetscherin gelaufen: 'Sie leben, ist alles normal!' Wir begannen sie auszufragen, was denn geschehen sei. Wie sich herausstellte, hatten Milicianos direkt unter unseren Fenstern in die Stadt eingedrungene Banditen dingfest gemacht, es wurde geschossen, wir aber

Krankenschwester des sowjetischen Hospitals in Chinandega mit ihrer kleinen Patientin.

Foto: TASS





Zeit für den Frieden.

November. Die führenden Repräsentanten der UdSSR und Indiens unterzeichnen die Deklaration von Delhi über die Prinzipien einer kernwaffenfreien und gewaltlosen Welt.

Das neue Jahr tritt in seine Rechte. Es soll uns diesem Frieden näher bringen. Es ist an der Zeit, die Zeiger auf den Uhren der Geschichte umzustellen.

schlafen in dieser Zeit, völlig übermüdet, wie wir waren. Ebenso verschief ich auch ein recht starkes Erdbeben...

Wir mußten auch festgenommene Contras behandeln. Mehrmals wöchentlich wurden sie unter Bewachung zur ärztlichen Untersuchung aus dem Militärgefängnis gebracht. Nie werde ich vergessen, mit welchem Haß die anderen Patienten sie betrachteten - niedergeschlagene und in ihrer Mehrheit ... gesunde Menschen. Und, wie mir schien, baten die Gefangenen vor allem um einen Arztbesuch, um zumindest etwas Abwechslung von der Gefängnisatmosphäre zu haben.

Ihr Verhalten war ganz anders als das der verwundeten Sandinistas aus dem Rehabilitationshospital. Hier wurden die am schwersten verwundeten Kämpfer der Sandinistischen Volksarmee behandelt - mit Rückenmarkzerreißen, mit amputierten Extremitäten, die, wie es schien, für immer an das Bett gefesselt waren. Doch mit ihren entsetzlichen Verletzungen wollten sich die Sandinistas nicht abfinden: nicht Tabletten oder Spritzen - Hauptarznei und einziger Weg zu einem

normalen Leben wurde für sie die Heilgymnastik. Sechs, acht, zwölf Stunden oder mehr befaßten sich viele von ihnen mit Heilgymnastik. Das war ein wahrer Kampf des Willens gegen die drohende Lähmung, ein Kampf dafür, die Möglichkeit zu haben, seiner Heimat in der Zukunft zumindest geringen Nutzen zu bringen. Ich kann mich nicht erinnern, daß sie auf meine Fragen 'Como se sienten?' ('Wie fühlen Sie sich?') oder 'Que tal?' ('Wie geht's?') anders als 'bien!' ('gut') antworteten. Besonders beeindruckte mich durch seinen starken Willen ein mittelgroßer junger Mann - soweit ich mich erinnere, hieß er Jesus. Auf seinem Nachttisch lag eine sorgfältig geklebte spanische Ausgabe von Nikolai Ostrowskis 'Wie der Stahl gehärtet wurde'. 'Dieses Buch', berichtete der junge Mann, 'haben mir Kampfgefährten nach der Operation geschenkt. Eben dieses Buch unterstützte mich in den schwersten Minuten, gab mir das Leben zurück.'

Als 'Teufel in Menschengestalt' suchte die feindliche Propaganda die sowjetischen Ärzte in Nikaragua hinzustellen. Heute lachen über solche Erfindungen

selbst die Ungläubigsten. Im hauptstädtischen Infantil-Park unweit der Poliklinik trat eine ältere Frau, die offenbar russische Laute gehört hatte, an uns heran und bat um die Erlaubnis... uns zu küssen. Wie sich herausstellte, hatten sowjetische Chirurgen in der vergangenen Woche in Chinandega den einzigen Enkel der Frau gerettet. Ärzte aus Moskau, Leningrad, Smolensk und Gorki - einige Dutzend sowjetische Mediziner - arbeiten nur wenige Kilometer von Nikaraguas Nordgrenze entfernt. Auf Bitte der Regierung entstand dieses medizinische Zentrum in Rekordzeit in einem der am wenigsten entwickelten Gebiete des Landes, die mehr als andere unter den katastrophalen Überschwemmungen der Jahre 1981 und 1982 gelitten hatte. In den gut vier Jahren seiner Tätigkeit wurden dort mehr als 250 000 Nikaraguaner, Internationalisten aus den USA, aus Frankreich, der Schweiz und anderen Ländern, die der Republik helfen, behandelt. Das Krankenhaus in Chinandega wird überall nur das 'Russische Hospital' genannt."

Vorbereitet von W. GALIN

Ich habe von Überlebenstraining gehört und wüßte gern genauer darüber Bescheid. Sind solche Experimente in unserer Epoche des wissenschaftlich-technischen Fortschritts überhaupt sinnvoll?

M. KERIMOW

Duschanbe,
Tadschikische SSR

Gerechtfertigtes Risiko

Nur in wenigen Berufen ist der Mensch gezwungen, sich bewußt der Gefahr auszusetzen. Einige jedoch setzen ihr Leben zugunsten anderer Menschen, die eine Laune des Zufalls in die Wildnis verschlägt und die nichts zur Hand haben, was ihnen im Kampf ums Überleben helfen könnte, aufs Spiel. Nichts, außer der Erfahrung von Testpersonen und deren Verhaltensnormen...

Auch ich habe solche Erfahrungen gemacht. Irgendwann war ich in derselben Lage wie Robinson Crusoe. Im sowjetischen Fernen Osten hatte man mich und meine zwei Kollegen auf einer unbewohnten Pazifikinsel ausgesetzt. Wir hatten weder Messer noch Streichhölzer bei uns, kein Stück Brot und kein Angelzeug. Auf dieser Insel haben wir, normale Stadtmenschen, dann schließlich doch gelernt, im Meer Fische zu fangen und durch Reibungshitze Feuer zu entfachen. Jetzt weiß ich, wie wichtig es ist, in kritischen Situationen nicht die Selbstbeherrschung zu verlieren. Das galt auch für unser Überlebenstraining in der Krasnojarsker Taiga. Wir irrten zu dritt ohne Kompaß umher, ohne Nahrung. Wir aßen, was uns gerade über den Weg lief. Wir haben uns genervt, natürlich, aber dann auch wieder beruhigt, weil wir wußten, daß unsere Erfahrungen anderen zugute kommen. Und so haben wir das Experiment wohlbehalten überstanden.

Früher, als die Menschheit eben erst begonnen hatte, ihren Planeten zu erkunden, erforschten waghalsige Entdecker neue Kontinente. Wohin damals nur die kühnsten Abenteurer vorstießen, können heute Tausende Menschen auf Passagierschiffen und per Flugzeug in die Ferien oder auf Dienstreise fahren. Leider sind sie nicht immer sicher. Ein Wagen mag noch so zuverlässig sein, vor Überraschungen ist keiner bewahrt.

Es gibt außerdem mehrere Berufe, bei denen sich der Mensch allein in der Natur zurechtfinden muß. Dazu zählen Geologen, Fischer, LKW-Fahrer im hohen Norden oder in der Wüste, Wissenschaftler auf Expeditionen usw. Nehmen wir noch Piloten und Kosmonauten dazu, die damit rechnen müssen, daß sie über dem Ozean oder über dichtem Dschungel niedergehen. Sie alle müssen wissen, wie man sich in Grenzsituationen zu verhalten hat.

Off kommen Menschen auch durch Leichtsin in eine solche Lage. Besonders Touristen überschätzen oft ihre Fähigkeiten und unterschätzen die Gefahr.

Erfahrungsgemäß verhält sich ein Mensch in einer neuen und für ihn ungewohnten Umgebung so, wie es ihm seine Eingebung, gemischt mit Angst, gebietet. Ich erinnere an den Weltumsegler Alain Bombard, der bestätigen konnte, daß der Mensch auf offener See nicht vor Hunger und Durst, sondern vor Angst umkommt. Anstatt in der Wüste im Schatten eines Sonnensegels die Tageshitze abzuwarten, macht er sich auf die Suche nach Wasser und erleidet nach drei Stunden einen Hitzschlag. Oder im hohen Norden: Anstatt sich eine Schneehöhle zu graben und den Schneesturm abzuwarten, irrt er umher, verläuft sich und erfriert.

Bemühungen von Testpersonen und Wissenschaftlern ist es zu verdanken, daß vor einiger Zeit eine neue Wissenschaft entstand und sich erfolgreich entwickeln konnte. Sie läßt sich als "Wissenschaft, die das Überleben des Menschen unter extremen Umweltbedingungen zum Gegenstand hat" definieren.

Über diese Fragen sprach ich mit Dr. Vitali Wolowitsch, Arzt und führender sowjetischer Experte in Überlebensfragen. Am 9. Mai 1949 sprang er mit dem Fallschirmspringer A. Medwedew über dem Nordpol ab. Er gehörte zu den Teilnehmern einer Expedition auf einer driftenden Eisscholle. Er nahm an vielen Überlebenstrainings teil.

Medizinerkollegen und Psychologen äußerten Zweifel. Einige meinten, man dürfe Menschen nicht bewußt einer Lebensgefahr aussetzen. Wolowitsch wies nach, daß die Gefahr für einen vorbereiteten Menschen nicht ganz so groß sei: In all den Jahren gab es bei seinen Expeditionen keinen einzigen Unglücksfall. Man hielt ihm entgegen, daß seine Experimente vom wissenschaftlichen Standpunkt aus nicht objektiv genug seien. Der Überraschungsfaktor falle weg, da die Testpersonen wüßten, was auf sie zukommt, ein Mensch dagegen, der unversehens in eine Katastrophe gerät, dies vorher nicht wissen könne und deshalb riesige nervliche Spannungen erleide, die bei einem sorgfältig geplanten Experi-

ment nicht auftreten würden. Man konnte nachweisen, daß es so nicht war. Protokollen von Testpersonen ist zu entnehmen, daß die nervliche Anspannung im Verlauf ihres Tests mit jedem Tag zunimmt. Damit unterscheidet sich ihr psychischer Zustand in nichts von dem eines Menschen, der zufällig in Not gerät.

Auch im Experiment läßt sich nicht alles vorhersehen. Einmal führten 12 Menschen im Stillen Ozean etwa 2000 km vom Festland entfernt ein Experiment im Rettungsboot durch. Das Schiff, von dem sie ausgesetzt worden waren, trieb irgendwo außerhalb ihrer Sichtweite. Alles ging glatt, bis plötzlich ein Taifun ausbrach. Ein Windstoß riß das Rettungsboot in die tosende See fort. Erst nach 24 Stunden fand man es. Niemand weiß, wie diese Episode ausgegangen wäre, wenn statt der Testpersonen andere Menschen nach einer wirklichen Schiffskatastrophe an Bord des Boots gewesen wären.

Man könnte entgegnen: Wozu muß man verhältnismäßig gefährliche Experimente durchführen, wenn das Leben selbst ausreichend Überraschungen bereithält? Nehmen wir den schottischen Seemann Alexander Selkirk, den Prototyp des Robinson Crusoe. Warum sollte man nicht aufgrund bereits erworbener Erfahrungen die notwendigen Verhaltensmaßnahmen erarbeiten?

Das ist nur bedingt möglich. Bei einem sorgfältig geplanten und vorbereiteten Test werden viele Messungen, Beobachtungen und Analysen vorgenommen. Das geschieht regelmäßig, jeden Tag. Damit erhalten die Wissenschaftler ein detailliertes Bild der inneren Körperfunktionen und der graduellen Veränderung im psychischen Zustand des Menschen.

In den letzten Jahrhunderten hat sich der Mensch verändert. Er wurde größer und stärker. Dafür büßte er seine frühere Zähigkeit ein. Einst konnte er tagelang seine Beute hetzen. Heute sucht er einen Supermarkt auf. In früheren Zeiten verwandte der Mensch viel Zeit und Mühen darauf, ein Feuer durch Reibungshitze zu entfachen. Heute entzünden wir es mit Streichhölzern oder einem Feuerzeug im Nu. Viele nützliche Fertigkeiten, für deren Erwerb wir Jahrtausende brauchten, haben wir eingebüßt. In welchem erstaunlichen Maße sich der Mensch auch geändert haben mag und mit welcher ausgeklügelten Maschinen er sich auch umgeben mag, bleibt wie vor tausend Jahren die sengende Wüstenhitze für ihn tödlich, wird ihm der eisige Atem der Arktis zum Verhängnis, bleibt die offene See für ihn riskant. Deshalb sind wir alle auf die nützlichen Hinweise von Kennern der Materie angewiesen, die zu einem gut Teil das verschüttete Erbe unserer Vorfahren freilegen können.

L. REPIN

Ich bin überzeugt, solange Reagan in den USA Regierungschef bleibt, ist eine Wandlung in deren Politik zugunsten des Friedens, der Abrüstung und der Einigung mit der UdSSR nicht zu erwarten. Davon zeugen doch viele Schritte Washingtons und sowjetfeindliche Äußerungen des Präsidenten.

R. GASSANOW

Nachitschewan, Aserbaidshansische SSR



Es diskutiert
NZ-Kommentatorin
Galina
SIDOROWA

Wissen Sie, mit dieser Meinung stehen Sie nicht allein da. Ähnliches habe ich bei uns im Land und in den USA gehört, in verschiedenen Zusammenhängen und oft von Leuten mit entgegengesetzten Ansichten, voriges Jahr beispielsweise von Prof. Donald Zagoria von der Columbia University, Mitglied des New-Yorker Ausschusses für auswärtige Beziehungen. In dem alten Gebäude, dem Sitz des Ausschusses, der für das Weiße Haus Empfehlungen formuliert und ihm Prognosen stellt, unter den Bildnissen ehemaliger Präsidenten und Außenminister hielt er mir einen ganzen Vortrag. Die UdSSR habe die USA mit den destabilisierendsten Waffensystemen überrundet, und die jetzige "harte Regierung" treffe berechnete Maßnahmen. Sie werde ihr Programm für die "Umrüstung Amerikas" kaum aufgeben, deshalb sei in dieser Hinsicht eine Einigung mit der UdSSR kaum wahrscheinlich.

Dieses Jahr haben sich manche amerikanischen Teilnehmer der sowjetisch-amerikanischen Friedensfahrt auf dem Mississippi, die sich wegen der Vormachtstellung des Weißen Hauses, zum Unterschied von dem Professor, Sorgen machen, über die Möglichkeit einer Einigung zwischen Moskau und Washington während der Amtsdauer der jetzigen US-Regierung auch pessimistisch ausgesprochen.

Tatsächlich zeugen die Schritte der USA, wie Sie mit Recht feststellen, am allerwenigsten von Friedensliebe und dem Wunsch zur Einigung. Ich muß sagen, mir geht manchmal auch der Optimismus ab. Aber lassen wir die Empfindungen beiseite und überlegen uns, was weiter werden soll. Aus Ihrem Schreiben höre ich die Frage heraus, wozu man sich überhaupt mit

der jetzigen US-Regierung einläßt, ob man nicht lieber warten soll, bis eine andere im Weißen Haus einzieht, die aus vernünftigeren und verantwortungsbewußteren Leuten besteht. Da fallen mir Gegenfragen ein. Wer sagt denn, daß diese Leute nichts Eiligeres zu tun haben würden, als Abkommen mit der UdSSR zu schließen? Bei der politischen Logik in den USA wäre es eher umgekehrt. Sollte ein neuer Präsident sogar konstruktiver denken, so würde er aus Furcht vor einer Kritik von rechts — er liebäugle mit Moskau — eine Einigung hinauszögern. Oder stellen Sie sich etwas anderes vor: Die Amerikaner wählen einen "neuen Reagan". Ob wir es wollen oder nicht, kann es so paradox kom-

Mich würde interessieren, welche Briefe die Redaktion Ihrer Zeitschrift erhält. Wenn es kein Geheimnis ist, so berichten Sie bitte über die wichtigsten Themen, die in den Leserzuschriften angesprochen werden.

L. BORISSOW, Swerdlowsk, RSFSR

Werter Genosse Borissow, wir möchten, ausgehend von Ihrer Frage, nicht nur Sie als konkreten Leser ansprechen (bitte nicht gleich übelnehmen), sondern alle, wer wie Sie allwöchentlich das nach frischer Druckfarbe riechende Heft der "Neuen Zeit" aufschlägt, wer das Bedürfnis hat, Stellung zu nehmen dazu, was man gerade gelesen hat.

In diesem Jahr ließen uns neben Lesern aus der Sowjetunion auch 1400 ausländische Bezieher der "Neuen Zeit" ihre Meinung erfahren.

Die Menschen legen ihre Überlegungen über die akutesten Probleme der Gegenwart dar und sprechen völlig offen darüber, was ihnen am Herzen liegt. "Die USA ignorieren unsere Friedensinitiativen, legen kein Bestreben an den Tag, nach realen Auswegen zu suchen, stellen sich dem Willen der Weltöffentlichkeit entgegen. Erkennt denn in den USA niemand, was für ein gefährliches Spiel von Reagan und seinen nächsten Gefährten getrieben wird?" So N. Katanow aus dem Dorf Namzy in Jakutien. "Ich bin kein Politiker und kein Diplomat, sondern Schlosser", schreibt W. Shurlov aus Saratow. "Eines weiß ich aber genau: In einem Atomkrieg kann es keine Sieger und keine Besiegten geben. Daher unterstütze

DISKUSSION MIT DEM LESER

men. Obwohl mit politischen Entscheidungen Reagans nicht einverstanden, würden viele Amerikaner für ihn stimmen, wenn er ihnen als Mensch imponiert.

Und noch eins. Gewiß, jetzt ist es nicht so einfach, mit der amerikanischen Führung zu verhandeln. Aber war es schon einmal leicht? Wieviel einander ausschließende Vorschläge legten die Amerikaner zu Anfang der 70er Jahre mit einem Schwung auf den Verhandlungstisch und rückten dadurch eine Vereinbarung in weite Ferne! Dieses Faktum vermerkt Gerard Smith, der US-Chefdelegierte bei den SALT-I-Verhandlungen, speziell in seinen Erinnerungen.

Waren die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zur Zeit der



Es diskutiert
der Leiter der
Abteilung Information
und Leserpost
Wladimir SHITOMIRSKI

ich voll und ganz die Vorschläge Michail Gorbatschows, die darauf gerichtet sind, die Menschheit von der nuklearen Gefahr zu befreien."

NZ-Veröffentlichungen über die Jahre des zweiten Weltkrieges ließen Prof. J. B. Ghosh aus Indien an jene Zeit denken. "Ich habe am zweiten Weltkrieg nicht teilgenommen", heißt es in seinem Brief. "Physisch stand ich zwar abseits, aber mein Herz gehörte jenen, die sich dem Faschismus in den Weg stellten. Das Andenken an sowjetische Soldaten, die für die Freiheit der ganzen Menschheit gefallen sind, ist in

Entspannung etwa idyllisch? Auch nicht. Die Rechten leiteten den Sturmangriff auf die Entspannung ein, faktisch noch ehe dieser Begriff aufkam. Neulich blätterte ich in damaligen Zeitungen und stieß auf einen Ausspruch von Hubert Humphrey, der, mit seinen Kollegen verglichen, liberal war. Mitten in der "Erwärmung" des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses sprach dieser Senator im Kongreß die Ansicht eines Teils der Washingtoner Politiker aus: "Ich glaube nicht, daß man es mit den Russen zu tun haben kann, wenn man sie befächelt und ihnen Liebeserklärungen macht. An das alles glaube ich nicht." Die Faust hinterm Rücken gehört zu den Traditionen der Urheber der US-Politik.

Aber denken wir an den heutigen Tag. Die Treffen in Genf und Reykjavik haben gezeigt, daß sich Wandlungen andeuten — mit Schwierigkeiten und

langsamer, als wir möchten, aber dennoch. In Reykjavik sah sich die Menschheit epochalen Vereinbarungen gegenüber. Hätten sich die Amerikaner im letzten Augenblick nicht an SDI geklammert, dann hätten die Vereinbarungen in nächster Zeit wahrgemacht werden können. Nach Reykjavik spaltete sich Amerika in zwei Lager: in diejenigen, die den Präsidenten für seine "Unnachgiebigkeit den Russen gegenüber" lobten (eine unverkennbare Minderheit), und diejenigen, die das für seine "Be-reitschaft, die Kernwaffen loszuwerden", taten (die Mehrheit). Lassen wir beiseite, woran der Präsident wirklich glaubt.

Kommen wir nun zum Zeitfaktor. Wir haben keine Zeit zum Rätselraten, ob in der Politik der US-Führung Wandlungen eintreten werden oder nicht. Wir können nicht warten, bis sich die "Falken" durch einen Wink

mit dem Zauberstab oder gewisse Umstände zu "Tauben" mausern. Der Präsident will uns mit dem Wettrüsten an die Wand drücken. Doch die Möglichkeiten der USA sind nicht unendlich, sie müssen aufpassen, daß sie nicht selbst in die anderen gegrabene Grube fallen.

Mag sich Reagan den Kopf darüber zerbrechen, ob er in die Geschichte als einziger Präsident eingehen will, der kein einziges Abkommen über Rüstungskontrolle mit der UdSSR geschlossen hat. Moskau jedenfalls wird konsequent für den Frieden und folglich für die ganze Menschheit wirken. Allzu gefährdet ist unsere Erde, allzu rasch werden die Waffen zu ihrer Vernichtung perfektioniert. Mit jedem Tag werden diese Probleme schwerer lösbar. Und deshalb werden wir, wie Michail Gorbatschow nach Reykjavik sagte, von unserem Friedenskurs nicht abweichen.

den Herzen der Menschen der ganzen Welt eingeschlossen. Bereits im Juni 1941", betont J. B. Ghosh, "glaubte ich und Gleichgesinnte an den Sieg der Sowjetunion. Genauso wie wir heute daran glauben, daß die Friedenskräfte die Star-Wars-Verfechter besiegen werden."

Den meisten Briefen, in denen die Probleme von Krieg und Frieden angesprochen werden, ist der Glaube zu entnehmen, daß sich die Menschheit nicht in das nukleare Inferno hineinreißen lassen wird, daß die Vernunft siegen wird. "Wollen wir realistisch bleiben: Die Welt wird morgen nicht anders sein. Auch übermorgen nicht. Trotzdem verlieren wir nicht die Hoffnung, die uns leben läßt. Darin liegt unsere Stärke", diese Worte schrieb uns ein Arzt aus Kolonna, A. Kurganow. Es sei vermerkt, daß bei weitem nicht alle Verfasser unserer Leserpost in dieser Grundfrage der Gegenwart optimistisch in die Zukunft blicken. Manche meinen, es sei kaum möglich, die heutige äußerst gefährliche Situation zu ändern. Diese Stimmen bilden die Minderheit. Unsere Zeitschrift ist jedoch der Ansicht, daß den Lesern unterschiedliche Meinungen präsentiert werden sollen. Manchmal kommt es zu Diskussionen. So bewirkte das Schreiben L. Evans' aus den USA, das "das Recht" Amerikas auf zügellose Hochrüstung verteidigt hat, einen ganzen Strom von Meinungen, die in vielem einig waren.

Jetzt führen wir neben der "Post"-Rubrik auf der ersten Seite auch

"Post, Echo" (S. 16, 17). Somit erhielten die Leser eine neue Tribüne, um ihre Meinungen darzulegen. Leserpost bildet die Grundlage auch für die Rubrik "Diskussion mit dem Leser". Wir bringen in der Zeitschrift Berichte über Ereignisse, mit denen die Verfasser unserer Leserbriefe zu tun hatten, es werden Einzelheiten und verschiedene Zusatzinformationen zu den Materialien veröffentlicht, die in der "Neuen Zeit" erschienen sind.

So schreibt L. Schwarberg aus Hamburg: "Ein Stück guter Zeitgeschichte ist das Rundtischgespräch von Lew Besymenski mit Zeitzeugen des Nürnberger Prozesses. Eine Korrektur sei erlaubt: Mark Raginski weist darauf hin, daß in der BRD auf Nazimörder nicht die Normen des Nürnberger Prozesses angewendet werden, sondern die uralte Strafprozeßordnung von 1871. Das wäre schon schlimm, ist aber in der Rechtswirklichkeit noch viel schlimmer. Sie wird eben nicht angewendet."

Aus vielen Leserstimmen folgt, daß die Leser unsere Hefte als Gesprächspartner betrachten, dem man alles, was tief im Herzen verborgen ist, offenbaren kann. Das erlegt uns, und wir sind uns dessen voll bewußt, zusätzliche Verantwortung auf. "Durch Sie", schreibt uns L. Brandani, "habe ich vieles erfahren und Sachen begriffen, die hier im Westen verborgen oder verschwiegen werden... Ich habe großen Respekt vor den Russen und bedaure manchmal, daß ich nicht in einem sozialistischen Staat geboren

bin — dort würde man mich als Menschen behandeln und respektieren, hier geschieht das nur verbal." Worte, die von Achtung gegenüber unserem Volk zeugen, sind in vielen Briefen enthalten, die wir aus dem Ausland bekommen.

"Seit vielen Jahren wirke ich als Referent im Haus für politische Bildung bei einer Kreisleitung der KPTsch und als Propagandist in meiner Grundorganisation sowie in vielen anderen Organisationen der Nationalen Front. Bei dieser Arbeit ist mir die NZ ein unschätzbarer Helfer." Das schrieb uns J. Svec aus der tschechoslowakischen Stadt Havlickuv Brod.

Ein Leserecho von dieser Art läßt die Mitarbeiter unserer Redaktion sich noch mehr Mühe geben, damit die Wochenschrift noch interessanter gestaltet wird und die Publikationen an Tiefe und Schärfe gewinnen. Wir wissen gut, daß wir lediglich einen Teil des Möglichen geleistet haben, daß die journalistische Arbeit kein schablonenhaftes Denken duldet und immer kreative Suche erfordert. Mit besonderer Sorgfalt studieren wir daher alle kritischen Anregungen (ihre Zahl ist nicht gering), die jeweilige Publikationen betreffen. Neue Rubriken sind oft Folgen konkreter Vorschläge, die uns die Post ins Haus bringt.

Die Redaktion dankt allen Lesern, die uns in dem zur Neige gehenden Jahr geschrieben haben, und hofft auf weitere schöpferische Zusammenarbeit.

Man kann auch Champions besiegen

Viele Journalisten, die die Namen der zehn besten Sportler der Sowjetunion 1986 nennen, nehmen in diese Liste neben dem Schachweltmeister Garri Kasparow, dem Stabhochspringer Sergej Bubka, dem Stürmer der UdSSR-Fußballmannschaft, Igor Belanow, und anderen weltbekannten Sportlern auch den jungen Tennisspieler Andrej Tschesnokow auf. Eine solche Ehre war unseren Tennisspielern schon sehr lange nicht zuteil geworden.

Den Ausschlag dafür, unter die besten Sportler des Jahres aufzurücken, gab der sensationelle Sieg des 20jährigen Moskauer ganz gegen Ende der Tennissaison über den zweifachen Wimbledon-Champion, den zweiten Tennisspieler des Jahres '86, den herausragenden 19jährigen Tennisspieler aus der BRD, Boris Becker, der übrigens als Sportler Nr. 1 in seinem Land genannt wurde.

Tschesnokow besiegte einen gefährlichen Rivalen, indem er ein Spiel sehr hoher Klasse zeigte. Er gewann in Stuttgart bei einem Turnier, das als Weltmeisterschaft für Sportler unter 21 Jahren gilt. Becker hatte nie vor dem heimatischen Publikum verloren, wo ihm die fanatische Unterstützung der Schlachtenbummler schon über 2 Jahre sicher ist.

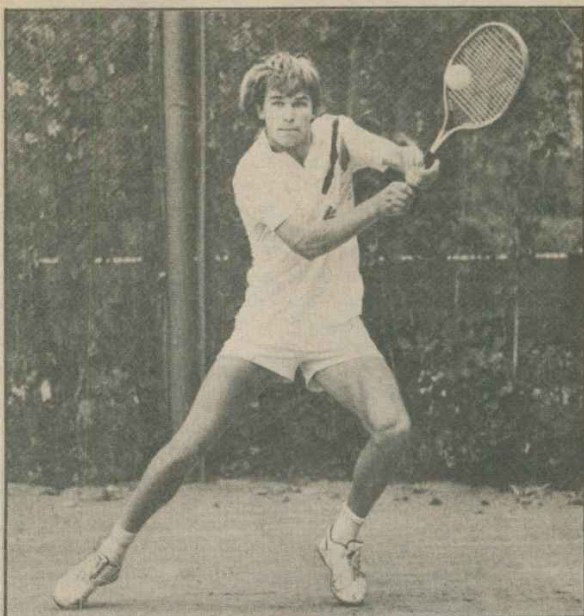
Die Tennisfreunde in unserem Land fragen oft: "Wann werden wir endlich einen Spieler haben, der den führenden Tennisspielern der Welt Konkurrenz machen kann?" In der Tat, seit die Tennisgrößen mit Alexander Metreweli an der Spitze nicht mehr antreten, waren die sowjetischen Tennisspieler bei den wichtigsten internationalen Wettkämpfen nur Außenseiter.

Doch da brachte im Sommer 1985 bei der offenen französischen Meisterschaft in Paris der völlig unbekannte 18jäh-

rige Andrej Tschesnokow dem Amerikaner Elliot Talcher, der damals zu den zehn Weltbesten gehörte, eine Niederlage bei. Man hätte das als reinen Zufall betrachten können, doch im Herbst des gleichen Jahres, in Buenos Aires beim Davis-Pokalturnier, besiegte dieser hochgeschossene junge Mann Tennisspieler von Weltruf.

In einem Jahr stieg Tschesnokow 100 Stufen in der Weltrangliste auf — von Platz 136 auf 36. Vor dem Sieg über Becker machte er im Mai 1986 erneut bei der französischen Meisterschaft auf sich aufmerksam, indem er den Vorjahressieger dieser Wettkämpfe — zu jener Zeit zweiter Tennisspieler der Welt — den berühmten Schweden Mats Wilander zum Ausscheiden zwang, und zog in das Viertelfinale ein. Bei der offenen amerikanischen Meisterschaft '86 brachte der Moskauer einem anderen bekannten schwedischen Meister, Michael Pernfors (11. Platz in der Welt), eine Niederlage bei und gelangte bis in die 4. Runde, was viele stärkere Teilnehmer nicht vermochten.

Erstmals hatte der künftige sowjetische Meister (im letzten Sommer errang er zum zweitenmal hintereinander diesen Titel) mit sechs Jahren einen Tennisschläger in die Hand genommen. Die junge Trainerin Tatjana Naumko wurde auf den Schüler der ersten Klasse einer Moskauer Schule aufmerksam. Mit zehn Jahren wurde Tschesnokow Moskauer Meister in seiner Altersgruppe, mit 14 sowjetischer Meister, dann bester Spieler der UdSSR unter den 16jährigen. Ein Jahr später wurde von ihm schon gesprochen: Als Junior gewann er beim Winterturnier der Erwachsenen, und natürlich ge-



Der erste Tennisspieler der UdSSR, Andrej Tschesnokow

Foto: TASS

langte er in das Blickfeld der Trainer der UdSSR-Mannschaft.

Tschesnokows erstes Tennisidol war der schwedische Champion Björn Borg, fünfmaliger Sieger des Wimbledon-Turniers. Auch jetzt erinnert Andrejs Spielstil in vielem an den Stil Borgs: mit beiden Armen ausgeführte Überlegene und starke Schläge von links, die Kunst, den Ball im Spielfeld zu halten, Kaltblütigkeit und Beharrlichkeit beim Kampf um jeden Punkt. Zustimmung beim Publikum findet auch das Verhalten des Sportlers selbst bei den angespanntesten Wettkämpfen — er streitet nie mit den Schiedsrichtern (das aber erlauben sich häufig andere Tennisgrößen), und überhaupt ist er bemüht, keine Emotionen zu zeigen.

Tschesnokow bringt mit seinen 188 cm und seinen 76 kg ausgezeichnete Voraussetzungen mit. In schwierigen Spielen demonstriert er beeindruckende innere Stärke und einen wahren Kämpfercharakter. Sonst aber macht er bisweilen den Eindruck eines wenig gesprächigen jungen Mannes, der sich wegen seines großen

Wuchses und der langen Hände geniert. Doch unter guten Bekannten ist er aufgeschlossen.

Gegenüber einem beliebigen Rivalen, selbst einem stärkeren, demonstriert Andrej seinen klaren Siegeswillen. Schamil Tarpistschew, Trainer der UdSSR-Mannschaft, der Tschesnokow gut kennt, betont, daß sich Andrej vor und bei dem Match auf die vorgegebene "Wellenlänge" einzustellen vermag.

Tennis ist Andrejs Hauptbeschäftigung. Doch er hat vielfältige Interessen — er spielt Schach (muß er ja auf dem Rasen ebenfalls ständig knifflige Aufgaben lösen), zeichnet, sammelt Briefmarken und musikalische Aufzeichnungen.

"Er ist ein sehr begabter junger Mann, und das nicht nur im Sport", sagt die Trainerin Tatjana Naumko. "Mit ihm gibt es nie irgendwelche Probleme. Oder vielleicht nur dann, wenn man ihn überreden muß, das Training zu beenden."

A. NOWIKOW
Meister des Sports der
UdSSR

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"



Yves Saint-Laurent im Moskauer Unionsmodehaus.



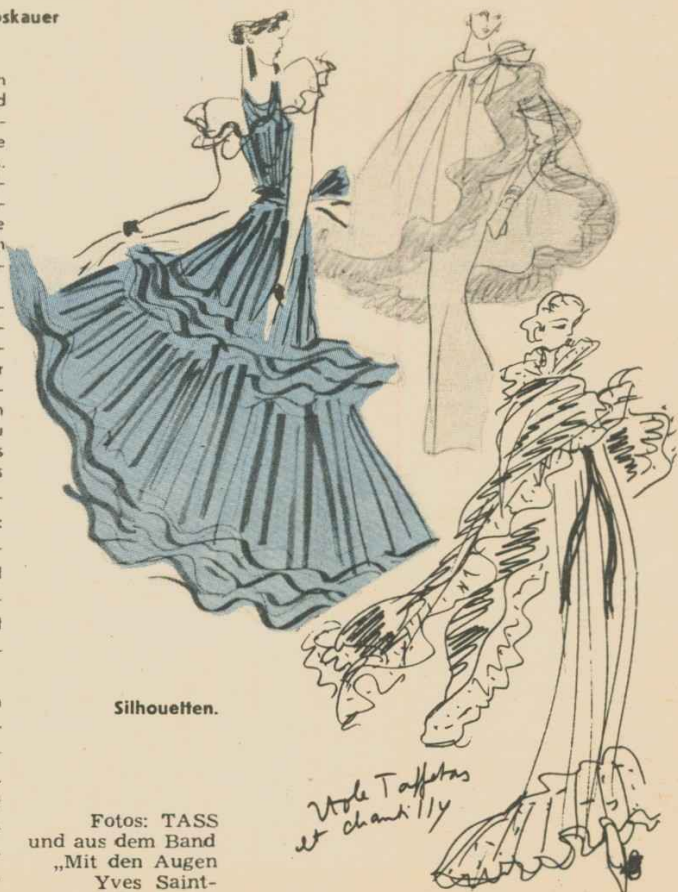
Die Kunst der Haute Couture

„Modebewußt sein bedeutet, sich in seiner Kleidung wohl zu fühlen und nicht nur modern angezogen zu sein.“ Ein überraschender Gedanke. Er stammt von dem bekannten französischen Modeschöpfer Yves Saint-Laurent. Eine Ausstellung seiner Modelle findet zur Zeit in Moskau statt. Seit 30 Jahren nennt man diesen Namen unter den ersten Modeschöpfern für Frauenbekleidung. 1953, als 18jähriger, hatte er zum ersten Mal Erfolg auf einem internationalen Wettbewerb. Danach As-

sistent unter Christian Dior. Nach dessen Tod wurde Saint-Laurent Firmenchef. Bald eröffnete er ein eigenes Modehaus. Seitdem krönen die Kollektionen Yves Saint-Laurents viermal jährlich die Modesaison: Nach seinen Modellen wirkt alles andere bläßlich...

Seine Kunst ist die Haute Couture. Dabei entstehen keine einzelnen Modelle, sondern ein neuer Stil. Saint-Laurents Schöpfungen aus verschiedenen Jahren sind in Moskau präsent. Hierbei geht es nicht um die Frage: „Was ist 1987, was ist 1990 modern?“ Der Künstler rät: „Laufen Sie nicht der Mode hinterher. Das beraubt den Menschen seiner persönlichen Note und macht ihn zur wandelnden Vogelscheuche.“

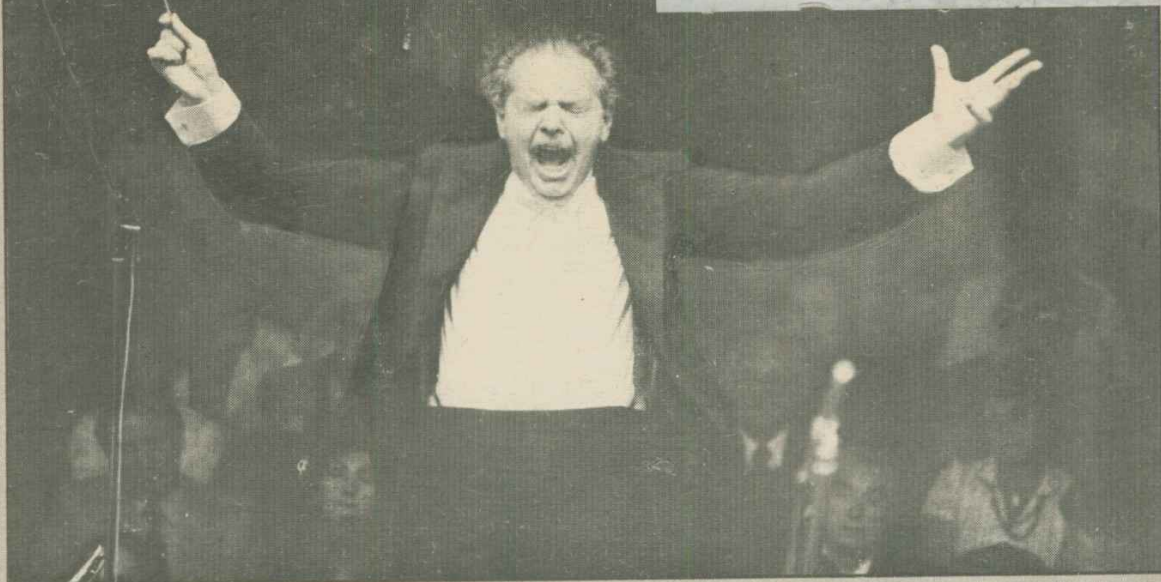
Noch ein Gedanke von Saint-Laurent: Es gibt keine Zukunftsmode. Die Mode lebt vom heutigen Tag. Seine Kollektion bietet viele strenge schwarze und dunkelgraue Kostüme, sämtlich taillenbetont...



Silhouetten.

Fotos: TASS
und aus dem Band
„Mit den Augen
Yves Saint-
Laurents“

14159 52 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525
Ausgesondert! FACH 65



Fortissimol!!



INTERNATIONALER FOTO-
UND ZEICHENWETTBEWERB
„JAHR DES FRIEDENS“

**Aufnahmen von
Istvan CSER
(Ungarn)**

Papas Geige.

